



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie



Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Oktober 2014

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

29. September 2014

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/
Bergmann (S. 2), Rawpixel – Shutterstock (S. 5),
mhp – Fotolia (S. 6), Sergey Nivens – Shutterstock (S. 7),
Blend Images – Fotolia (S. 8), BRAD – Fotolia (S. 13),
querbeet – iStockphoto (S. 17), Zorandim – Shutterstock (S. 18),
vrvalerian – Shutterstock (S. 19), QiuJu Song – Shutterstock (S. 20),
Pi-Lens – Shutterstock (S. 21), Rawpixel – Shutterstock (S. 22),
takahashi_4 – Shutterstock (S. 23),
Mariusz Szczygiel – Shutterstock (S. 24)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage	11
Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland	13
Kohlendioxid-speicherung – Quo vadis?	18
Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann	22
II. Wirtschaftliche Lage	27
Internationale Wirtschaftsentwicklung	28
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	30
III. Übersichten und Grafiken	41
1. Gesamtwirtschaft	42
2. Produzierendes Gewerbe	50
3. Privater Konsum	58
4. Außenwirtschaft	60
5. Arbeitsmarkt	62
6. Preise	64
7. Monetäre Entwicklung	68
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	70
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	72

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser!

Investitionen bestimmen die Kapitalbasis einer Volkswirtschaft. Sie sind das Fundament für Wachstum und Beschäftigung. In Deutschland haben sie sich in den letzten zwanzig Jahren nur relativ schwach entwickelt. Der internationale Vergleich zeigt, dass die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote, die die Investitionen ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung setzt, in Deutschland dauerhaft unter den jeweiligen OECD- und Euroraum-Mittelwerten lag.

Verantwortlich dafür waren insbesondere relativ geringe Bauinvestitionen, während die Ausrüstungsinvestitionen, also die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge, zwar rückläufig waren, sich jedoch etwa im europäischen Durchschnitt bewegten. Hinter diesen unterschiedlichen Entwicklungen verbergen sich deutliche Investitionsschwächen in wachstumskritischen Bereichen:

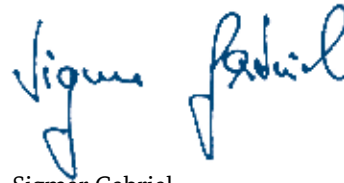
- ▶ Die öffentlichen Investitionen, die häufig eine wichtige Vorleistung für private Investitionen darstellen, waren in den letzten Jahren – auch im internationalen Vergleich – niedrig. Vor allem die kommunalen Investitionen, die zu Beginn der 1990er Jahre noch den größten Teil der öffentlichen Investitionen ausgemacht haben, sind zurückgegangen. Nachdem die Kommunen zu Beginn der 1990er Jahre die Gebietskörperschaft mit den höchsten Bruttoinvestitionen waren, haben Bund und Länder im Jahre 2013 zusammengenommen rund 70 Prozent mehr als die Gemeinden investiert. Auf kommunaler Ebene gibt es einen merklichen Investitionsrückstand.
- ▶ Die relativ soliden durchschnittlichen privaten Ausrüstungsinvestitionen gehen vor allem auf die wissensintensiven Dienstleistungen zurück. Demgegenüber kann man im Produzierenden Gewerbe seit 2000 überwiegend von einem Substanzverzehr sprechen.
- ▶ Junge Unternehmen schränken ihre Investitionen seit 2006 zunehmend ein, so das KfW-Mittelstandspanel. Zu dieser Beobachtung passt, dass im internationalen Vergleich in Deutschland auch weiterhin zu wenig in Start-ups investiert wird – besonders in solche, die sich in späteren Wachstumsphasen befinden.

Deshalb sehe ich eine zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe dieser Legislaturperiode darin, die Investitionen in Deutschland zu stärken. Erste Schritte sind bereits getan: Die Investitionen des Bundes werden in den Jahren 2014 bis 2017 um rund sieben Milliarden Euro über der Finanzplanung der Vorgängerregierung liegen. Davon werden allein fünf Milliarden Euro zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur eingesetzt. Hinzu kommt die weitere Entlastung von Kommunen und Ländern, damit sie ihren Aufgaben bei Krippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser nachkommen können. Dafür sind im Zeitraum 2014 bis 2017 insgesamt rund zehn Milliarden Euro vorgesehen.

Darüber hinaus wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in den nächsten Monaten weitere Handlungsoptionen prüfen, um die gesamtwirtschaftliche Investitionsdynamik zu stärken. Es geht dabei zum einen um Konzepte, wie in Zukunft der Erhalt und der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur finanziert werden kann. Dafür soll insbesondere privates Kapital mobilisiert werden. Zum anderen geht es darum, die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern und Investitionshemmnisse abzubauen. Ich habe kürzlich eine Expertenkommission aus Unternehmens- und Gewerkschaftsvertretern, Verbandsspitzen und Wissenschaft eingeladen, um mit uns an einer neuen Investitionsstrategie für Deutschland zu arbeiten. Diese Expertenkommission wird ihre Beratungen in den kommenden Wochen fortsetzen.

Dass sich die Bauinvestitionen in Deutschland im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich entwickelt haben, hat übrigens vor allem zwei Ursachen: Erstens gab es erhebliche Überinvestitionen in anderen europäischen Ländern bis 2007, und zweitens wurden nach dem Bauboom im Zuge der Wiedervereinigung Kapazitätsüberhänge korrigiert. Ein Artikel in diesem Monatsbericht zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland zeigt, dass aus gesamtwirtschaftlicher Sicht bislang nicht von einer Immobilienpreisblase in Deutschland gesprochen werden kann. In Ostdeutschland lag das Preisniveau für Wohnimmobilien im vergangenen Jahr sogar noch rund sechs Prozent unter dem entsprechenden Wert des Jahres 1995. Weitere Artikel der vorliegenden Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ befassen sich mit der Kohlendioxidspeicherung und mit der Nutzung von Geodaten in der Wirtschaft.

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen, wie immer, viel Freude und neue Erkenntnisse!



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

„Chancen nutzen, Grenzen überschreiten, Märkte erschließen“ – Konferenz zur Internationalisierung von KMU am 4. November 2014 in Berlin



Ausländische Märkte eröffnen neue Geschäftschancen und Wachstumsperspektiven. Der Schritt über die Grenze ist oft ein entscheidender Vorteil im Wettbewerb mit der Konkurrenz. Das gilt auch und gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen, die diese Chance mehr und mehr wahrnehmen. Bereits jetzt sind ein gutes Drittel aller KMU im Ausland aktiv – und dies mit großem Erfolg: Viele von ihnen haben sich in Nischenmärkten bereits eine weltweite Spitzenposition erarbeitet. Hinzu kommen zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen, die als Zulieferer und Dienstleister für größere Unternehmen indirekt am Auslandsgeschäft beteiligt sind.

Das Erschließen neuer Märkte bringt jedoch auch große Herausforderungen mit sich: rechtliche und kulturelle Rahmenbedingungen, spezifische Anforderungen an Produkte und Dienstleistungen und nicht zuletzt die konkrete Marktsituation unterscheiden sich oft erheblich von den heimischen Gegebenheiten. Um diese Herausforderungen einschätzen und angemessen darauf reagieren zu können, benötigen gerade kleine und mittlere Unternehmen kompetente Partner, die sie beim Schritt auf Auslandsmärkte unterstützen und begleiten. Als erste Anlaufstellen, um Wege zu weisen und Möglichkeiten aufzuzeigen, haben sich hier beispielsweise die Auslandshandelskammern und Germany Trade & Invest (GTAI) bewährt. Auch die Kontaktstellen des Enterprise Europe Network (EEN) sind wichtige Ansprechpartner, insbesondere im Hinblick auf EU-Förderprogramme wie aktuell das Programm COSME sowie im Hinblick auf Kooperationsmöglichkeiten jenseits der Grenze.

- ▶ Welche Potenziale bieten internationale Märkte kleinen und mittleren Unternehmen?
- ▶ Mit welchen Strategien kann man sie erfolgreich erschließen?
- ▶ Welche Chancen ergeben sich speziell für Dienstleister und das Handwerk?

Diese und andere Fragen werden auf der Konferenz zur Internationalisierung von KMU am 4. November 2014 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unter dem Motto „**Chancen nutzen, Grenzen überschreiten, Märkte erschließen**“ diskutiert. Unter anderem werden dabei gute Beispiele aus der unternehmerischen Praxis und konkrete Unterstützungsangebote vorgestellt. Unternehmerinnen und Unternehmer, Partner in der Außenwirtschaftsförderung und weitere Experten sind zur Teilnahme eingeladen.

Darüber hinaus werden die deutschen Teilnehmer des diesjährigen Europäischen Unternehmensförderpreises (European Enterprise Promotion Awards, EEPA) als hervorragende Beispiele zur Förderung unternehmerischen Engagements präsentiert und ausgezeichnet: die Projekte „Brennerei next generation lab“ der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH und „Wiesbaden engagiert!“ des Magistrats der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Die Konferenz zur Internationalisierung von KMU steht im Zeichen der 6. Europäischen KMU-Woche, an der sich

37 Länder beteiligen. Ziel dieser von der Europäischen Kommission koordinierten Veranstaltungsreihe ist die Stärkung von Unternehmertum und Unternehmergeist. 2013 wurden in diesem Rahmen über 1.500 Veranstaltungen in ganz Europa durchgeführt.

Informationen zur Veranstaltung finden Sie hier:



http://bit.ly/Internationalisierung_KMU

Bessere Berücksichtigung von KMU-Belangen in der Gesetzesfolgenabschätzung

Viele der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland können sich im Gegensatz zu Konzernen keine eigene Rechtsabteilung oder spezialisierte Kanzleien leisten. Sie tun sich daher mit komplizierten und umfangreichen Regelwerken oftmals besonders schwer. Die Zeit, die für die Umsetzung neuer rechtlicher Regelungen benötigt wird, fehlt der Unternehmensleitung dann bei ihren unternehmerischen Aufgaben. Viele Regelungen sind zudem mit Investitionskosten verbunden, die kleine und mittlere Unternehmen stärker belasten als große Unternehmen. Jede neue Vorschrift sollte daher gründlich auf ihre Auswirkungen geprüft werden.

Die von der Kienbaum Management Consultants GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellte Studie „Berücksichtigung von KMU-Belangen in der Gesetzesfolgenabschätzung“ legt ein systematisches und leicht handhabbares Verfahren zur Berücksichtigung der KMU-Belange bei künftigen Rechtsetzungsvorhaben des Bundes vor.

Wesentliches Ergebnis der Studie ist ein standardisierter und praxisnaher Leitfaden. Schon beim Entwurf neuer Bundesvorschriften sollen mit Rechtsetzung befasste Mitarbeiter für die ökonomischen Auswirkungen der beabsichtigten Regelungen sensibilisiert und angeleitet werden, geeignete Regelungsalternativen in die Überlegungen einzubeziehen.

Daneben wertet die Studie national und international vorhandene Erkenntnisse und Methoden zur Abschätzung der besonderen Betroffenheit von mittelständischen Unterneh-



LINKS:

- Auslandshandelskammern: <http://bit.ly/Auslandshandelskammern>
- Germany Trade & Invest (GTAI): <http://bit.ly/1pvrYNs>
- Enterprise Europe Network (EEN): <http://bit.ly/1uLCWm6>
- COSME: <http://bit.ly/1mxjvOI>

Kontakt: Dr. Katja Gerling und Heidemarie Huß
Referat: EU- und außenwirtschaftliche Fragen,
Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung



men durch rechtliche Regelungen aus. Durch Interviews mit Vertretern von Unternehmen und Verbänden, Fallstudien und Workshops – auch mit Rechtsetzungsreferenten der Bundesregierung – wurden die zuvor gewonnenen Erkenntnisse sowie mögliche Regelungsalternativen empirisch überprüft.

Die Standardisierung und Vereinfachung der Prüfung von KMU-Belangen in der Gesetzesfolgenabschätzung ist ein wichtiger Bestandteil im Arbeitsprogramm Bürokratieabbau der Bundesregierung.

Die Studie steht Ihnen unter folgendem Link zur Verfügung:



http://bit.ly/Gesetzesfolgenabschätzung_KMU

Kontakt: Jutta Kerres
Referat: Spezielle Projekte der Entbürokratisierung,
Deregulierung

Erfüllungsaufwand im Bereich Betriebsgründung – Vorschläge zur Entlastung

Bundesregierung, Länder und Wirtschaft haben mit dem Projekt „Erfüllungsaufwand im Bereich Betriebsgründung – Ablauf von der Geschäftsidee bis zum ersten Umsatz“ gemeinsam Möglichkeiten der Vereinfachung von Unternehmensgründungen untersucht. Die Ergebnisse des für die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Projekts wurden am 26. September 2014 veröffentlicht.



<http://bit.ly/Erfüllungsaufwand>

Untersuchungsgegenstand war der administrative Aufwand im Gründungsprozess von der Geschäftsidee bis zum ersten Umsatz. Betrachtet wurden die Branchen Baugewerbe, Handel, Gastgewerbe sowie sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (z. B. Start-ups im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik), in denen kumuliert etwa zwei Drittel aller Gründungen stattfinden. Durch die Fokussierung auf typische Gründungsfälle dieser Branchen wurden die bei einem Großteil der Gründungen in Deutschland üblicherweise anfallenden Verfahrensabläufe erfasst und näher untersucht.

Nach der Analyse des Statistischen Bundesamts ist der in der Gründungsphase zu leistende Erfüllungsaufwand im Vergleich zum Gesamtaufwand der Gründung (Entwicklung eines nachhaltigen Geschäftskonzepts, Realisierung der Finanzierung und Aufbau des Kundenstamms) gering: Durchschnittlich 95,15 Euro (ca. zwei Stunden) pro Gründung bzw. 32,96 Millionen Euro für alle Gründungen pro Jahr. Dieser Wert stellt jedoch aufgrund der für die Modellrechnung gesetzten Annahmen eine Untergrenze dar. Beispielsweise wurden nur die administrativen Prozesse typischer Gründungsfälle betrachtet und die Beantragung von Fördermitteln sowie Gebühren nicht berücksichtigt. Da der Erfüllungsaufwand zudem jährlich von über 300.000 Gründerinnen und Gründern zu erbringen ist, sind Entlastungen auch volkswirtschaftlich von großer Bedeutung.



Die Untersuchung identifiziert konkrete Handlungsfelder, in denen spürbare Entlastungen der Unternehmensgründerinnen und -gründer möglich sind: Beispielsweise wünschen sich die befragten Gründerinnen und Gründer mehr Transparenz des bestehenden Informationsangebots sowie einen besseren Zugang zu Unterstützungsleistungen. Durch Bündelung von administrativen Prozessschritten des Gründungsverfahrens bei einheitlichen Anlaufstellen ist darüber hinaus eine deutliche Senkung des Erfüllungsaufwandes vor allem durch geringere Weg- und Wartezeiten möglich. Ferner kann durch digitale Kommunikation mit und zwischen Behörden der Gründungsprozess weiter vereinfacht und beschleunigt werden.

An dem Projekt waren das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die Geschäftsstelle Bürokratieabbau im Bundeskanzleramt, der Nationale Normenkontrollrat, das Statistische Bundesamt, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, der Zentralverband des Deutschen Handwerks sowie die Länder Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Sachsen und Thüringen beteiligt.

Kontakt: Jutta Kerres
Referat: Spezielle Projekte der Entbürokratisierung,
Deregulierung

Rege Nachfrage nach Mikromezzaninbeteiligungen

Zu geringes Eigenkapital ist gerade für sehr kleine Unternehmen und im Gründungsbereich oft ein Hindernis beim Zugang zu Kreditfinanzierungen. Um die Finanzierungschancen dieser Unternehmen zu verbessern und ihre Risikotragfähigkeit zu erhöhen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im September 2013 den „Mikromezzaninfonds Deutschland“ eingerichtet. Er wird aus Mitteln des ERP-Sondervermögens und des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert und bietet kleinen und jungen Unternehmen sowie Existenzgründerinnen und -gründern wirtschaftliches Eigenkapital bis 50.000 Euro in Form einer stillen Beteiligung. Dadurch verbessert sich oftmals das Rating dieser Unternehmen und folglich deren Kreditzugang.

Seit dem Programmstart verzeichnet der Mikromezzaninfonds eine rege Nachfrage. So wurden bis Ende Juli 2014 deutschlandweit mehr als 700 Beteiligungen über insgesamt rund 30 Millionen Euro bewilligt. Ein Großteil der Mittel ist dabei besonderen Zielgruppen, wie z. B. „Unternehmerinnen“, „Unternehmensleitung mit Migrationshintergrund“ oder „Gründungen aus der Arbeitslosigkeit“, zugeflossen.

Um der hohen Nachfrage gerecht zu werden und den Erfolg des Programms zu verstetigen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die zur Verfügung stehenden Mittel um weitere 35 Millionen Euro auf insgesamt 70 Millionen Euro verdoppelt. Der Mikromezzaninfonds wird auch in der neuen ESF-Förderperiode 2014 – 2020 fortgesetzt. Dabei ist geplant, die Fondsmittel noch weiter aufzustocken. Damit soll langfristig eine kontinuierliche Förderung gewährleistet werden.



Den Flyer „Kapital für kleine und junge Unternehmen“ finden Sie hier:



<http://bit.ly/Mikromezzaninfonds>

Kontakt: Edith Pauels
Referat: Beteiligungs- und Mezzaninfinanzierung,
ERP-Haushalt

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Oktober 2014	
01.10.	BIP (Euroraum und EU) 2. Quartal 2014 (3. Schätzung)
02.10.	EZB-Leitzinsentscheid
06.10.	Energierat (informell)
10.10.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13./14.10.	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
14.10.	Industrieproduktion (EU) August 2014
16.10.	Internationaler Warenverkehr (EU) August 2014
20.10.	Leistungsbilanz (EU) August 2014
23./24.10.	Tagung Europäischer Rat in Brüssel
Ende Oktober	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
November 2014	
06.11.	EZB-Leitzinsentscheid
06./07.11.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
12.11.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
12.11.	Industrieproduktion (EU) September 2014
14.11.	BIP 3. Quartal 2014 (Schnellmeldung)
14.11.	BIP (Euroraum und EU) 3. Quartal 2014 (Schnellschätzung)
17.11.	Internationaler Warenverkehr (EU) September 2014
19.11.	Leistungsbilanz (EU) September 2014
25.11.	BIP 3. Quartal (tiefer gegliederte Ergebnisse)
Ende November	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Dezember 2014	
03.12.	BIP (EU) 3. Quartal (2. Schätzung)
04.12.	EZB-Leitzinsentscheid
08./09.12.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
11.12.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
12.12.	Industrieproduktion (EU) Oktober 2014
16.12.	Internationaler Warenverkehr (EU) Oktober 2014
18./19.12.	Europäischer Rat
19.12.	Leistungsbilanz (EU) Oktober 2014
Ende Dezember	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

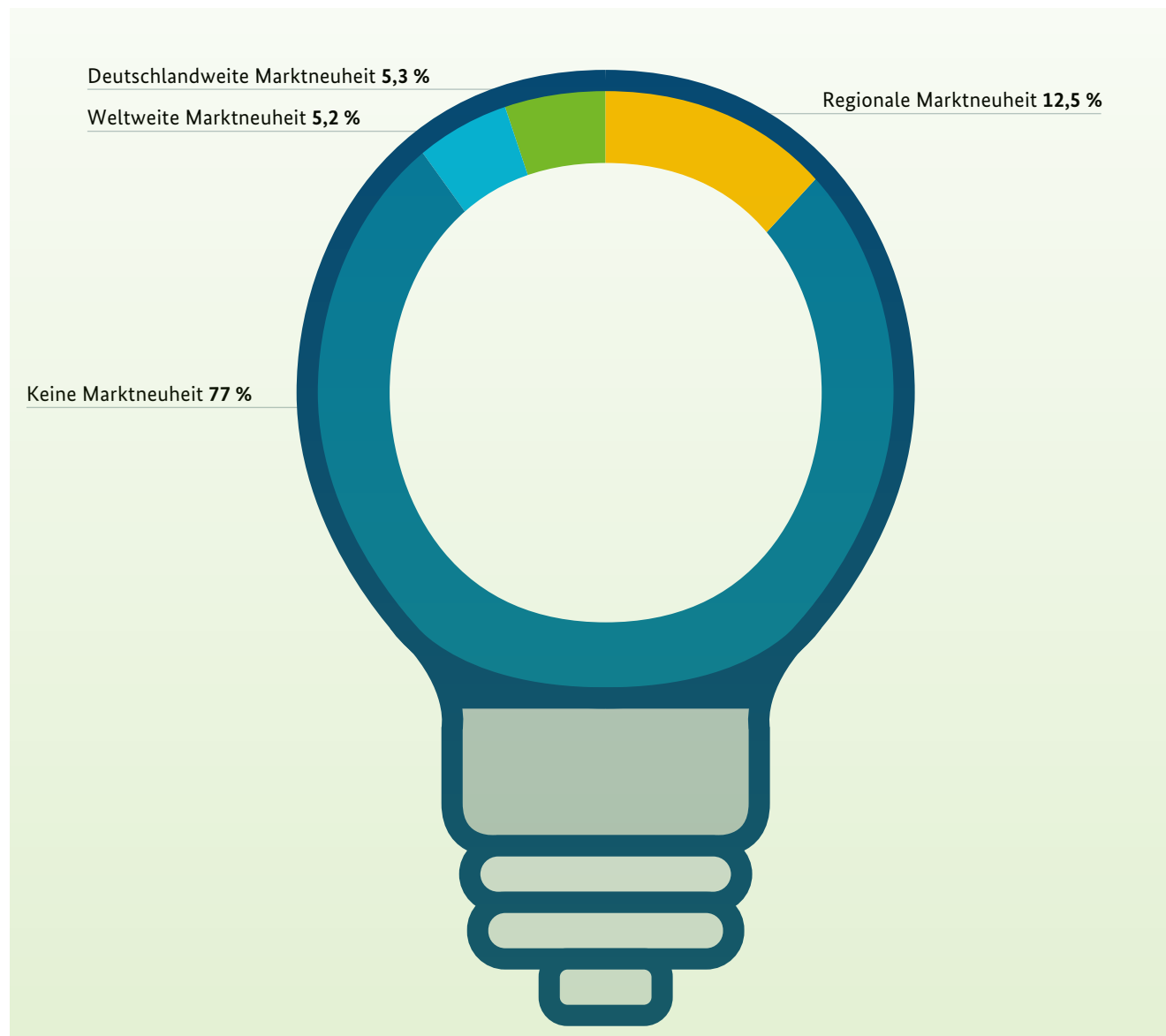


Grafik des Monats

Existenzgründer in Deutschland ...

... sind so innovativ wie noch nie zuvor. Das geht aus dem „KfW Gründungsmonitor 2014“, der jährlichen, repräsentativen Befragung zum Gründergeschehen in Deutschland, hervor. Im Jahr 2013 waren fast elf Prozent der Gründungen mit überregionalen Marktneuheiten (weltweit bzw. deutschlandweit) verbunden und damit fast drei Mal so häufig als noch im Jahr 2009. Weitere 12,5 Prozent der Gründer bringen regionale Marktneuheiten an den Start. Innovative Gründer sind eine wichtige Stütze einer wettbewerbsfähigen deutschen Wirtschaft. Die positive Entwicklung des deutschen Gründungsgeschehens zeigt sich auch darin, dass mehr als die Hälfte der Existenzgründungen stattfinden, um eine explizite Geschäftsidee umzusetzen (zum Vergleich 2011: 35 Prozent).

Anteil der Gründungen mit Marktneuheiten 2013 (in % aller Gründungen)



Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die konjunkturelle Grundtendenz in Deutschland bleibt trotz Abschwächung im zweiten Quartal aufwärtsgerichtet. Im Juli gab es Signale einer Belebung.
- ▶ Zur Abschwächung im zweiten Quartal trugen neben witterungsbedingten Produktionsverschiebungen die zögerliche Entwicklung im Euroraum und die Verunsicherung durch die geopolitischen Entwicklungen bei.
- ▶ Im Juli erhielt die Industrie wieder deutlich mehr Aufträge, insbesondere aus dem Ausland. Die Produktion in der Industrie und im Baugewerbe zog an.
- ▶ Der Arbeitsmarkt ist stabil, die Einkommen steigen und der Konsum stützt die Konjunktur.

Die konjunkturelle Grundtendenz bleibt trotz der Abschwächung im zweiten Quartal aufwärtsgerichtet.¹ Die Geschäftserwartungen der Wirtschaft sind zwar weiterhin gedämpft, im Juli sendeten die Produktion sowie die Auftragseingänge in der Industrie aber Signale einer Belebung. Zur vorherigen Abschwächung im zweiten Quartal trugen verschiedene Faktoren bei. Als Spätfolge des milden Winters dämpften Produktionsverschiebungen die Erzeugung, insbesondere im Baugewerbe. Zusätzlich wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch das enttäuschende Wachstum des Euroraums und die geopolitischen Ereignisse gedämpft. Die deutsche Wirtschaft ist aber unverändert in guter Verfassung. Wenn es die geopolitischen Entwicklungen erlauben und die Verunsicherung in der Wirtschaft nachlässt, wird sich der Aufschwung in gemäßigtem Tempo fortsetzen.

Nach dem starken Wachstum im ersten Quartal um 0,7% schwächte sich das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 0,2% ab.² Dieser Rückgang entsprach rechnerisch dem Impuls des Außenbeitrags. Da die Exporte weniger zunahm als die Importe, war dieser Impuls leicht negativ. Die Binnennachfrage stagnierte im zweiten Quartal. Während sich die privaten und staatlichen Konsumausgaben geringfügig weiter um jeweils 0,1% erhöhten, schwächten sich die Bruttoanlageinvestitionen ab. Die Investitionen in Ausrüstungen wurden, wohl aufgrund der Verunsicherung

durch die internationalen Konflikte, leicht um 0,4% und die Investitionen in Bauten als Reaktion auf den kräftigen Anstieg im ersten Quartal stärker um 4,2% zurückgenommen. Der Vorratsaufbau stützte die inländische Verwendung.

Die Weltwirtschaft wächst, aber sie entwickelt sich zögerlicher als erwartet. Neben vielerorts bestehenden strukturellen Herausforderungen verhindern die diversen geopolitischen Konflikte eine günstigere Entwicklung. Sie erhöhen die Unsicherheit und beeinflussen wirtschaftliche Entscheidungen. Wachstumsimpulse kommen gegenwärtig vor allem von den Vereinigten Staaten und einigen Schwellenländern Asiens. Die Erholung im Euroraum kommt dagegen nicht voran und die japanische Wirtschaft sieht sich erheblichen Nachfrageschwankungen ausgesetzt. Russland und die großen Schwellenländer in Lateinamerika befinden sich in einer Schwächephase. Die chinesische Wirtschaft wächst, aber nicht so reibungslos wie erhofft. Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind somit insgesamt weniger günstig als bisher angenommen.

Die deutschen Exporte an Waren und Dienstleistungen erhöhten sich im laufenden Jahr bei Stagnation im ersten und einer Zunahme von 0,9% im zweiten Quartal bisher sehr moderat. Vor allem die Ausfuhren in die GUS und nach Mittel- und Südamerika waren rückläufig. Im Juli kam es zu einem kräftigen Anstieg der Ausfuhr an Waren in jeweiligen Preisen um 8,5%. Erstmals wurden in einem Monat Waren von mehr als 100 Mrd. Euro ausgeführt. Hierzu trug der späte Ferienbeginn bei. Die Wareneinfuhren gingen im Juli dagegen nominal um 1,0% zurück. Dies war zum Teil auf sinkende Importpreise, insbesondere für Energieträger, zurückzuführen. Trotz eines Rekordhandelsbilanzüberschusses im Juli von 23,4 Mrd. Euro ist weiterhin nicht von spürbar steigenden Exportüberschüssen und damit rechnerischen Wachstumsbeiträgen des Außenhandels auszugehen.

Dem Produzierenden Gewerbe gelang mit einem Anstieg der Produktion im Juli um 1,9% ein ermutigender Start in das dritte Quartal. Sowohl die Industrie (+2,6%) als auch das Baugewerbe (+1,7%) erhöhten nach der Abschwächung im Frühjahr ihre Erzeugung den zweiten Monat in Folge. Das Produktionsniveau des Produzierenden Gewerbes überschritt damit wieder das Niveau des starken ersten

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. September 2014 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Angaben.

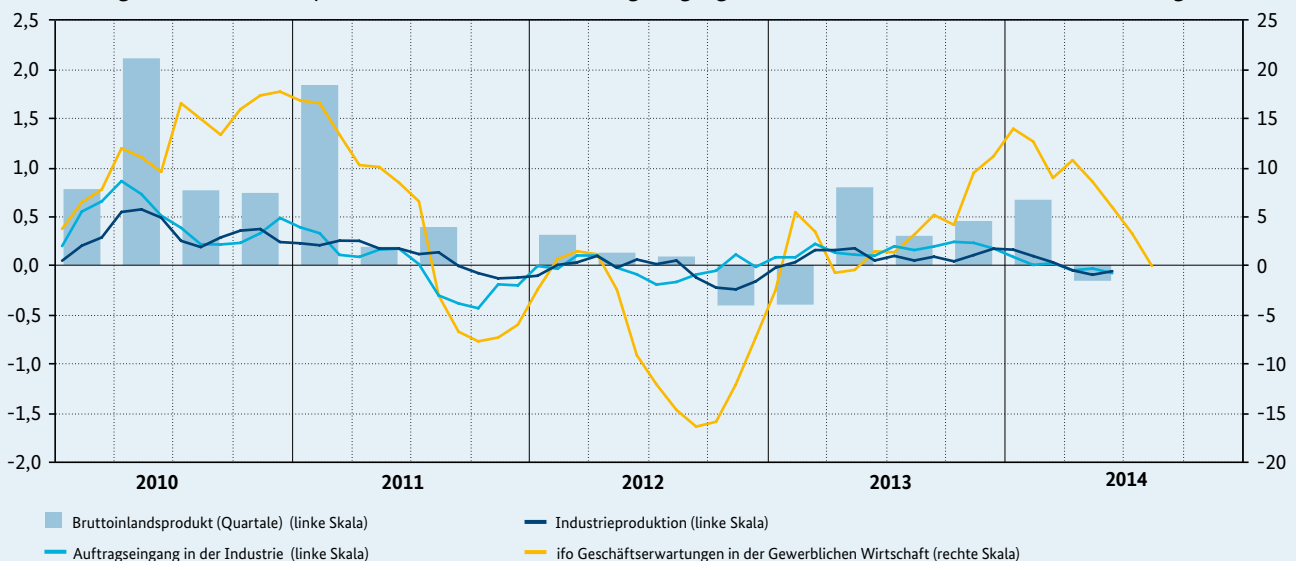
Quartals. Die Industrieproduktion erreichte sogar erstmals wieder das bisherige Rekordniveau aus dem Januar 2008 vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Juli wurde vor allem die Produktion von Investitionsgütern (+5,0%) und hier insbesondere die von Kraftwagen (+11,8%) ausgeweitet. Zu einem gewissen Teil wurde das positive Produktionsergebnis allerdings auch durch die späte Lage der Sommerferien begünstigt. Das Baugewerbe nähert sich nach der schwachen Frühjahrsbelegung seinem bisherigen Wachstumspfad allmählich wieder an. Eine Belegung signalisieren auch die aktuellen industriellen Auftragseingänge. Diese erhöhten sich nach der Abschwächung im zweiten Quartal im Juli kräftig um 4,6%. Hierzu trugen zwar vor allem Großaufträge aus dem Ausland bei, aber auch bereinigt um Großaufträge waren im Juli 2,1% mehr Bestellungen zu verzeichnen. Dabei entwickeln sich die Auftragseingänge aus dem Ausland gegenwärtig günstiger als die aus dem Inland. Die Verunsicherung in der Wirtschaft durch die geopolitischen Entwicklungen blieb aber hoch. Das ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe verschlechterte sich daher im August den vierten Monat in Folge und der Markit/BME-Einkaufsmanager-Index für die Industrie sank auf den tiefsten Wert im laufenden Jahr. Insgesamt bekräftigen die jüngsten Daten dennoch, dass im Produzierenden Gewerbe eine positive konjunkturelle Grundtendenz vorherrscht.

Der private Konsum stützt die Konjunktur in Deutschland zuverlässig. Nach dem deutlichen Plus im ersten Quartal nahmen die privaten Konsumausgaben auch im zweiten Quartal leicht weiter zu. Die Umsätze des Einzel- und Kfz-Handels schwächten sich im Juli jedoch ab. Das Geschäftsklima trübte sich ebenfalls etwas ein. Die weltweiten politischen Spannungen sorgten auch bei den Konsumenten für Verunsicherung. Diese korrigierten ihre Konjunkturerwartungen nach unten. Gleichwohl bleiben die wichtigsten Rahmenbedingungen – ein robuster Arbeitsmarkt, steigende Einkommen und stabile Preise – für den privaten Konsum günstig.

Der Arbeitsmarkt ist weiterhin robust und ein Garant für eine gute binnenwirtschaftliche Entwicklung. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im August jahreszeitlich bedingt auf 2,902 Mio. Personen. Saisonbereinigt erhöhte sich die Arbeitslosigkeit im Zuge der späten Lage der Sommerferien in einigen Bundesländern zwar um 2.000 Personen. Im Zeitraum Juli/August, in dem sich diese Sondereffekte etwas ausgleichen, ging die Arbeitslosigkeit leicht um 5.000 Personen pro Monat zurück. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im Juni saisonbereinigt sogar außerordentlich stark um 89.000 und die Zahl der Erwerbstätigen im Juli um 44.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen waren damit im Juli 42,72 Mio. Personen im Inland erwerbstätig, 341.000 mehr als vor einem Jahr, was einen neuen Rekordstand darstellt.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland

Das Platzen von Immobilienpreisblasen hat in einer Reihe von Ländern in der Vergangenheit zu schweren gesamtwirtschaftlichen Verwerfungen geführt und war mitursächlich für die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Seit etwa fünf Jahren haben die Immobilienpreise auch in Deutschland kräftiger zugenommen als zuvor. Manche Beobachter befürchten nun, dass auch hierzulande eine Immobilienpreisblase entstehen könnte oder sogar bereits entstanden sei. Als Indiz dafür wird unter anderem angeführt, dass seit dem Jahr 2009 die Preise für Wohnimmobilien in deutschen Städten im Durchschnitt um jeweils mehr als fünf Prozent pro Jahr gestiegen sind. Eine Analyse der Preisniveaumentwicklung im internationalen Kontext zeigt jedoch, dass aus gesamtwirtschaftlicher Sicht bislang nicht von einer Immobilienpreisblase in Deutschland gesprochen werden kann.



Die Preisbildung auf Immobilienmärkten unterliegt sehr spezifischen einzelfallbezogenen Faktoren. Im Regelfall ist jede Immobilie ein Gut mit einzigartigen Charakteristika: Der Preis ist sehr stark abhängig von Faktoren wie Angebot, Nachfrage, Lage, Zustand und Ausstattung des jeweiligen Objektes. Darüber hinaus verhindern Transaktionskosten schnelle Kauf- und Verkaufsreaktionen, wodurch das Anlagengut Immobilie gegenüber vielen anderen Finanzanlagen vergleichsweise weniger liquide ist, und Preisanpassungen daher verhältnismäßig langsam stattfinden. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive spielen für das Preisniveau angebotsseitig bei Neubauten vor allem die Baulandpreise und die Baukosten eine zentrale Rolle. Nachfrageseitig sind die Einkommensentwicklung, Finanzierungsbedingungen, Mietkostenerwartungen sowie die demographische Entwicklung relevant.

Wann handelt es sich um eine Immobilienblase?

Kommt es infolge übertriebener Erwartungen zu einem kräftigen Anstieg der Marktpreise, kann dies auf eine Preisblase hindeuten. Einem spekulativen Anstieg der Preise – teils über mehrere Jahre – kann ein rascher Preisverfall folgen, wenn sich die ursprünglichen Erwartungen als falsch herausstellen. Die Anpassung der Preise kann mit verschiedenen Folgen verbunden sein: Neben dem Immobilienmarkt sind oftmals auch die Finanzmärkte und realwirtschaftliche Größen von einer solchen Entwicklung betroffen.

Für den Immobilienmarkt konstatieren verschiedene Autoren als Daumenregel eine Blase, wenn es zu einem abrupten Preisrückgang von mehr als zehn bis 15 Prozent kommt.

Der Nachteil dieser Definition ist, dass sie ökonomische Faktoren – also Änderungen fundamentaler Nachfrage- oder Angebotsbedingungen – ignoriert und erst im Nachhinein festzustellen ist. In der Literatur herrscht jedoch weitgehend Einigkeit darüber, dass eine Immobilienpreisblase tatsächlich erst nach ihrem Platzen beschrieben werden kann.

Moderate Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland

In Deutschland existiert derzeit kein amtlicher und zeitnah veröffentlichter Leitindex für Preise von bestehenden Immobilien. Angesichts dieses statistischen Defizits haben verschiedenste Akteure zahlreiche Produkte zur Immobilienpreisbeobachtung entwickelt, die momentan für Deutschland allesamt eine ähnliche Entwicklung zeigen. Im Folgenden wird auf den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Preisindex für Wohnimmobilien in ca. 125 deutschen Städten zurückgegriffen. Die Preise für Wohnimmobilien in der Fläche sind hier nicht berücksichtigt. Seit dem Jahr 2006 ist insbesondere für Neubauten ein merklicher Anstieg der Preise zu beobachten. Dieser Zuwachs ist vor allem auf die Entwicklung der Baukosten zurückzuführen, die seit dem Jahr 2006 um fast 20 Prozent

gestiegen sind. Das Preisniveau für den Wiederverkauf bestehender Immobilien ging seit dem Jahr 2000 bis zum Jahr 2006 zurück. Seit dem Jahr 2007 zog das Preisniveau bestehender Immobilien in Westdeutschland wieder an, überschritt das Niveau des Jahres 2001 allerdings erst im Jahr 2011. Seit dem Jahr 2010 haben sich die Zuwachsraten merklich auf über fünf Prozent pro Jahr erhöht.

Um die spezifische deutsche Situation weiter zu verdeutlichen, sind die unterschiedlichen Entwicklungen in West- und Ostdeutschland über einen längeren Zeitraum zu betrachten (Schaubild 1): Wenngleich Daten für Ostdeutschland erst ab dem Jahr 1995 vorliegen, wird doch deutlich, dass es im Zuge der deutschen Wiedervereinigung in Ostdeutschland zu spekulativen Übertreibungen gekommen sein muss. Dort sank mit dem Einsetzen der Baukrise nach dem Bauboom im Anschluss an die Wiedervereinigung ab dem Jahr 1995 das Preisniveau für Wohnimmobilien des Bestands bis zum Jahr 2005 um mehr als 20 Prozent. Selbst im vergangenen Jahr lag das Preisniveau noch rund sechs Prozent unter dem entsprechenden Wert des Jahres 1995. Ursächlich hierfür dürften u. a. das Auslaufen von steuerlichen Sonderabschreibungsmöglichkeiten und der deutliche Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland gewesen sein. In den vergangenen 18 Jahren hat sich lediglich das Preisniveau für den Neubau erholt.

Schaubild 1: Wohnimmobilienpreisniveau in westdeutschen und ostdeutschen Städten im Vergleich

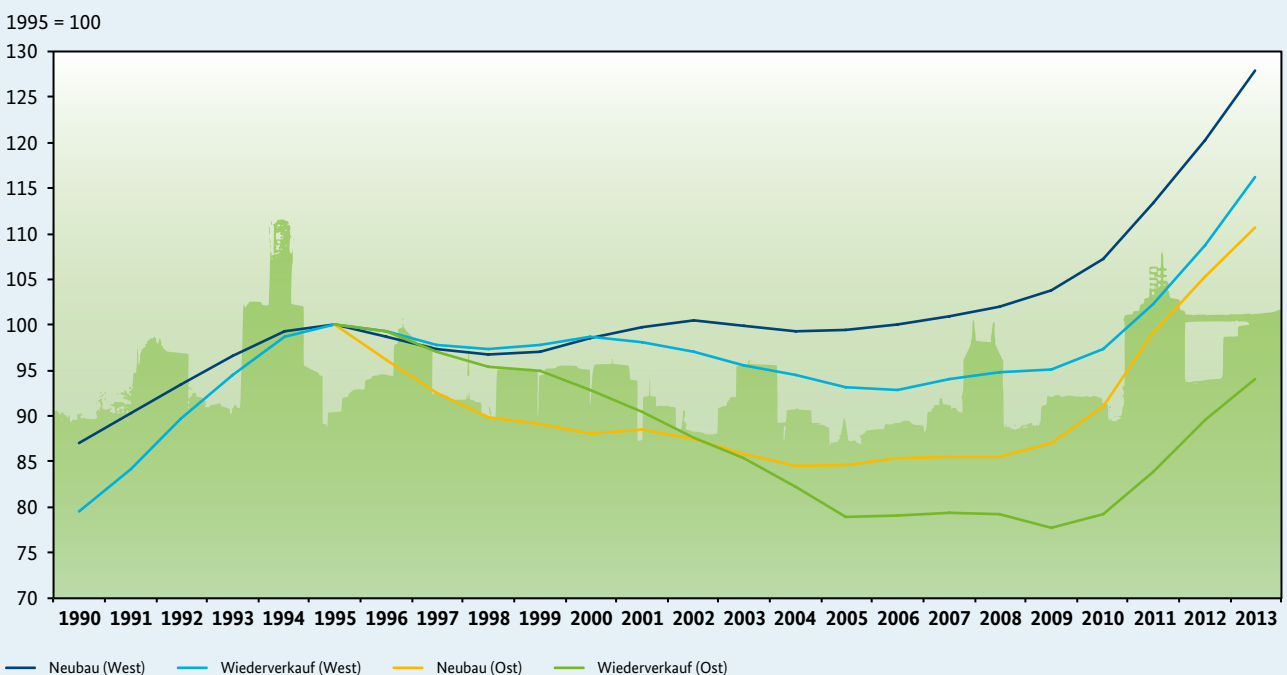
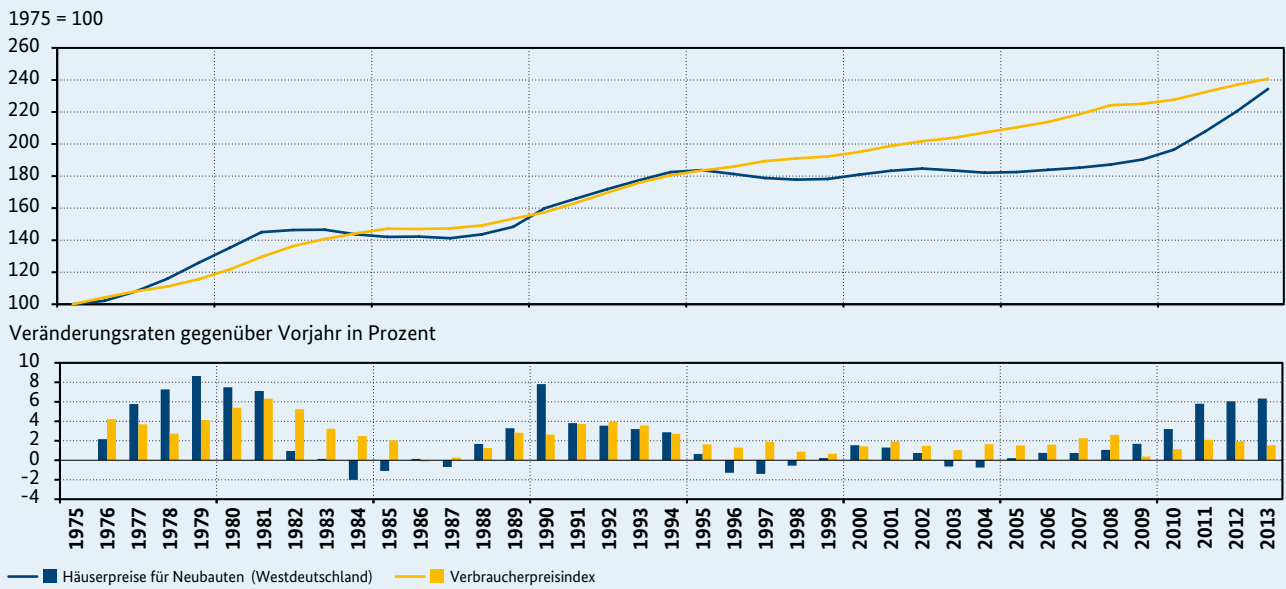


Schaubild 2: Wohnimmobilienpreisniveau in westdeutschen Städten im Vergleich zum Verbraucherpreisindex



Das Preisniveau für Immobilien im Wiederverkauf in Westdeutschland ist seit dem Jahr 1995 durchschnittlich nur um 0,8 Prozent pro Jahr gestiegen, während das Preisniveau für Neubauten im gleichen Zeitraum um 1,4 Prozent pro Jahr zulegen konnte. Zu Beginn der neunziger Jahre kam es indes zu einer deutlichen Zunahme des Preisniveaus in Westdeutschland sowohl für Neubauten als auch für Immobilien des Wiederverkaufs jeweils um 1,7 Prozent pro Jahr. Zum Vergleich: Die Verbraucherpreise in Deutschland stie-

gen zwischen 1991 und 2013 durchschnittlich um 1,9 Prozent pro Jahr an. Allerdings zog das Immobilienpreisniveau seit dem Jahr 2009 kräftig an. Im Durchschnitt stieg das Preisniveau mit einer Rate von über fünf Prozent pro Jahr. Bei den jüngsten Zuwächsen kann es sich um eine Korrektur der sehr niedrigen Preisniveaustiege in der Vergangenheit handeln. Mit Blick auf die zuvor sehr schwache Entwicklung vor dem Jahr 2009 könnte der jüngste deutliche Preisniveaustieg nachhaltig sein.

Durchschnittliche Veränderungsrate der Preise von Wohnimmobilien pro Jahr

	Neubau (West)	Wiederverkauf (West)	Neubau (Ost)	Wiederverkauf (Ost)
Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in Prozent				
1990 – 1995	2,8	4,7	-	-
1995 – 2000	-0,3	-0,3	-2,5	-1,5
2000 – 2005	0,2	-1,1	-0,8	-3,2
2005 – 2010	1,5	0,9	1,5	0,1
2010 – 2013	6,1	6,1	6,8	5,9
1990 – 2013	1,7	1,7	-	-
1995 – 2013	1,4	0,8	0,6	-0,3

Quelle: Deutsche Bundesbank nach Angaben der BulwienGesa AG; eigene Berechnungen

In der langfristigen Betrachtung seit 1975 betrug die jahresdurchschnittliche Preisniveausteigerung für Neubauten von Wohnimmobilien bis zum Jahr 2013 genau 2,27 Prozent, während der Index der Verbraucherpreise im gleichen Zeitraum jährlich um 2,34 Prozent zunahm. Vor der Wiedervereinigung hielten die Preisniveausteigerungen für den Neubau von Wohnimmobilien in westdeutschen Städten noch mit dem Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung mit, nach der Wiedervereinigung bis zum Jahr 2010 entwickelte sich das Preisniveau der Wohnimmobilien in diesem Segment merklich schwächer als der Verbraucherpreisindex (Schaubild 2). Dieser Vergleich verdeutlicht, dass Immobilien als Anlageobjekt – im Durchschnitt und über einen langen Zeitraum betrachtet – ein eingesetztes Vermögen nicht vollständig gegenüber der Inflation absichern konnten.

Heterogene Entwicklung der Immobilienpreisentwicklung in den Industriestaaten

International verlief die Entwicklung der Immobilienpreise sehr unterschiedlich. In Japan entstand in den 1980er Jahren eine große Immobilienpreisblase, die Anfang der 1990er Jahre platzte. Im Verlauf der 1990er Jahre sanken die Immobilienpreise dramatisch. Demgegenüber stiegen in vielen Ländern die Immobilienpreise ab Mitte der 1990er Jahre – entgegen dem Trend in Deutschland – kräftig an. In einigen dieser Länder, deren Immobilienmärkte durch einen starken Preisniveaustieg gekennzeichnet waren, sanken die Preise seit Mitte der vergangenen Dekade – in den meisten Ländern von 2006 bis 2008 – sehr deutlich, so dass dort von einer platzenden Blase gesprochen werden kann. Vor dem Platzen der Immobilienpreisblase waren stets sehr hohe und auch anhaltende Preisniveaustieg zu beobachten.

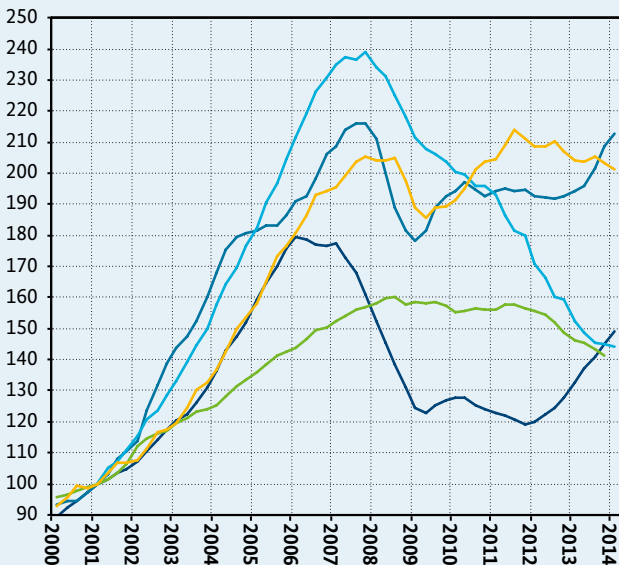
So lag zuletzt in den Vereinigten Staaten das Preisniveau nach einer fast zweijährigen Aufwärtsentwicklung um rund 17 Prozent unter dem Höchststand des Indexes. In Irland betrug der relative Abstand zum Höchststand des Immobilienpreisniveaus im ersten Vierteljahr 2014 sogar rund 45 Prozent. In Spanien wurde mit der letzten Beobachtung das höchste Preisniveau um rund 40 Prozent unterschritten. Auch im Vereinigten Königreich ging das Preisniveau je

nach zugrunde gelegtem Index zwischenzeitlich um elf bis 18 Prozent gegenüber dem Höchststand zurück. Allerdings haben sich die Preise hier in den vergangenen Jahren merklich erholt. In Dänemark ergab sich ein beachtlicher Preisniveaurückgang für Einfamilienhäuser gegenüber dem Höchststand um rund 17 Prozent. In Griechenland sanken die Immobilienpreise gegenüber dem Höchststand um 35 Prozent. Es kam im betrachteten Zeitraum jedoch nicht in allen Ländern zu einem markanten Rückgang der Immobilienpreise. In Kanada, Portugal, der Schweiz, Österreich, Norwegen und Frankreich waren – wenn überhaupt – nur leichte Rückgänge des Preisniveaus während der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008/2009 zu beobachten.

Deutschland hatte in der Vergangenheit verglichen mit anderen Ländern mit den niedrigsten Anstieg des Immobilienpreisniveaus zu verzeichnen. Vom niedrigsten Punkt des Preisindex im Jahr 2005 bis zu seinem Maximum im vergangenen Jahr, also in einem Zeitraum von neun Jahren, betrug der Anstieg insgesamt rund 25 Prozent (pro Jahr 2,8 Prozent). Hier wird auch deutlich, dass der Preisniveaustieg in Deutschland trotz der deutlichen Beschleunigung in den vergangenen Jahren vergleichsweise gering war. Andere Länder wie zum Beispiel das Vereinigte Königreich, Spanien und Norwegen wiesen z. B. im Zeitraum zwischen 1995 und 2008 (13 Jahre) Zuwächse von über

Schaubild 3: Häuserpreisentwicklung in Deutschland und in ausgewählten Ländern

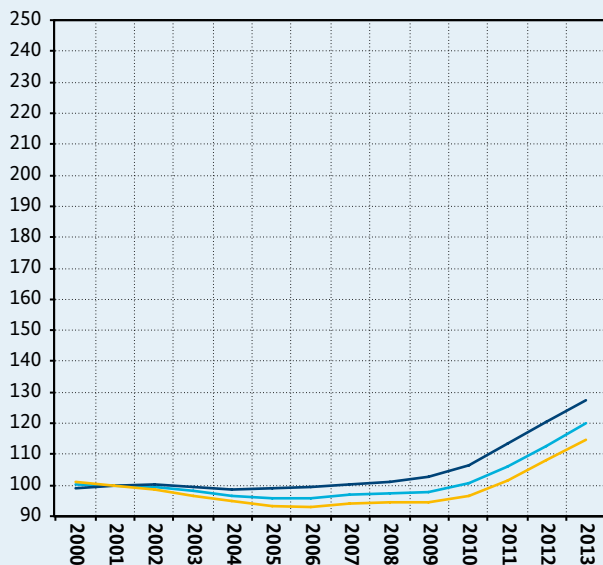
Ausgewählte Länder, 1. Vj. 2001 = 100



— Vereinigte Staaten, Case-Shiller 20 — Spanien, Häuserpreise, Tinsa
— Frankreich, Wohneigentum, ohne Übersee-Départements — Vereinigtes Königreich, Häuserpreise
— Italien, Wohneigentumspreise

Quelle: Macrobond

Deutschland, 2001 = 100



— Neubau — Gesamtindex — Wiederverkauf

Quelle: Berechnungen der Deutschen Bundesbank nach Angaben der BulwienGesa AG



200 Prozent und mehr auf. Auch in Frankreich liegt das Preisniveau aktuell um rund 150 Prozent über dem Niveau zu Jahresbeginn 1997. Solch kräftige Preisniveaustiege sind in Deutschland – gesamtwirtschaftlich betrachtet – nicht zu beobachten.

Besonders anschaulich wird die Situation, wenn die Entwicklung in Deutschland mit derjenigen in Ländern mit einer spekulativen Übertreibung verglichen wird (Schaubild 3). Hier bleibt der Zuwachs in Deutschland sehr deutlich hinter demjenigen zurück, den andere Länder mit spekulativen Übertreibungen ab dem Jahr 2000 verzeichneten.

Weitere Preissteigerung bei deutschen Immobilien erwartet

Aufgrund der sehr niedrigen Zinsen dürfte die Nachfrage nach Wohnimmobilien weiter hoch bleiben. In Regionen mit eher rückläufiger Bevölkerungszahl stagnieren die Preise oder steigen nur leicht. Vor allem in ländlichen Regionen, z. B. in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen, gab es zuletzt sogar kräftige Preisrückgänge. In den Städten

und bevölkerungsstarken Gebieten stiegen die Preise indes durchweg an. Die Deutsche Bundesbank kommt sogar zu der aus einer ökonomischen Schätzung abgeleiteten Aussage, dass in einigen Stadtvierteln die Marktpreise um bis zu 25 Prozent überbewertet seien.

Trotz einer erwarteten weiteren Preisniveausteigerung kann aus gesamtwirtschaftlicher Sicht bislang nicht von einer Immobilienpreisblase in Deutschland gesprochen werden. Darauf deutet auch das aktuell immer noch begrenzte Wachstum der Kreditvergabe hin. In Ländern mit einer spekulativen Blase auf den Immobilienmärkten stieg das Preisniveau um 200 Prozent und mehr. Während des Anwachsens der Blase waren über mehrere Jahre hinweg jährliche zweistellige Steigerungsraten in diesen Ländern zu beobachten. Von einer solchen Entwicklung ist Deutschland weit entfernt.

Kontakt: Dr. Christhart Bork
Referat: Analysen und Projektionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kohlendioxidspeicherung – Quo vadis?

Mit der technologischen Entwicklung steigt das Potenzial, aber auch das Bedürfnis zur wirtschaftlichen Nutzung des tieferen Untergrunds. Angesichts der zahlreichen neuen oder scheinbar neuen Technologien wächst die Skepsis in der Bevölkerung. Intensiv und häufig emotional wird über die Technologien zur Nutzung des Untergrunds diskutiert, obwohl Deutschland auf eine lange Tradition im Bergbau zurückblickt. Carbon Capture and Storage (CCS), die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid, stellt eine dieser Technologien dar. Durch technische Abspaltung von Kohlendioxid und dessen anschließende Speicherung im Untergrund sollen Kohlendioxid-Emissionen reduziert werden.



Die Internationale Energieagentur schätzt in ihrem Bericht „Energy Technology Perspectives 2014“, dass die unterirdische Kohlendioxidspeicherung mit bis zu 14 Prozent zu den bis 2050 notwendigen weltweiten Emissionsreduktionen beitragen könnte. Damit käme dieser Technologie eine bedeutende Rolle bei den Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels zu. Neben der Frage, ob diese Schätzung zutrifft und wie viel Speicherkapazität tatsächlich zur Verfügung steht, ist vor einer kommerziellen Anwendung vor allem zu klären, ob sich größere Mengen Kohlendioxids langfristig und ohne Gefahren für Mensch und Umwelt im Untergrund speichern lassen.

Die Speicherung von jährlich ca. einer Million Tonnen Kohlendioxid unter der norwegischen Nordsee in einem salinen Aquifer seit 1996 (Sleipner-Projekt) und weitere Projekte in der norwegischen Barentssee, Algerien, den USA und Kanada (u. a. Snøhvit, In Salah, Weyburn, Mountaineer und Boundary Dam) berechtigen zu der Hoffnung, dass die Technologie in größerem Maßstab eingesetzt werden kann.

Nach den ursprünglichen Plänen der Europäischen Kommission sollte die technische, ökonomische und vor allem auch ökologische Realisierbarkeit von CCS in der Europäischen Union in zwölf größeren Demonstrationsprojekten getestet werden. Der anfänglichen Euphorie ist allerdings Ernüchterung gefolgt. Trotz erheblicher Fördermittel der EU in zwei verschiedenen Förderprogrammen ist bisher keines der ursprünglich anvisierten Projekte begonnen worden. Im Gegenteil – viele Projekte sind aufgrund massiven Widerstands in der Bevölkerung, unklarer Rechtslage, aber auch aus wirtschaftlichen Erwägungen aufgegeben worden.

EU testet die Realisierbarkeit mit großtechnischen Demonstrationsprojekten

Derzeit konzentrieren sich die europäischen Hoffnungen auf das ROAD-Projekt in Rotterdam/Niederlande und das White Rose Projekt in North Yorkshire/Großbritannien. Im

Juli hat die Europäische Kommission entschieden, dass das White Rose Projekt Fördermittel aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten aus der Neuanlagenreserve des Europäischen Emissionshandels erhält. Die Weiterentwicklung der CCS-Technologie wird von der britischen Regierung mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützt, so dass die Erfolgsaussichten für White Rose aus jetziger Sicht gut sind.

Bei dem für Deutschland wegen seiner räumlichen Nähe wichtigen ROAD-Projekt sollen von einem 250 Megawatt-Kraftwerk im Hafen von Rotterdam 1,1 Millionen Tonnen Kohlendioxid jährlich abgeschieden und über eine 25 Kilometer lange Pipeline zu einem Speicher im tiefen Untergrund unterhalb der Nordsee transportiert werden. Das Projekt ist u. a. aufgrund der sehr niedrigen Preise der Kohlendioxid-Zertifikate mit Finanzierungsschwierigkeiten konfrontiert. Seit längerem bemüht sich die Europäische Kommission gemeinsam mit den Niederlanden, Norwegen, Frankreich und Deutschland darum, die beteiligten Firmen zu einer positiven Investitionsentscheidung zu bewegen. Für die Kohlendioxid-Emissionen großer Industriezentren in Nordrhein-Westfalen ist die Lage des ROAD-Projekts interessant, da direkt neben der geplanten Kohlendioxid-Pipeline eine Fläche für einen Kohlendioxid-Hub reserviert ist, von dem aus man weitere Speicherkapazitäten unterhalb der Nordsee erreichen könnte.

Außerhalb Europas bemühen sich insbesondere die USA, Kanada, China und Australien um die Weiterentwicklung von CCS. Eine Liste aller weltweiten Projekte befindet sich auf der Internetseite www.globalccsinstitute.com.

Rechtsrahmen für CCS regelt insbesondere Transport und Speicherung

Mit der Aussage, „CCS remains the most regulated not existent industry“, hat ein Mitarbeiter des ROAD-Projekts den Zustand angesichts des Stillstands bei der Projektrealisierung beschrieben. In der Tat sind Abscheide-, Transport- und Speichertechnologien entwickelt und im Pilotmaßstab erprobt worden, eine umfassende europäische Richtlinie und mitgliedstaatliche Umsetzungsgesetze sind in Kraft getreten und technische Regelwerke werden unter dem Dach der International Standardization Organisation erstellt; trotzdem wird CCS derzeit in der EU nicht in großem Maßstab demonstriert. Von einer kommerziellen Anwendung der Technologie ist man noch weit entfernt.



Der Rechtsrahmen für die CCS-Technologie regelt in der aus Abscheidung, Transport und Speicherung bestehenden Prozesskette vor allem den Transport und alle Rechtsfragen, die sich aus der Speicherung des Kohlendioxids im tieferen Untergrund ergeben. Die Errichtung und der Betrieb von Abscheideanlagen an Kraftwerken oder Industrieanlagen richten sich nach den für solche Anlagen geltenden Vorschriften. Die CCS-Richtlinie 2009/31/EG und das deutsche Umsetzungsgesetz mit dem darin enthaltenen Kohlendioxidspeicherungsgesetz (KSpG) regeln u. a. Errichtung und Betrieb von Kohlendioxidspeichern, Sicherheitsmaßnahmen, Überwachung, Stilllegung, Haftung, Deckungsvorsorge, Nachsorge und den späteren Verantwortungsübergang für einen stillgelegten Speicher auf den Staat. Abweichend von der europäischen Richtlinie ist das deutsche Gesetz auf die Demonstration der Kohlendioxidspeicherung beschränkt, indem es die jährliche speicherbare Menge an Kohlendioxid auf 1,3 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Speicher und bundesweit insgesamt vier Millionen Tonnen begrenzt. Damit könnten in Deutschland zwei oder drei kleinere bis mittelgroße CCS-Demonstrationsprojekte realisiert werden. Allerdings haben die Länder, für die eine Kohlendioxid-Speicherung in Frage kommt, bereits von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, bestimmte Landesgebiete von der Kohlendioxid-Speicherung auszuschließen, oder sie befinden sich in entsprechenden Gesetzgebungsverfahren. In der näheren Zukunft ist deshalb nicht mit CCS-Projekten im Zuständigkeitsbereich dieser Länder zu rechnen.

Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid

Seit 2005 haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) Forschungsaktivitäten zur dauerhaften geologischen Speicherung von Kohlendioxid im Rahmen des geowissenschaftlichen Forschungsprogramms GEOTECHNOLOGIEN gefördert. (Weitere Informationen hierzu enthält die Internetseite www.geotechnologien.de.) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie fördert mit dem COORETEC-Programm in erster Linie die Forschung und Entwicklung von Kraftwerks- und Abscheidetechnologien (www.cooretec.de).

Im GEOTECHNOLOGIEN-Projekt AUGER wird derzeit der aktuelle Forschungsstand zur geologischen Kohlendioxid-Speicherung in Deutschland auf Grundlage der abgeschlossenen und der aktuell laufenden Projekte analysiert.

► **Forschungsspeicher in Ketzin**

Am Pilotstandort Ketzin, westlich von Berlin, werden unter der Koordination des Deutschen GeoForschungszentrums (GFZ) seit 2004 im Rahmen nationaler und europäischer Projekte das wissenschaftliche Verständnis der geologischen Speicherung von Kohlendioxid weiterentwickelt und die im Untergrund ablaufenden Prozesse bei der Kohlendioxid-Einspeisung und -Ausbreitung erforscht (www.co2ketzin.de). Die Einspeisung von insgesamt 67.271 Tonnen Kohlendioxid in einen Porenspeicher wurde im Zeitraum Juni 2008 bis August 2013 erfolgreich durchgeführt und von einem der weltweit umfangreichsten Überwachungsprogramme begleitet (www.co2ketzin.de). Das Projekt COMPLETE führt seit Januar 2014 die Forschungsarbeiten an dem mittlerweile stillgelegten Speicher in Ketzin fort. Es baut auf den in den Vorgängerprojekten (u. a. CO2SINK und CO2MAN) erarbeiteten Erkenntnissen auf.

► **Kohlendioxid-Abscheideanlage in Schwarze Pumpe**

Am Standort Schwarze Pumpe in der Niederlausitz, Brandenburg, hat Vattenfall von Herbst 2008 bis Frühjahr 2014 eine Pilotanlage zur CO₂-Abscheidung betrieben. Die Anlage mit einer thermischen Leistung von 30 Megawatt diente der Weiterentwicklung und Optimierung der Oxyfuel-Abscheidetechnologie. Vattenfall hat mit SaskPower aus Kanada eine Forschungs Kooperation vereinbart; das Know-how aus Schwarze Pumpe wird zukünftig für das CCS-Projekt in Boundary Dam, Kanada, weiterverwendet werden.



► **Aktivitäten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)**

Die BGR beschäftigt sich mit den geologischen Grundlagen für die Kohlendioxid-Speicherung wie auch für die Nutzung des Untergrunds als Wirtschaftsraum allgemein.

Ganz grundlegend kommen für die dauerhafte geologische Speicherung von Kohlendioxid drei Optionen in Betracht: Salinare Aquifere (Salzwasser führende poröse Gesteinsschichten), erschöpfte Erdöl- und Erdgaslagerstätten sowie tiefe, nicht abbaubare Kohleflöze. Um als Kohlendioxid-Speicher genutzt werden zu können, müssen die folgenden Grundvoraussetzungen erfüllt sein:

- Es muss ein ausreichend porös-permeables Speichergestein vorliegen, das sich mit einer möglichst hohen Mächtigkeit lateral weit erstreckt und damit eine hohe Speicherkapazität aufweist.
- Das Speichergestein muss von einem undurchlässigen Barrieregestein überdeckt sein, so dass eine vertikale Migration des Kohlendioxids aus dem Speicher nicht möglich ist.

- ▶ Das Speichergestein sollte eine Mindestdiefe von etwa 800 Metern aufweisen, damit das Kohlendioxid im Speicher in einer hohen Dichte vorliegt und der Speicherraum optimal genutzt werden kann.

Die BGR beschränkt ihre Aktivitäten im Rahmen der Kohlendioxid-Speicherung nicht allein auf diese eine Nutzungsmöglichkeit, sondern erstreckt ihre Arbeits- und Forschungsaktivitäten auf alle derzeit erkennbaren Optionen zur Nutzung des Untergrunds als Speicher- und Wirtschaftsraum. Als einen ersten Meilenstein für eine bundesweite Informationsgrundlage zum tieferen Untergrund haben die staatlichen geologischen Dienste von Bund und Ländern von 2008 bis 2011 gemeinsam ein Speicher-Kataster über den tieferen Untergrund des deutschen Festlandbereichs erarbeitet (www.bgr.bund.de/SpeicherKataster). Darin sind Speicher- und Barrieregesteine nach bundesweit einheitlichen Kriterien bewertet und untersuchungswürdige Gebiete für Nutzungsoptionen, wie z. B. die dauerhafte geologische Speicherung von Kohlendioxid oder auch die Erdgas-Speicherung, identifiziert und in Form von Potenzialkarten dargestellt worden.

Mithilfe der Erstellung eines deutschlandweiten geologischen 3D-Modells des tieferen Untergrundes soll die Informationsgrundlage mittel- bis langfristig erweitert werden. Als einen nächsten Schritt haben die Staatlichen Geologischen Dienste der norddeutschen Bundesländer daher 2013 unter Federführung der BGR das Projekt „Potenziale des unterirdischen Speicher- und Wirtschaftsraumes im Nord-

deutschen Becken“ (TUNB) begonnen, in dem über einen Zeitraum von ca. sechs Jahren ein 3D-Modell des Norddeutschen Beckens als fachliche Grundlage für die weitere Analyse und Bewertung verschiedener Nutzungsoptionen und möglicher Nutzungskonkurrenzen erarbeitet werden soll.

Ausblick

Der Untergrund bietet eine Vielzahl von Nutzungsmöglichkeiten. Die Kohlendioxid-Speicherung ist eine dieser Möglichkeiten. Die Bedeutung dieser Technologie für den weltweiten Klimaschutz ist derzeit noch nicht endgültig abschätzbar, sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Angesichts der trotz aller internationalen Bemühungen steigenden Treibhausgasemissionen und mangels umfangreicher Kohlendioxid-Reduktionsoptionen für industrielle Prozesse sollte trotz der momentanen Durststrecke in der CCS-Technologieentwicklung und -anwendung auch in Deutschland diese Klimaschutzoption – insbesondere auch in der Variante der Offshore-Speicherung unter dem Meeresgrund – nicht aus dem Blick verloren werden.

Kontakt: Almut Fischer
Referat: Mineralische Rohstoffe und Geowissenschaften;
Fachaufsicht BGR, unter Mitarbeit von Dr. Christian Müller,
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe



Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie erwartet, dass staatliche Geodaten in Zeiten des Internets und der modernen digitalen Daten- und Informationsvermittlung ein deutlich größeres Potenzial besitzen als bisher erkannt. Die Kommission für Geoinformationswirtschaft beim Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (GIW-Kommission) verbessert daher die Bedingungen, zu denen Wirtschaftsunternehmen staatliche Geodaten zuverlässig und schnell von der Verwaltung erhalten und zu denen Verwaltungen die Informationen einfach und sicher abgeben können.



Seit 2004 arbeiten Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft in der GIW-Kommission daran, die Rahmenbedingungen für Nutzungslizenzen und Datenschutzbestimmungen für staatliche Geodaten zu vereinheitlichen. In der Praxis erweist sich die Harmonisierung oft als schwierig, weil die Zuständigkeiten hierfür in den Bundesländern unterschiedlich organisiert sind. Hinzu kommt, dass Daten bei vielen Stellen – vom Bund bis zur kleinsten Kommune – vorliegen, und es bisher an einfachen Lizenzen und allgemeinen Regeln zum Datenschutz fehlt. Für Unternehmen, die Geodaten verwenden möchten, bedeuten die vielen unterschiedlichen Anlaufstellen und Nutzungsbedingungen einen hohen Klärungsaufwand. Im Extremfall können sie sogar dazu führen, dass Geodaten nicht in innovativen Geschäftsmodellen genutzt werden.

Geodaten sind Daten mit einem Raumbezug. Hierunter fallen beispielsweise Daten zur Infrastruktur einer Gemeinde oder zur Gesundheitsentwicklung der Bevölkerung. Geodaten sind für die Wirtschaft von großer Bedeutung – sei es um Entscheidungsgrundlagen zu erstellen oder um neue Produkte und Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Die Praxis zeigt, dass spannende neue Geschäftsideen entstehen können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die GIW-Kommission hat bereits zwei wichtige Werkzeuge entwickelt, die dazu beitragen können, den Geodatenmarkt in Deutschland zu aktivieren: GeoInfoMarkt und GeoLizenz.

„Wenn die Wirtschaft Geodaten in die Wertschöpfungskette integriert und auf Grundlage der Geodaten neue Geschäftsmodelle entwickelt, ermöglicht das einen geschätzten wirtschaftlichen Mehrwert von bis zu mehreren Milliarden Euro. Außerdem schafft die Ausschöpfung dieses Potenzials zukunftssichere Arbeitsplätze und trägt insgesamt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland bei“, Brigitte Zypries, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie

GeoInfoMarkt vereinfacht den Zugang zu Geodaten

Die erste Herausforderung für einen Unternehmer, der mit staatlichen Geodaten arbeiten möchte, ist die Frage, wo er diese Daten findet. Der GeoInfoMarkt bietet einen guten Überblick über staatliche Webdienste von Geodaten. Nutzer der Online-Anwendung können hier relevante Webdienste finden, beobachten und in eigene Anwendungen einbinden.

Der GeoInfoMarkt stellt derzeit über 4.000 Dienste aus den verschiedensten Bereichen samt der zuständigen Ansprechpartner für den Bezug der betreffenden Webdienste zusammen. Über den Webdienst kann der Nutzer direkt mit dem Datenanbieter Kontakt aufnehmen und zum Beispiel die Nutzungsbedingungen mit ihm vereinbaren.

Der GeoInfoMarkt ist damit ein wichtiger Schritt in die Richtung, Geodaten bundesweit schnell auffindbar zu machen. Die Webdienste werden online recherchiert und zusammengetragen. Datenanbieter können sich aber auch selbst bei der Online-Anwendung registrieren und ihre Dienste einstellen.

GeoLizenz erleichtert die Nutzung von Geodaten

Hat ein Unternehmer die für ihn interessanten Geodaten gefunden, ist die zweite Frage, wie er diese nutzen kann. Auch hierfür bietet die GIW-Kommission einen praktischen und unkomplizierten Service an – die GeoLizenz.

Die Online-Anwendung GeoLizenz bietet einfache und schnelle Lizenzen für Geodaten. Wie in einem Baukasten können staatliche, aber auch privatwirtschaftliche Anbieter Lizenzen für Geodatenprodukte je nach Nutzungsart oder Nutzergruppe automatisch durch Anklicken zusammen-



stellen. Komplizierte Lizenzverhandlungen entfallen. Der Nutzer erhält unmittelbar seine Lizenz per E-Mail zugesandt und kann über den Service auch kostenpflichtige Produkte per E-Payment bezahlen. Die GeoLizenz ist in einem Modellvorhaben von Akteuren aus Verwaltung und Wirtschaft bundesweit erfolgreich erprobt worden. 60 Lizenzen sind bereits über den Service vergeben worden. Die GIW-Kommission arbeitet an einem noch breiteren Einsatz der Lizenzen, um staatliche Geodaten für die Wirtschaft unkompliziert und schnell verfügbar zu machen.

Und dass sich das lohnt, zeigen die Projekte der GIW-Kommission. In der Forst-, der Versicherungs- und der Rohstoffwirtschaft haben diese Projekte bereits wirtschaftlichen Mehrwert erzielt. Spannende neue Produkte sind mithilfe staatlicher Geodaten entstanden.



Quelle: Geschäftsstelle der Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW-Kommission)



Privatwald besser bewirtschaften – das Projekt GeoWaldwirtschaft

Die Forstverwaltung zieht sich in vielen Bundesländern aus der Bewirtschaftung der Wälder zurück. Das stellt Besitzer von kleinen Privatwäldern vor Herausforderungen; sie müssen sich jetzt eigenständig um die Bewirtschaftung der Wälder kümmern. Daher organisieren sich Waldbesitzer verstärkt in forstlichen Zusammenschlüssen, die das Waldmanagement übernehmen. Der forstliche Zusammenschluss entscheidet über logistische Fragen, z. B. wann und wo Holz mobilisiert wird oder in welche Richtung Materialströme bewegt werden, aber auch, welche Maßnahmen zur Pflege und Bewirtschaftung von Waldflächen zu ergreifen sind. Im Rahmen des Projekts „GeoWaldwirtschaft“ wurde das Geoinformationssystem WaldInfoPlan entwickelt. Für die Waldbewirtschaftung wichtige forstliche und geografische Daten, z. B. topografische Karten, Flurkarten oder Luftkarten, werden durch diese webbasierte Anwendung – die auch durch GPS vor Ort eingesetzt werden kann – bereitgestellt. Eigene Daten von Holzammelstellen oder Waldpflegeverträgen können integriert und Holzbuchungssysteme eingebunden werden. WaldInfoPlan erleichtert damit die Planung und Dokumentation der forstlichen Maßnahmen vom Einschlag des Holzes bis zum Verkauf und Transport an das Sägewerk. All das macht das Wirtschaften im Wald, dank des Einsatzes staatlicher Geodaten, einfacher und effizienter.

Mineralische Rohstoffe sichern mit GeoRohstoff

Auch im Rohstoffsektor spielen Geodaten eine wichtige Rolle. Bei Sand und Kies z. B. konkurrieren unterschiedliche Nutzungsansprüche um die Abbaustätten. Die Interessen von Wasserwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutzgebieten oder Nationalparks wirken sich auf die Rohstoffförderung aus. Um die Rohstoffversorgung zukünftig besser planen zu können, entstand im Rahmen des Projekts „GeoRohstoff“ der GisInfoService. Rohstoffunternehmen können sich einen schnellen und aktuellen Überblick über die Nutzungsmöglichkeiten von Gebieten verschaffen. Der GisInfoService auf der Basis staatlicher Geodaten steht Rohstoffunternehmen bereits in fast allen Bundesländern zur Verfügung und wird kontinuierlich ausgebaut.

Risiken besser abschätzen – Geoinformationssysteme in der Versicherungsbranche

Mit einer Versicherung kann man sich gegen vielfältige Risiken absichern, z. B. gegen Schäden am Auto, Unfälle im Haushalt oder eben auch Umweltrisiken wie Überschwemmungen. Damit diese Risiken objektiv und transparent bewertet werden können, braucht die Versicherungswirtschaft staatliche Geodaten, die ihr bei der Analyse und

Visualisierung von Gefährdungspotenzialen wichtige Anhaltspunkte liefern. Mit dem „Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen“ (ZÜRS Geo) hat die Versicherungsbranche ein Geoinformationssystem etabliert, das ausschließlich auf Geodaten wie beispielsweise Überschwemmungsflächen und amtliche Adresskoordinaten beruht. Damit kann das Hochwasser- und Überschwemmungsrisiko für Standorte objektiv bewertet werden. Das Projekt „GeoRisiko“ untersucht darauf aufbauend, inwieweit sich das System durch die Integration von weiteren Geodaten erweitern lässt, um Risikoabschätzungen weiter zu verbessern. Zu Risiken weiterer Naturgefahren wie Sturm, Starkregen, Blitzschlag und Erdbeben können sich Mieter, Hausbesitzer und Unternehmer in Sachsen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt über das Internetportal ZÜRS public informieren.

Datenschutzkonformer Umgang mit Geodaten

Ein weiterer wichtiger Baustein, damit Unternehmen verlässliche und tragfähige Geschäftsmodelle mit Geodaten entwickeln können, ist das Thema Datenschutz. Zum Teil handelt es sich bei staatlichen Geodaten um hochauflösende und qualitativ hochwertige Informationen. Damit die Wirtschaft auch mit diesen Daten arbeiten kann, braucht es klare Regeln in Bezug auf den Datenschutz beim Umgang mit Geodaten.

Die GIW-Kommission arbeitet daher aktuell gemeinsam mit den Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder an bundesweit einheitlichen Standards zum Thema GeoDatenschutz. Im Rahmen dieser gemeinsamen Arbeit entsteht derzeit der „GeoBusiness Code of Conduct (CoC)“. Das ist eine Selbstverpflichtungserklärung der deutschen Wirtschaft nach § 38a Bundesdatenschutzgesetz zur Nutzung staatlicher Geoinformationen. Sie soll zukünftig analog zu den anderen Diensten als Webanwendung umgesetzt werden.

Zukunftsfähige Arbeitsplätze für einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland

Mit den dargestellten Anwendungen und Diensten stehen der Wirtschaft wichtige Werkzeuge zur Verfügung, um mit staatlichen Geodaten eigene Geschäftsmodelle aufzubauen. Nun gilt es, u. a. GeoLizenz und GeoInfoMarkt noch stärker mit Leben zu füllen. Diese Angebote können dazu beitragen, den Geodatenmarkt in Deutschland zu aktivieren und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

„Der Unternehmer, der mit staatlichen Geodaten arbeiten möchte, findet einen Flickenteppich von datenhaltenden Stellen und Nutzungsbedingungen vor. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben nicht die Kapazitäten, mühsam in die Recherche zu investieren. So geben viele auf, bevor sie überhaupt richtig angefangen haben. Diese Situation wollen wir ändern“, Brigitte Zypries, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie



Weitere Informationen zur Kommission für Geoinformationswirtschaft finden Sie auf der Internetseite:



www.geobusiness.org

Kontakt: Angelika Müller
Referat: IT-Anwendungen, Digitale Integration
und Lars Behrens
Geschäftsstelle der Kommission für Geoinformationswirtschaft

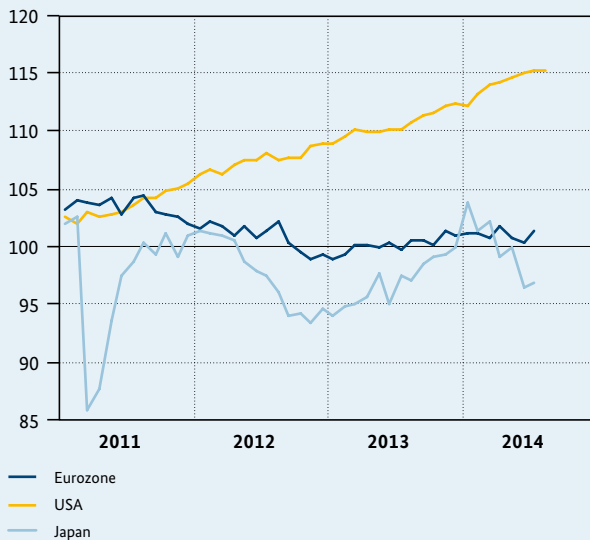
II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Mit gedämpfter Dynamik.

Die Weltwirtschaft ist auf Wachstumskurs. Allerdings entwickelt sie sich zögerlicher als erwartet.¹ Im zweiten Quartal blieb ihre Dynamik gedämpft. Neben dem vorübergehend schwächeren Wachstum in Japan trugen dazu auch die zahlreichen geopolitischen Konflikte bei. Sie brachten Unsicherheit und beeinflussten wirtschaftliche Entscheidungen. Wachstumsimpulse liefern gegenwärtig vor allem die Vereinigten Staaten, Großbritannien sowie einige Schwellenländer Asiens, in denen die Konjunktur gerade etwas anzieht. Die Erholung im Euroraum kommt demgegenüber nicht wie erhofft voran. Die japanische Wirtschaft sieht sich im Zuge der Erhöhung der Verbrauchsteuern gegenwärtig erheblichen Schwankungen der Nachfrage ausgesetzt. Die russische Wirtschaft und die großen Schwellenländer in Lateinamerika haben ihre Schwächephase noch nicht überwunden. Die Wachstumsraten in China sind zwar weiterhin relativ hoch, aber auch dort verläuft die Wirtschaftsentwicklung nicht ohne Friktionen.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2013 Q2	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2
Euroraum	0,3	0,1	0,3	0,2	0,0
USA	0,4	1,1	0,9	-0,5	1,0
Japan	0,8	0,4	-0,1	1,5	-1,8

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Euroraum	11,6	11,6	11,5	11,5	-
USA	6,3	6,3	6,1	6,2	6,1
Japan	3,6	3,5	3,7	3,8	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Euroraum	0,7	0,5	0,5	0,4	0,3
USA	2,0	2,1	2,1	2,0	-
Japan	3,4	3,7	3,6	3,4	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich wieder etwas beschleunigen, weil einige der Bremsfaktoren nur vorübergehend wirken. Es gibt aber nach wie vor diverse strukturelle Herausforderungen, die das Wachstum hemmen. Die Grunddynamik der Industriestaaten dürfte sich zunächst kaum beschleunigen. Dies signalisiert z. B. der Composite Leading Indicator für die OECD-Staaten. Er verharrte im Juli auf seinem seit November 2013 erreichten Niveau. Angesichts des schwachen Einstiegs in das Jahr hatte der IWF in einem Prognose-Update von Ende Juli seine Prognose des Welt-BIPs für das Jahr 2014 bereits etwas auf 3,4% nach unten korrigiert. Für das Jahr 2015 geht er bisher von einem Wachstum von 4,0% aus. Er wies außerdem auf Abwärtsrisiken hin.

USA: Auf solidem Wachstumskurs.

Die US-Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Wachstumskurs. Im zweiten Quartal erhöhte sich das BIP, unterstützt durch Nachholeffekte, kräftig um annualisiert 4,2%. Dies war teilweise eine Reaktion auf den Rückgang des BIP im ersten Quartal um annualisiert 2,1%. Dieser war vornehmlich auf witterungsbedingte Produktionsbehinde-

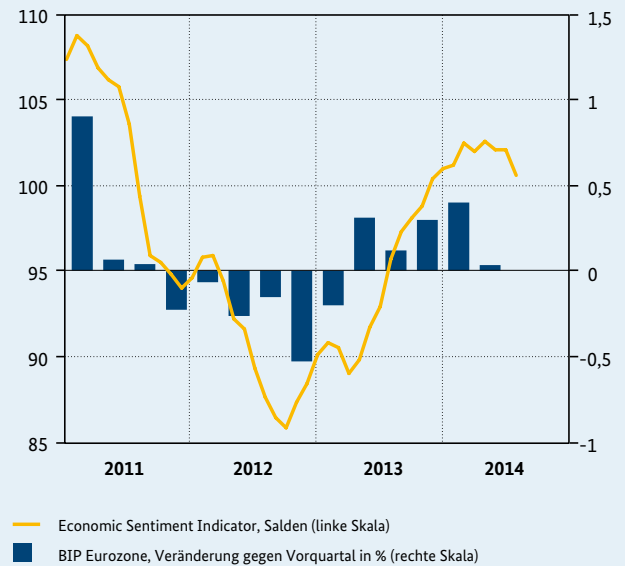
1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. September 2014 vorlagen.

rungen zurückzuführen. Die größten Wachstumsbeiträge kamen im zweiten Quartal von den privaten Konsumausgaben und den Investitionen. Der Lageraufbau trug ebenfalls zum Wachstum bei. Der private Konsum wird durch die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts gestützt. Allerdings erhöhte sich die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft im August lediglich um 134.000. Die Arbeitslosenquote verringerte sich dennoch saisonbereinigt auf 6,1%. Die Industrieproduktion ging im August zwar leicht zurück (-0,1%), blieb im Trend aber aufwärtsgerichtet. Sowohl das ISM-Geschäftsklima in der Industrie als auch das Verbrauchervertrauen kletterten im August auf neue Jahreshochs. Der Anstieg der Verbraucherpreise schwächte sich im Juli bei einer Jahresrate von 2,0% geringfügig ab. Angesichts des schwachen Jahresbeginns hat der IWF seine Prognose des BIP-Wachstums für das Jahr 2014 auf +1,7% gesenkt. Die Prognose für das Jahr 2015 beließ er bei +3,0%.

Japan: Nur zögerliche Erholung vom Einbruch im zweiten Quartal.

Die Erholung der japanischen Wirtschaft nach dem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal fällt bisher eher enttäuschend aus. Die Anhebung der Verbrauchsteuer im April von 5 auf 8% hatte erhebliche Vorzieheffekte ausgelöst, durch die das BIP im ersten Quartal kräftig um 1,5% gewachsen war. Dies hatte im zweiten Quartal einen starken Rückgang um 1,8% zur Folge. Die Unternehmen erwarten laut dem TANKAN-Bericht eine Fortsetzung des Wachstums im dritten Quartal. Die Industrieproduktion erholte sich im Juli aber lediglich um 0,4%, nachdem sie im zweiten Quartal um 3,8% gefallen war. Die Bestellungen, die im zweiten Quartal außerordentlich kräftig gestiegen waren, verzeichneten im Juli den zweitniedrigsten Wert im laufenden Jahr. Sowohl die Lagekomponenten der Economy Watchers Survey des japanischen Cabinet Office als auch die Erwartungskomponenten dieser Umfrage trübten sich im August ein, die Erwartungskomponenten den dritten Monat in Folge. Die Jahresrate der Verbraucherpreise sprang mit der Anhebung der Verbrauchsteuern um rund 2 Prozentpunkte nach oben und ging danach wieder leicht auf 3,4% im Juli zurück. Insgesamt spricht die Mehrheit der Indikatoren für eine mäßige Erholung im dritten Quartal und für eine Abschwächung der konjunkturellen Grunddynamik. Der IWF rechnet für die Jahre 2014 und 2015 mit einem BIP-Wachstum von 1,2% bzw. 1,6%.

Eurozone: BIP und Economic Sentiment (saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

Euroraum: Erholung bleibt zögerlich bei deutlichen regionalen Unterschieden.

Die Erholung im Euroraum kommt kaum voran. Nach einem leichten Anstieg von 0,2% im ersten Quartal 2014 stagnierte das BIP im zweiten Jahresviertel. Die Konjunktur in den einzelnen Ländern entwickelt sich weiterhin heterogen. Während Deutschland und Italien Rückschläge erlebten und das BIP in Frankreich weiter stagnierte, drehte das Wachstum in den Niederlanden, Portugal und Finnland ins Plus. In den südlichen Ländern wirken die angespannten öffentlichen Finanzen und die restriktiven Kreditbedingungen nach wie vor dämpfend. Die spanische Wirtschaft ist dennoch auf einen Erholungskurs eingeschwenkt. Außerhalb des Euroraums setzte das Vereinigte Königreich seinen kräftigen Aufschwung fort. Insgesamt bleibt die konjunkturelle Erholung im Euroraum aber weiterhin zögerlich und fragil. Die aktuellen Konjunkturindikatoren sind gemischt. Im zweiten Quartal stieg die Beschäftigung saisonbereinigt das dritte Quartal in Folge. Die Industrieproduktion im Euroraum erholte sich im Juli spürbar (+1,0%). Der Economic Sentiment Indicator für die Industrie schwächte sich allerdings nach einer längeren Phase der leichten Aufhellung seit dem Frühjahr wieder ab. Die Jahresrate der Verbraucherpreise sank im August auf +0,3%. Der IWF rechnet Stand Juli für das Gesamtjahr 2014 mit einem BIP-Wachstum im Euroraum von +1,1%. Für das Jahr 2015 erwartet er ein Wachstum von +1,5%.

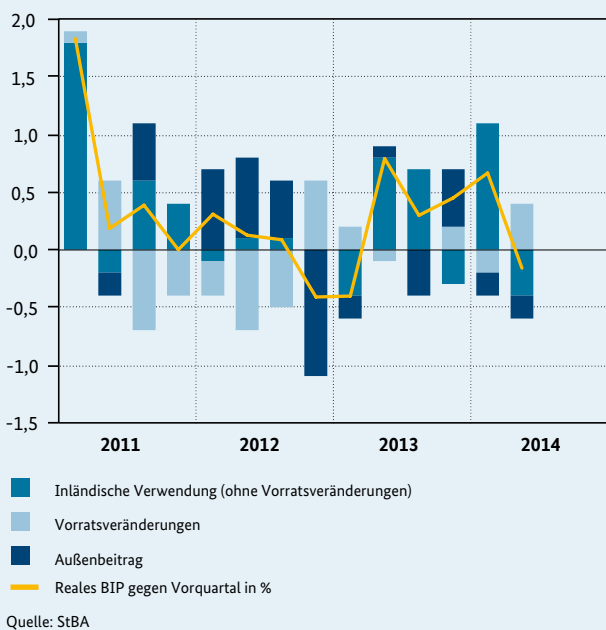
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Nach Abschwächung im zweiten Quartal Signale einer Belebung.

Die konjunkturelle Grundtendenz bleibt trotz der Abschwächung im zweiten Quartal aufwärtsgerichtet.² Im Juli sendete das Produzierende Gewerbe erste deutliche Signale einer Belebung. Zur vorherigen Abschwächung im zweiten Quartal trugen verschiedene Faktoren bei. Als Spätfolge des milden Winters dämpften Produktionsverschiebungen die Erzeugung, insbesondere im Baugewerbe. Zusätzlich wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch das enttäuschende Wachstum des Euroraums und die geopolitischen Ereignisse gedämpft. Die deutsche Wirtschaft ist aber unverändert in guter Verfassung. Wenn es die geopolitischen Entwicklungen erlauben und die Verunsicherung in der Wirtschaft nachlässt, wird sich der Aufschwung in gemäßigttem Tempo fortsetzen.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts
(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



Nach dem starken Wachstum im ersten Quartal um 0,7% schwächte sich das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 0,2% ab.³ Dieser Rückgang entsprach rechnerisch dem Impuls des Außenbeitrags. Da die Exporte weniger zunahmen als die Importe war dieser Impuls leicht negativ. Die Binnennachfrage stagnierte im zweiten Quartal. Während sich die privaten und staatlichen Konsumausgaben geringfügig weiter um jeweils 0,1% erhöhten, schwächten sich die Bruttoanlageinvestitionen ab. Die Investitionen in Ausstattungen wurden, wohl aufgrund der Verunsicherung durch die internationalen Konflikte, leicht um 0,4% und die Investitionen in Bauten als Reaktion auf den kräftigen Anstieg im ersten Quartal stärker um 4,2% zurückgenommen. Der Vorratsaufbau stützte die inländische Verwendung.

2. Produzierendes Gewerbe

Auftragseingänge und Produktion haben sich im Juli kräftig belebt; die konjunkturelle Grundtendenz im Produzierenden Gewerbe bleibt positiv.

Die Unternehmen sind aber weiterhin durch die zögerliche Entwicklung der Eurozone und durch geopolitische Krisen verunsichert.

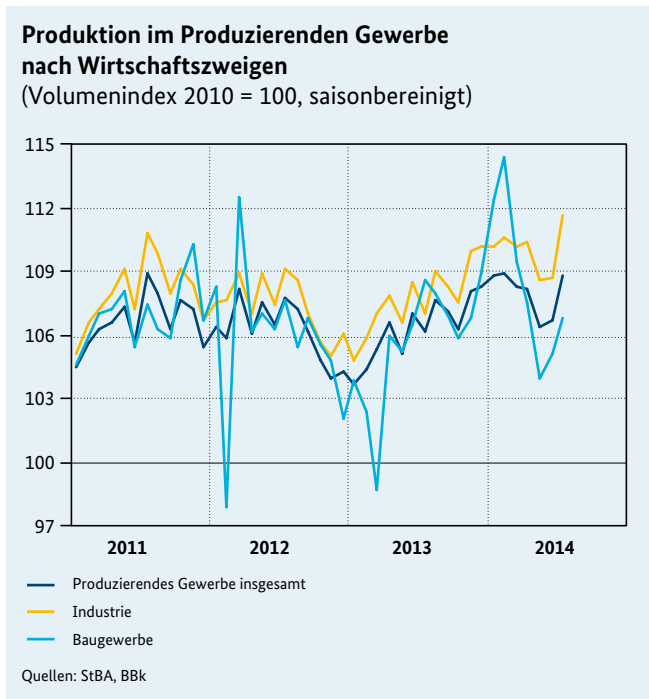
Dem Produzierenden Gewerbe gelang mit einem Anstieg der Produktion im Juli um 1,9%³ ein ermutigender Start in das dritte Quartal. Sowohl in der Industrie als auch im Baugewerbe wurde nach der Abschwächung im Frühjahr die Erzeugung den zweiten Monat in Folge erhöht. Allerdings wurde das Produktionsergebnis erheblich durch die späte Lage der Sommerferien begünstigt. Im kommenden Monat ist daher ein gewisser Gegeneffekt zu erwarten. Gleichwohl überschritt das Produktionsniveau des Produzierenden Gewerbes im Juli wieder das durchschnittliche Niveau des zweiten und auch das des starken ersten Quartals.

Die Industrieproduktion belebte sich im Juli kräftig um 2,6% und erreichte saisonbereinigt und in realer Rechnung sogar erstmals wieder das bisherige Rekordniveau aus dem Januar 2008. Im zweiten Quartal hatte sie sich insgesamt um 0,9% gegenüber dem Vorquartal abgeschwächt. Aus-

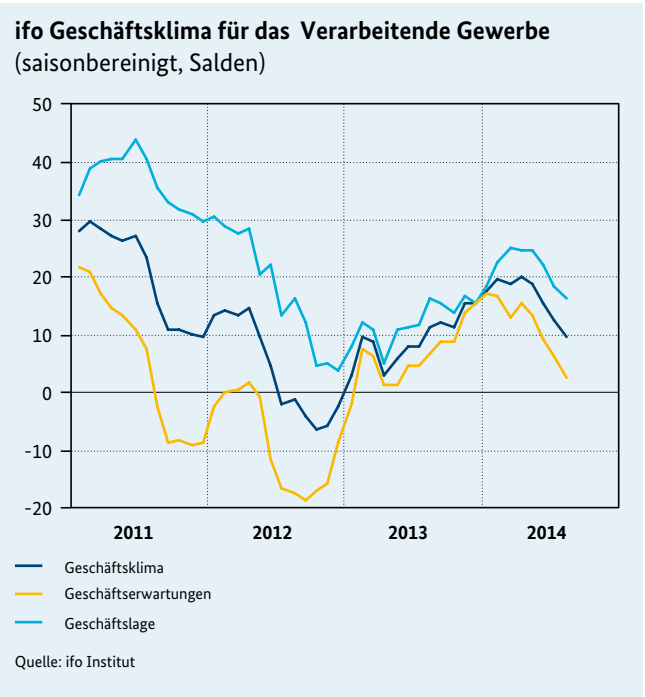
² In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. September 2014 vorlagen.

³ Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Angaben.

schlaggebend für den Zuwachs im Juli war vor allem der außerordentlich kräftige Anstieg bei den Investitionsgütern um 5,0%. Insbesondere die Erzeugung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen wurde sprunghaft um 11,8% erhöht. Gerade hier dürften der bereits erwähnte Ferientageeffekt und die damit verbundene späte Lage der Werksferien stark zu Buche geschlagen haben. Die Produktion wurde aber im Juli auch in den meisten übrigen industriellen Wirtschaftszweigen, insbesondere auch bei den Vorleistungsgütern, ausgeweitet.



Die Umsätze der Industrie belebten sich im Juli ebenfalls den zweiten Monat in Folge (+0,9%). Dabei entwickelten sich die Umsätze im Inland günstiger als die aus dem Ausland. Der starke Anstieg der inländischen Umsätze mit Investitionsgütern könnte darauf hindeuten, dass die Investitionstätigkeit in Deutschland nach dem Rückschlag im zweiten Quartal wieder Tritt fast. Der Auslastungsgrad der Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe schwächte sich im dritten Quartal geringfügig auf 84,0% ab, liegt aber nahe dem langfristigen Durchschnitt und signalisiert Investitionsbedarf.



Nach zweimaligem deutlichem Rückgang in Folge überraschten die Auftragseingänge in der Industrie im Juli mit einem Anstieg um 4,6% auf den höchsten Indexwert im laufenden Jahr. Hieran hatten zwar umfangreiche Großaufträge aus dem Ausland einen bedeutenden Anteil, aber auch bereinigt um die erst längerfristig produktionswirksamen Großaufträge erhöhten sich die Auftragseingänge im Juli um 2,1%. Der Anstieg im Juli speiste sich vor allem

aus den Aufträgen für Investitionsgüter (+8,5%). In regionaler Gliederung wuchsen vor allem die Aufträge aus dem Ausland außerhalb der Eurozone (+9,8%). Die Bestellungen aus dem Inland nahmen um 1,7% zu.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
Produktion					
Insgesamt	0,9	-1,0	-1,6	0,1	2,8
Vorleistungsgüter	0,9	-1,6	-2,3	0,5	0,7
Investitionsgüter	1,1	-0,8	-0,3	-0,9	5,5
Konsumgüter	0,9	-0,3	-3,3	1,7	0,2
Umsätze					
Insgesamt	1,5	-0,9	-1,8	1,5	0,9
Inland	1,7	-1,1	-3,1	1,7	1,3
Ausland	1,3	-0,8	-0,5	1,2	0,6
Auftragseingänge					
Insgesamt	0,0	-0,4	-1,7	-2,8	4,6
Inland	1,9	-1,0	-2,5	-1,5	1,7
Ausland	-1,3	0,1	-1,2	-3,5	6,9
Vorleistungsgüter	0,3	-1,0	-3,4	2,1	0,3
Investitionsgüter	-0,2	-0,2	-0,7	-6,0	8,5
Konsumgüter	0,4	1,6	-1,2	-0,6	-2,9

Quellen: StBA, BBk

Mit der abnehmenden konjunkturellen Dynamik im zweiten Quartal haben sich die einschlägigen Stimmungsindikatoren in den zurückliegenden Monaten spürbar eingetrübt. Die ZEW-Konjunkturerwartungen sanken im August den siebten Monat in Folge. Das ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe ging den vierten Monat in Folge zurück und der Markit/BME-Einkaufsmanger-Index für die Industrie sank im August auf den niedrigsten Wert im laufenden Jahr. Die Verschlechterung der Stimmung ist aber insbesondere auch auf das mit den geopolitischen Konflikten gestiegene konjunkturelle Risiko und die gewachsene Verunsicherung zurückzuführen. Fundamental ist die Industrie weiterhin in einer guten Verfassung. Die Industriekonjunktur bleibt in ihrer Grundtendenz weiterhin aufwärtsgerichtet. Wenn sich die Verunsicherung legt, wird diese Grundtendenz wieder klarer zutage treten.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
Insgesamt	4,6	-5,9	-3,3	1,0	1,7
Bauhauptgewerbe	5,1	-6,0	-2,3	3,3	-0,6
Ausbaugewerbe	4,1	-5,8	-4,5	-1,5	4,4

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Insgesamt	1,7	-4,8	3,9	-4,9	-7,7
Hochbau	2,1	-7,5	-0,8	-1,7	-5,5
Wohnungsbau*	7,5	-3,6	5,6	-1,7	-9,0
Gewerblicher*	-2,2	-12,5	-6,8	-2,0	-4,2
Öffentlicher*	3,8	1,7	4,2	-0,6	0,3
Tiefbau	1,0	-1,6	9,5	-8,3	-9,8
Straßenbau*	6,4	-7,2	0,6	1,8	-14,5
Gewerblicher*	7,2	-4,5	12,7	-14,2	-3,8
Öffentlicher*	-13,4	11,8	17,9	-12,9	-11,0
Öffentlicher Bau insg.	-1,1	0,4	7,0	-4,0	-10,7

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Im Baugewerbe wurde die Produktion nach der schwachen Frühjahrsbelebung im Juli wieder spürbar um 1,7% erhöht. Bereits im Vormonat war ein Anstieg um 1,0% zu verzeichnen. Der Anstieg der Erzeugung im Juli speiste sich allein aus dem Ausbaugewerbe. Im Hoch- und Tiefbau ging die Erzeugung leicht zurück. Das Produktionsniveau des Baugewerbes liegt nun wieder über dem des schwachen zweiten, aber noch deutlich unter dem des starken ersten Quartals. Die Wirkungen der Produktionsverschiebungen durch den milden Winter laufen allmählich aus. Die Erzeugung im Baugewerbe dürfte sich Zug um Zug wieder ihrem längerfristigen Wachstumspfad annähern.

Die Perspektiven für den Bau bleiben günstig. Die Auftrags-eingänge im Bauhauptgewerbe haben sich im Verlauf des zweiten Quartals zwar abgeschwächt. Dank der zuvor lebhaften Bestellaktivität ist die Auftragslage aber immer noch recht gut. Die anhaltend niedrigen Zinsen begünstigen eine lebhaftere Entwicklung der Baugenehmigungen im Wohnungsbau. In dem vor allem durch öffentliche Auftraggeber bestimmten Tiefbau nehmen die Bestellungen tendenziell auch weiterhin zu. Mit der wieder günstigeren Lage der öffentlichen Haushalte werden vermehrt Projekte auf den Weg gebracht. Die gewerblichen Auftraggeber halten sich dagegen gegenwärtig bei den Bestellungen etwas zurück.

3. Privater Konsum

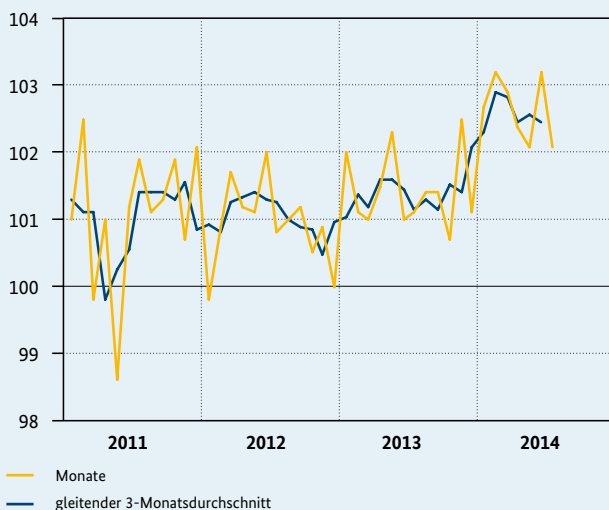
Der private Konsum bleibt Stütze der Konjunktur.

Allerdings sorgen die geopolitischen Krisen für Verunsicherung im Einzelhandel und bei den Verbrauchern.

Nach der kräftigen Zunahme der privaten Konsumausgaben im ersten Quartal 2014 um real 0,8% gab es auch im zweiten Jahresviertel ein leichtes Plus von 0,1%. Der Vorjahreswert wurde um 1,0% überschritten. Die Rahmenbedingungen für den privaten Konsum bleiben günstig. Allerdings haben die geopolitischen Konflikte auch im Einzelhandel und bei den Verbrauchern für eine gewisse Verunsicherung und Zurückhaltung gesorgt.

Hierauf deutet eine Reihe von Indikatoren hin. So haben sich die Umsätze im Einzelhandel nach einem schlechten zweiten Quartal auch im Juli kräftig um 1,1% abgeschwächt. Auch die Erlöse im Kfz-Handel entwickeln sich tendenziell negativ. Nichtgewerbliche Pkw-Neuzulassungen schwächten sich im August gegenüber dem Vorjahr weiter ab (-2,0%).

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)

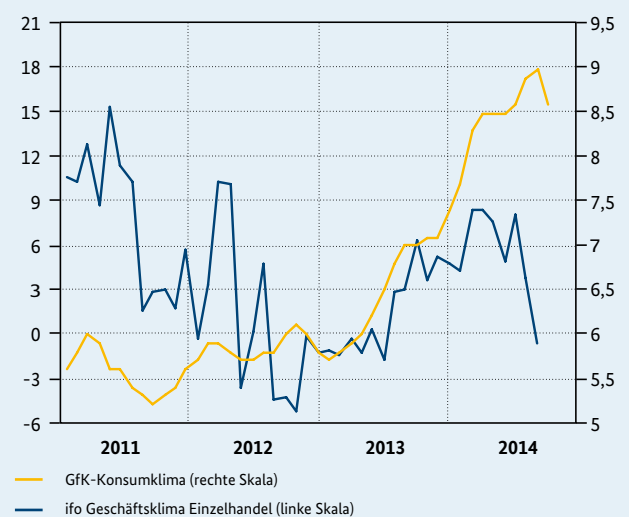


Quellen: StBA, BBk

Die gestiegene Unsicherheit macht sich insbesondere bei den Stimmungsbarometern bemerkbar. Das ifo Geschäftsklima unter den Einzelhändlern hat zur Jahreshälfte spürbar nachgegeben. Im Juli wurde der schwächste Wert seit über einem

Jahr ausgewiesen. Auch die Stimmung unter den Konsumenten trübte sich vor dem Hintergrund der zahlreichen ungelösten Konflikte erstmals etwas ein. Für das GfK-Konsumklima, das sich zuletzt auf dem höchsten Niveau seit Dezember 2006 bewegte, wurde für September ein Wert von 8,6 Punkten prognostiziert (-0,3 Punkte zum Vormonat). Auffällig war der drastische Rückgang bei den Konjunkturerwartungen, die im August von 45,9 auf 10,4 Punkte zurückgingen.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

Sowohl die Einkommenserwartungen als auch die Anschaffungsneigung der Konsumenten befinden sich aber weiterhin auf sehr hohem Niveau. Wichtige Rahmenbedingungen werden daher weiterhin positiv eingeschätzt. Dies ist vor allem auf den sehr robusten Arbeitsmarkt zurückzuführen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg gegenüber dem Vorjahr im zweiten Quartal um 2,1% und sorgt bei niedriger Inflation für eine steigende Kaufkraft.

4. Außenwirtschaft

Warenexporte im Juli mit neuem Rekord. Das Exportwachstum dürfte dennoch schwach bleiben.

Die Exporte an Waren überschritten im Juli erstmals in einem einzelnen Monat die Rekordmarke von 100 Mrd. Euro. Hierbei handelt es sich allerdings um eine Momentauf-

nahme, zu der auch der späte Ferienbeginn beigetragen hat. Die zögerliche Erholung im Euroraum, das verhaltene Wachstum der Weltwirtschaft insgesamt sowie die geopolitischen Entwicklungen dämpfen weiterhin die Exporterwartungen.

Die deutschen Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen zusammengenommen erhöhten sich im Juli saisonbereinigt in jeweiligen Preisen außerordentlich kräftig um 4,0%⁴. Im gesamten zweiten Quartal waren sie lediglich um 0,4% angestiegen. Da sich die Ausfuhrpreise im Verlauf gegenwärtig kaum verändern, nahmen die preisbereinigten Ausfuhren in ähnlicher Größenordnung zu.

Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen gingen im Juli dagegen saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 0,8% zurück. Dies war zum Teil auf sinkende Importpreise, insbesondere für Energieträger, zurückzuführen. Im gesamten zweiten Quartal waren die Einfuhren in jeweiligen Preisen lediglich um 0,1% gegenüber dem ersten Quartal gestiegen. In realer Rechnung dürften sie im zweiten Quartal allerdings deutlich stärker zugenommen haben. Da die Importe real stärker stiegen als die Exporte, wurde der rechnerische Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal leicht negativ.

Als Saldo der Handelsbilanz ergab sich im Juli ein saisonbereinigter Überschuss von 23,4 Mrd. Euro, ein Plus von 5,0 Mrd. Euro zum Vormonat. In der Leistungsbilanz wurde im Juli ein saisonbereinigter Überschuss von 22,8 Mrd. Euro ermittelt. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vormonat um 5,7 Mrd. Euro. Im laufenden Jahr summiert sich der Leistungsbilanzüberschuss Stand Juli auf 117,4 Mrd. Euro (Ursprungszahl). Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ist dies ein Anstieg um 12,7 Mrd. Euro.

Außenhandel*

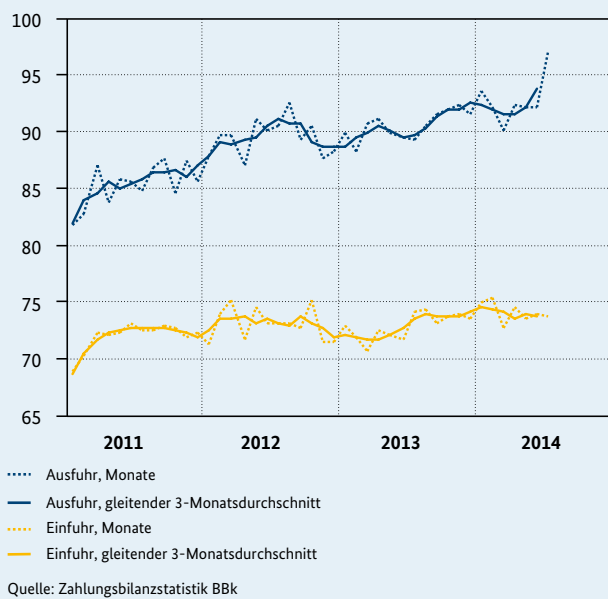
	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	0,2	0,4	0,2	0,6	4,0
Einfuhr	-0,5	0,1	-1,2	1,7	-0,8
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	3,1	1,7	4,3	1,2	8,5
Eurozone	2,2	2,2	4,3	0,3	6,2
EU Nicht-Eurozone	10,8	7,9	9,4	7,1	15,9
Drittländer	0,3	-1,6	2,1	-0,8	7,2
Einfuhr	4,4	0,8	-0,4	2,1	1,0
Eurozone	4,9	1,1	-2,8	3,8	-0,5
EU Nicht-Eurozone	8,8	6,8	5,1	7,9	10,3
Drittländer	2,2	-2,8	-0,8	-3,1	-1,8

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Die nationalen Indikatoren zur Einschätzung des deutschen Auslandsgeschäfts zeichnen ein gemischtes Bild. Die Auslandsumsätze der deutschen Industrieunternehmen waren in den letzten drei Monaten leicht angestiegen. Auch die Auslandsaufträge der Industrie entwickelten sich wieder etwas freundlicher, auch wenn hier Großaufträge eine Rolle spielten. Dagegen trübten sich die Exporterwartungen der Unternehmen bis zuletzt im August ein. Trotz der leichten Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Abwertung des Euros ist daher in den kommenden Monaten weiterhin mit einer verhaltenen Entwicklung der Ausfuhren zu rechnen.

5. Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt bleibt robust. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich spürbar fort.

Im August stieg die Arbeitslosigkeit ferienbedingt geringfügig an.

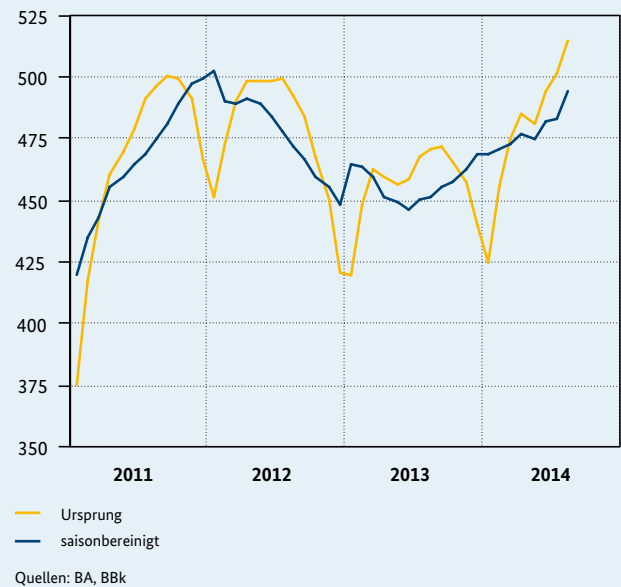
Trotz der konjunkturellen Abkühlung im zweiten Quartal bleibt der Arbeitsmarkt robust. Mit kräftigen Zuwächsen bei der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung setzen sich die positiven Grundtendenzen sogar wieder deutlicher fort. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit blieb im August zwar nahezu unverändert, doch die Frühindikatoren zum Arbeitskräftebedarf haben sich nach der jüngsten Abschwächung wieder verbessert. Für die kommenden Monate ist zu erwarten, dass sich die positiven Grundtendenzen am Arbeitsmarkt in moderater Form fortsetzen.

Das ifo Beschäftigungsbarometer legte im August nach rückläufiger Entwicklung in den Vormonaten wieder zu. Das Arbeitsmarktbarometer des IAB stieg im August ebenfalls an. Mit exakt 100 Punkten erwarten die Arbeitsagenturen für die kommenden Monate keine wesentlichen Änderungen bei der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit.

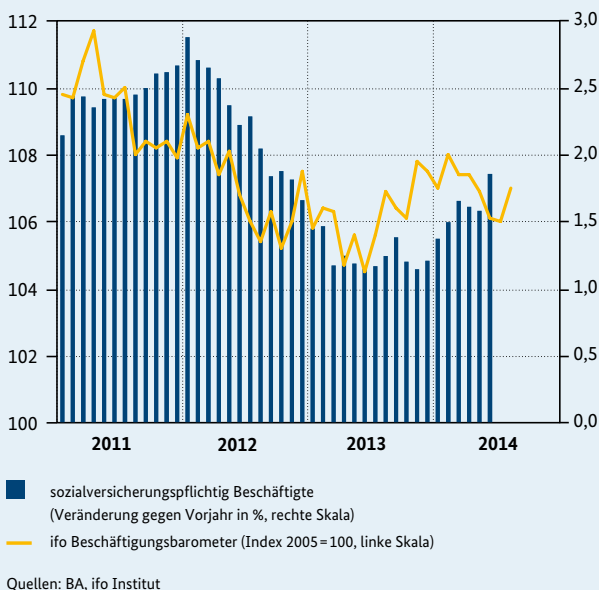
Die Nachfrage nach Arbeitskräften entwickelt sich weiter positiv. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen erhöhte sich im August saisonbereinigt um 11.000. Insgesamt war im August ein Bestand von 515.000 Stellen gemeldet (Ursprungszahl), 44.000 mehr als vor einem Jahr. Der BA-X Stellenindex ist im August erneut gestiegen und liegt nun bei 168 Punkten.

Die Erwerbstätigkeit nimmt weiter zu. Saisonbereinigt stieg

Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)



ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



die Zahl der Erwerbstätigen im Inland im Juli kräftig um 44.000 Personen. Nach Ursprungszahlen wurde im Juli ein neuer Rekordstand von 42,72 Mio. Erwerbstätigen ermittelt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Zuwachs von 341.000 Personen.

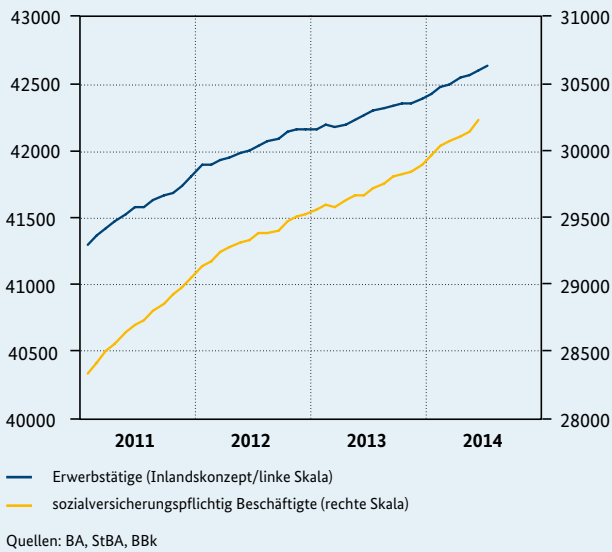
Ausschlaggebend für die Zunahme der Erwerbstätigkeit bleibt der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Von Mai auf Juni verzeichnete sie ein deutliches Plus von saisonbereinigt 89.000 Beschäftigten. Damit stieg sie auf insgesamt 30,17 Mio. (Ursprungszahl). Dies waren 549.000 Personen bzw. 1,9% mehr als vor einem Jahr.

Mit den Juni-Ergebnissen wurde eine Revision der Beschäftigungsstatistik vorgenommen. Insbesondere wurde die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kräftig nach oben revidiert. Ein wesentlicher Grund war die Einbeziehung der Beschäftigten in Werkstätten für Behinderte.

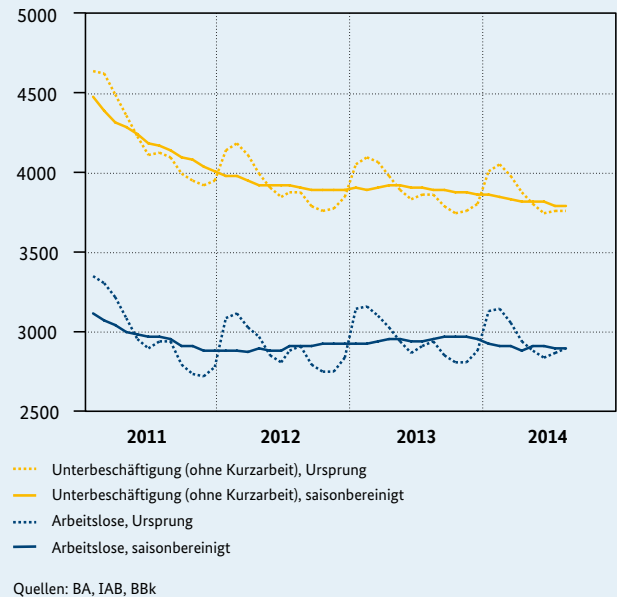
Der Niveausprung und die strukturellen Veränderungen in der Beschäftigungsstatistik haben jedoch keine grundlegenden Auswirkungen auf die Veränderungen im Zeitverlauf.

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit spielt nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle. Im Juni wurde nach vorläufigen Daten an 58.000 Personen Kurzarbeitergeld gezahlt, was im Vergleich zum Vorjahr einem Rückgang um 29.000 Kurzarbeiter entsprach. Die Zahl neuer Anzeigen für Kurzarbeit lag im Juli bei lediglich 15.000 Personen, nach 16.000 im Juni und 21.000 im Mai.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
(in 1000)



Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
in Mio. (Ursprungszahlen)	3,131	2,941	2,833	2,871	2,902
gg. Vorjahr in 1.000	-21	-55	-32	-43	-44
gg. Vorperiode in 1.000*	-46	-19	7	-11	1
Arbeitslosenquote	7,2	6,6	6,5	6,6	6,7

Erwerbstätige (Inland)

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
in Mio.	41,7	42,1	42,2	42,2	42,7
gg. Vorjahr in 1.000	345	388	389	377	777
gg. Vorperiode in 1.000*	126	89	21	16	457

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q4	Q1	April	Mai	Juni
in Mio.	30,1	29,8	30,0	30,1	30,2
gg. Vorjahr in 1.000	352	442	476	468	549
gg. Vorperiode in 1.000*	94	166	37	25	89

Quellen: BA, StBA, BBk

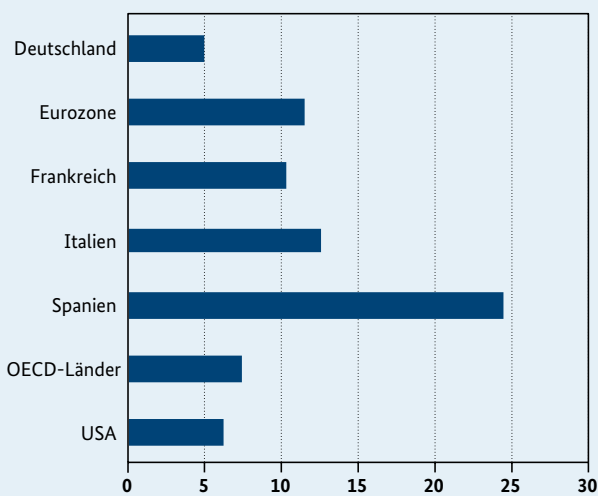
* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die Arbeitslosigkeit blieb im August saisonbereinigt nahezu unverändert. Der ferienbedingte Anstieg um 30.000 Personen fiel aufgrund des späteren Ferienbeginns in einigen Bundesländern etwas stärker aus als im August üblich. Saisonbereinigt ergab sich daher ein leichtes Plus von 2.000 Personen. Betrachtet man die beiden Ferienmonate Juli/August zusammen, sodass sich die Sondereffekte in etwa ausgleichen, setzte sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit um durchschnittlich 5.000 Personen pro Monat fort. Insgesamt waren im August 2,902 Mio. Personen (Ursprungszahl) als arbeitslos registriert. Der Vorjahresstand wurde um 44.000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosenquote stieg von Juli auf August leicht auf 6,7% (Vorjahr: 6,8%).

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote lag im Juli saisonbereinigt bei nur 4,9%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland damit nach wie vor eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer. Innerhalb der EU hat nur Österreich eine noch geringere Quote.

Internationale Arbeitslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Juli 2014)



Quelle: Eurostat

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit berücksichtigt, lag im August bei 3,76 Mio. Personen. Im Vergleich zum Juli ist sie leicht um 1.000 Personen angestiegen.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung entwickeln sich weiterhin weniger günstig als die Beschäftigung. Dies ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen: Der Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie die höhere Zuwanderung überkompensieren die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung und erhöhen das Erwerbspersonenpotenzial. Das IAB schätzt, dass das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2014 um 140.000 auf rund 45,6 Mio. Personen anwächst. Dies dämpft den Abbau der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus werden mit dem fortgeschrittenen Abbau von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt schwieriger. Die Profile der Arbeitslosen entsprechen nicht immer den Anforderungen der Unternehmen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit kommt daher langsamer voran.

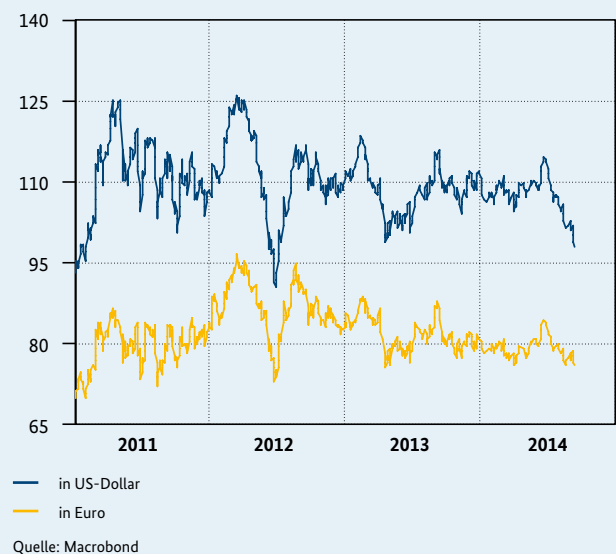
6. Preise

Rohölpreis fällt unter die 100-Dollar-Marke.

Anstieg der Verbraucherpreise bleibt im August mit +0,8% niedrig.

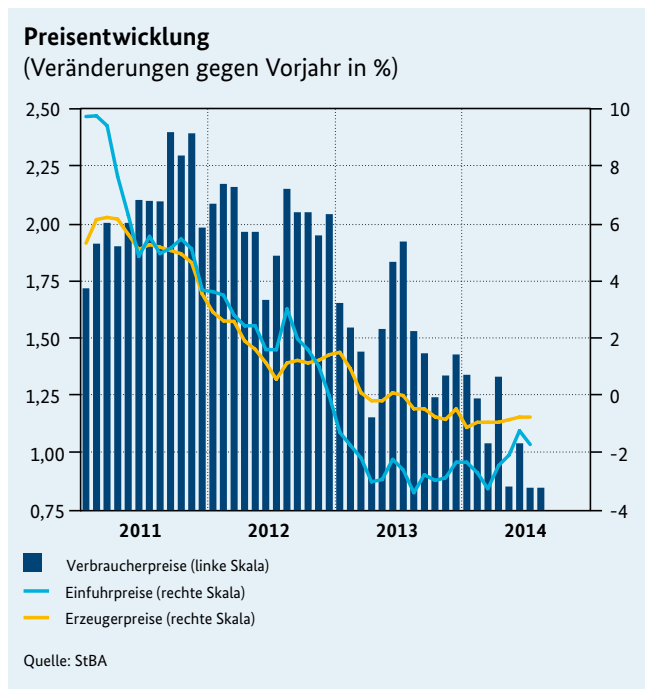
Das Preisklima entwickelt sich unverändert ruhig. Im Zuge der nur langsam wachsenden Weltwirtschaft haben die Preise auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen im Juli weiter nachgegeben. Der Index der Verbraucherpreise blieb im August trotz der saisonbedingten Preiserhöhungen zur Haupturlaubszeit unverändert. Dazu trug vor allem der deutliche Preisrückgang des Rohöls bei. Der Barrelnpreis der Sorte Brent reduzierte sich in den Sommermonaten spürbar und unterschritt Anfang September erstmals im laufenden Jahr die 100-Dollar-Marke. Mitte September lag er mit knapp 96 US-Dollar ca. 6% unter Vormonatsniveau und ca. 14% unter Vorjahresniveau, umgerechnet in Euro ca. 10% unter Vorjahresniveau. Eine Verstärkung des Preisauftriebs zeichnet sich unmittelbar nicht ab. Im Winter ist mit steigenden Energiepreisen auf der Verbraucherstufe zu rechnen.

Rohölpreis der Sorte Brent (je Barrel)



Die Einfuhrpreise setzten im Juli ihren Abwärtstrend fort. Sie sanken im Vergleich zum Vormonat um 0,4%. Ausschlaggebend für den Rückgang waren in erster Linie Preisminderungen im Energiebereich. Insbesondere die Rohölpreise reduzierten sich in den Sommermonaten trotz der Konflikte im Nahen Osten spürbar. Die jährliche Veränderung der Importpreise lag im Juli bei -1,7%. Damit sind die Preise für die deutschen Importeure bereits seit 1½ Jahren rückläufig. Preisdämpfend wirkten binnen Jahresfrist vor allem Preissenkungen bei eingeführten Rohstoffen (-9,2%).

Die Ausfuhrpreise nahmen von Juni bis Juli wie bereits im Vormonat geringfügig um 0,1% zu. Vor allem Vorleistungsgüter verteuerten sich zum Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr lagen die Preise für Exportgüter mit -0,1% unverändert knapp unter Vorjahresniveau. Stärkere Preisermäßigungen im Vorjahresvergleich gab es vor allem im Energiebereich (-7,7%). Konsumgüter verteuerten sich dagegen leicht (+0,8%). Die Terms of Trade lagen im Juli um 1,6% über ihrem Vorjahresniveau. Ursächlich hierfür war, dass die Einfuhrpreise stärker fielen als die Ausfuhrpreise.



Die industriellen Erzeugerpreise gingen im Juli gegenüber dem Vormonat geringfügig zurück. Die Preise für Energie sanken leicht. Auf Jahressicht verbilligten sich die Preise für Industrieprodukte um 0,8%. Während die Energiepreise und die Preise für Vorleistungsgüter deutlich nachgaben, verteuerten sich Investitions- und Konsumgüter moderat.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Juli	Aug.	Juli	Aug.
Insgesamt	0,3	0,0	0,8	0,8
Nahrungsmittel	-0,2	-0,6	0,1	0,3
Bekleidung und Schuhe	-3,6	2,6	0,8	1,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2,7	0,0	0,7	0,8
Pauschalreisen	11,6	1,3	0,4	0,9
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,1	0,0	2,0	2,0
Energie	-0,3	-0,5	-1,5	-1,9
Haushaltsenergie	-0,2	0,1	-0,7	-0,5
Strom	0,0	0,0	1,7	1,7
Gas	0,0	0,0	0,0	-0,1
Kraftstoffe	-0,3	-1,7	-3,1	-4,4
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,2	0,1	-	-

Quellen: StBA, Bbk

Die Verbraucherpreise blieben von Juli auf August im Durchschnitt unverändert. Günstiger wurden vor allem Nahrungsmittel, deren Preis bereits den siebten Monat in Folge zurückging. Kraftstoffe verbilligten sich im Zuge des jüngsten Rohölpreistrückgangs ebenfalls. Teurer wurden dagegen zur Ferienzeit Pauschalreisen und auch Bekleidung und Schuhe aufgrund des beginnenden Übergangs von der Sommer- auf die neue Herbst-/Winterkollektion. Die Jahresrate der Verbraucherpreise verharrte bei 0,8%. Neben den deutlich rückläufigen Energiepreisen (-1,9%) trug auch die abgeschwächte Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln zum niedrigen Preisauftrieb bei. Die Nahrungsmittelpreise lagen im August auf der Verbraucherstufe nur geringfügig über Vorjahresniveau (+0,3%).

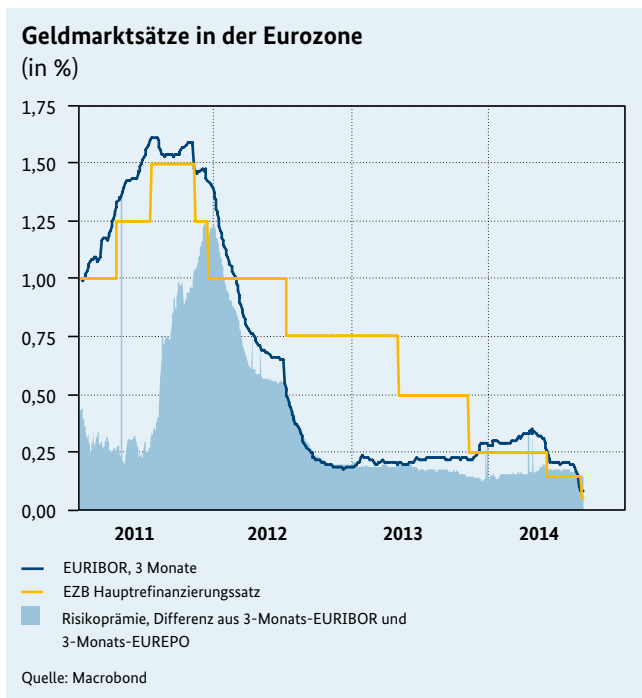
7. Monetäre Entwicklung

Europäische Zentralbank senkt überraschend die Zinsen und kündigt ABS-Käufe an.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren expansiven Kurs im September noch einmal verstärkt. Vor dem Hintergrund der schwachen Erholung im Euroraum sowie der laut Schnellschätzung sehr niedrigen Inflationsrate von 0,3% im August hat der EZB-Rat die wichtigsten Zinssätze überraschend weiter gesenkt. Der Hauptrefinanzierungssatz wurde von 0,15% auf nunmehr 0,05%, die bereits negative Einlagenfazilität wurde weiter auf -0,20% reduziert. Zudem wurde der Ankauf von Kreditverbriefungen (ABS) und Pfandbriefen (covered bonds) ab Oktober 2014

angekündigt. Dies ermöglicht Banken beispielsweise, Forderungen aus Unternehmenskrediten oder Hypothekendarlehen an die Zentralbank zu verkaufen. Zudem wird die EZB im September wie angekündigt die ersten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte abwickeln.

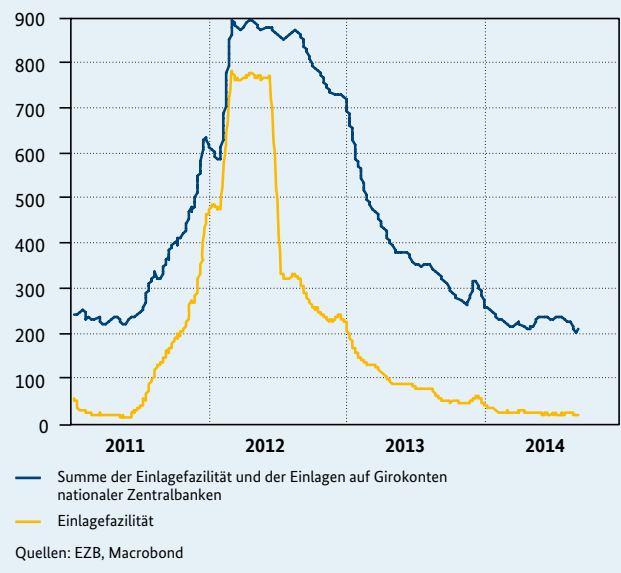
Die Geldpolitik der US-Zentralbank bleibt ebenfalls stark akkommodierend. Seit Ende 2008 liegt der Leitzins bei 0,00 bis 0,25 %. Die monatlichen Anleihekäufe werden weiter sukzessive zurückgeführt und könnten nach Einschätzung von Marktbeobachtern im Oktober auslaufen. Das Volumen wurde im Juli erneut um 10 Mrd. US-Dollar gesenkt und lag zum Redaktionsschluss bei 25 Mrd. US-Dollar.



Die Indikatoren für den europäischen Interbankenmarkt deuten keine signifikante weitere Erholung an. Das tagesdurchschnittliche Volumen an unbesicherten Interbankenkrediten – ein Gradmesser für das Vertrauen zwischen den Instituten – lag im August bei etwa 27 Mrd. Euro und damit auf dem durchschnittlichen Niveau der ersten sieben Monate. Das Vorkrisenniveau von durchschnittlich 40 Mrd. Euro zwischen 2000 und 2007 wird aber bei weitem noch nicht erreicht. Die Überschussliquidität der Banken hat sich auch nach Einführung der negativen Einlagenzinsen nicht reduziert. Im Gegenteil: Die Summe aus Einlagefazilität und

Überschuss-Reserven stieg im August um 7 Mrd. Euro auf 136 Mrd. Euro. Möglicherweise sorgen die für Ende Oktober erwarteten Ergebnisse des EZB-Bankenstresstests für Unsicherheit bei den Banken. Allerdings hat sich der Risikoaufschlag für die Vergabe unbesicherter Interbankenkredite seit Anfang August – auch durch die jüngste Zinsentscheidung der EZB – um nahezu 40 Basispunkte auf 0,142% reduziert.

Liquidität im Eurobankensystem
(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



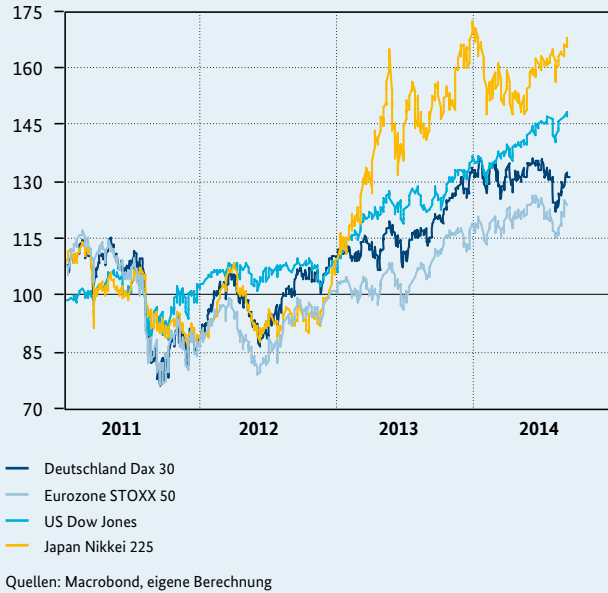
Die europäischen Aktienmärkte haben sich im Berichtszeitraum⁵ auf breiter Basis erholt. Der Stoxx 50 für den Euroraum hat kräftig um 6,6%, der europäische Stoxx 600 um 4,5% zugelegt. Auch der deutsche Dax 30 ist deutlich um 6,1% gestiegen. Der Kursrutsch aus dem Juli, als der Index von 10.000 auf 9.000 Punkte gefallen war, wurde damit zu einem großen Teil wettgemacht. Zuletzt stand der Dax 30 bei 9.651 Punkten. Auch die außereuropäischen Börsen entwickelten sich positiv. Der japanische Nikkei stieg um 2,7%, der amerikanische S&P 500 um 1,7%.

Der Euro hat im Vergleich zur US-Währung weiter an Wert verloren. Nachdem der Kurs Mitte Mai Werte von fast 1,40 US-Dollar erreichte, notierte er Mitte September bei 1,29 US-Dollar. Dies ist der niedrigste Wert seit über einem Jahr. Gegenüber dem Yen konnte der Euro seinen Wert in etwa halten.

5 Berichtszeitraum: 15. August bis 15. September 2014.

Aktienindizes

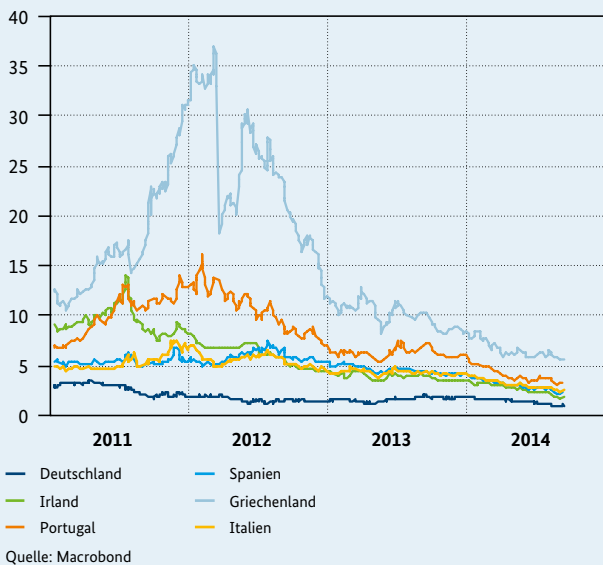
(Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)



Die Renditen europäischer Staatsanleihen sind im Berichtszeitraum in vielen Staaten weiter leicht gesunken. Besonders starke Rückgänge gab es bei der Verzinsung zehnjähriger Anleihen Portugals (27 Basispunkte), Irlands (14 Basispunkte) und Italiens (12 Basispunkte). Die Verzinsung deutscher Staatsanleihen stieg auf sehr niedrigem Niveau weiter minimal um 7 Basispunkte auf zuletzt 1,04%. Die Rendite auf zehnjährige US-Staatsanleihen zog etwas an und notierte gegen Ende der Berichtsperiode bei 2,61%.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

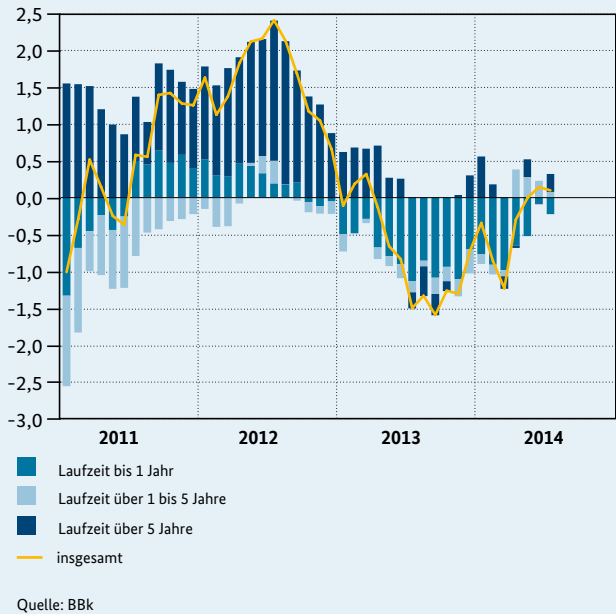
(Tageswerte in %)



Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite hat sich in den letzten Monaten etwas erholt und lag im Juli leicht über dem Niveau des Vorjahres (+0,1%). Die Vergabe von mittel- und längerfristigen Krediten wurde um 0,5% bzw. 0,3% ausgeweitet. Die Kreditvergabe an private Haushalte lag im Juli um 1,2% über dem Wert des Vorjahres, was vor allem auf die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten zurückging (+2,0%).

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Der Kreditzugang bleibt für deutsche Unternehmen weiterhin sehr gut. Laut ifo Kredithürde bewerteten nur 17,9% der Unternehmen die Kreditvergabe als restriktiv. Gerade große Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe haben kaum Probleme, sich über Kredite zu finanzieren (12,8%). Im Bauhauptgewerbe wurde im August mit 20,9% ein neues Rekordtief erreicht.

Das Wachstum der Geldmenge im Euroraum bleibt weiterhin schwach, beschleunigte sich aber etwas seit April. Im Juli lag die Geldmenge M3 um 1,8% über dem Wert des Vorjahres (Juni: +1,6%). Die Geldmenge M1 wurde um 5,6% ausgeweitet (Juni: +5,4%).

III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

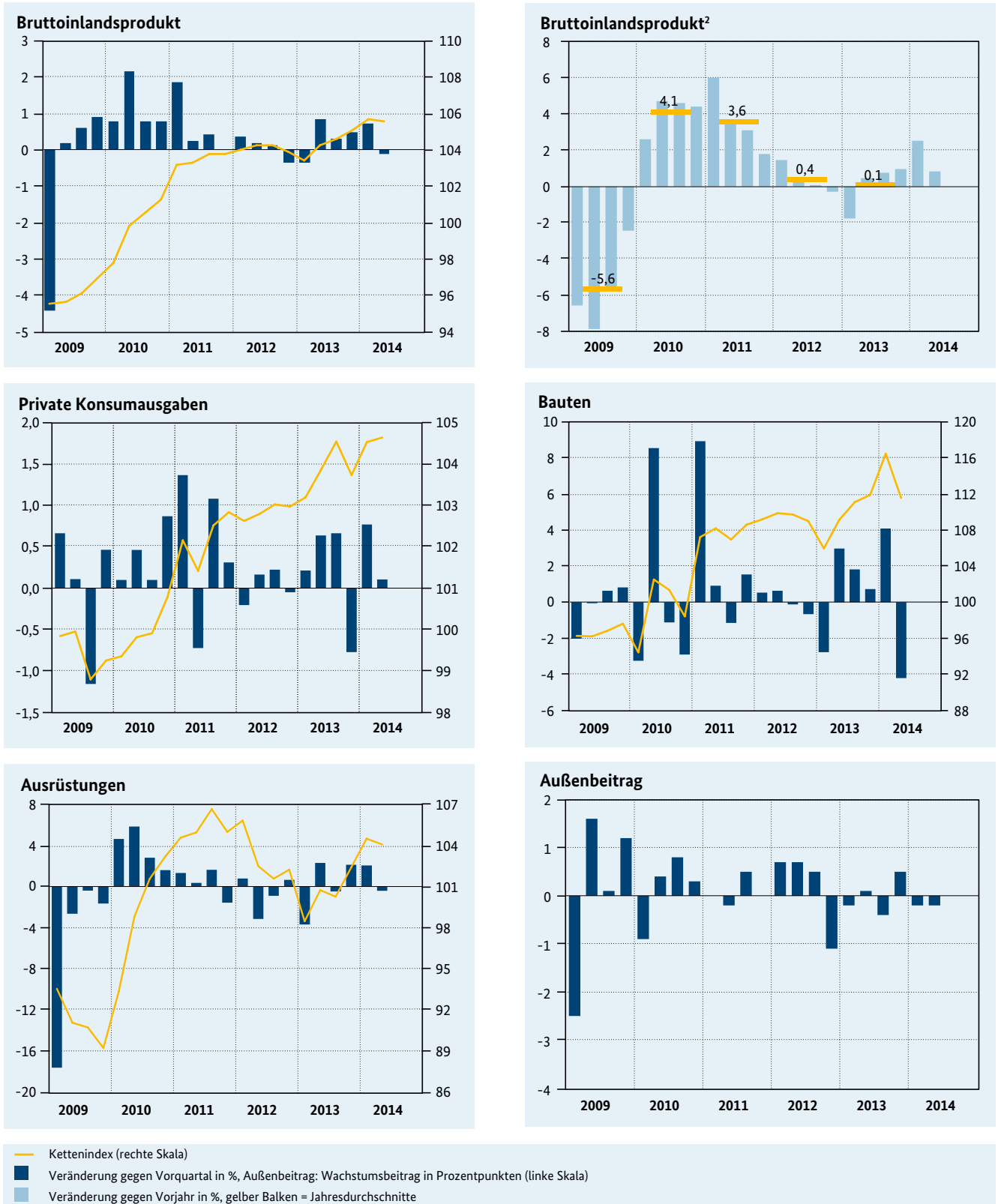
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2011		2012			2013			2014		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	- 0,2
Inländische Verwendung	0,0	- 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	0,0	+ 0,9	+ 0,1
Private Konsumausgaben ³	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	- 0,8	+ 0,8	+ 0,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,9	0,0	+ 0,7	- 0,1	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,1	+ 0,3	- 0,6	- 0,2	- 0,2	- 2,5	+ 2,2	+ 0,8	+ 1,1	+ 2,9	- 2,3
Ausrüstungen	- 1,6	+ 0,8	- 3,1	- 0,9	+ 0,7	- 3,7	+ 2,3	- 0,5	+ 2,1	+ 2,1	- 0,4
Bauten	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,6	- 0,1	- 0,7	- 2,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,7	+ 4,1	- 4,2
Sonstige Anlagen	- 0,3	- 1,2	+ 0,8	+ 0,8	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,2	+ 0,1
Exporte	0,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	- 2,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	0,0	+ 0,9
Importe	0,0	+ 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,6
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	0,0	- 0,3	- 0,6	- 0,4	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,1	+ 0,9	+ 0,1
Private Konsumausgaben ³	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,4	+ 0,4	+ 0,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,2	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	+ 0,1	- 0,1	0,0	0,0	- 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	- 0,5
Ausrüstungen	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,1	0,0
Bauten	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,4
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	- 0,4	- 0,3	- 0,7	- 0,5	+ 0,6	+ 0,2	- 0,1	0,0	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4
Außenbeitrag	0,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,5	- 1,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	- 0,2	- 0,2

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
							2013		2014		
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 1,1	- 5,6	+ 4,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,5	+ 0,8
Inländische Verwendung	+ 1,1	- 3,2	+ 3,0	+ 3,0	- 0,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,0	+ 2,5	+ 1,4
Private Konsumausgaben ³	+ 0,5	0,0	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0
Konsumausgaben des Staates	+ 3,4	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,2	- 9,9	+ 4,9	+ 7,2	- 0,7	- 0,7	+ 0,3	+ 1,5	+ 1,1	+ 8,6	+ 1,3
Ausrüstungen	+ 2,8	- 21,8	+ 9,4	+ 5,8	- 2,9	- 2,7	- 0,9	- 0,3	- 0,3	+ 6,9	+ 2,1
Bauten	- 0,6	- 3,4	+ 3,2	+ 8,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	+ 2,6	+ 2,2	+ 12,7	+ 0,7
Sonstige Anlagen	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 6,8	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,7
Exporte	+ 1,9	- 14,3	+ 14,5	+ 8,0	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,6	+ 4,3	+ 4,3	+ 2,5
Importe	+ 2,2	- 9,6	+ 12,9	+ 7,2	0,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 5,2	+ 4,9	+ 4,4	+ 4,1

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2011	2012		2013				2014			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung ³	- 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,7	- 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	- 0,5
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	- 1,1	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,1	- 1,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	0,0	- 0,7
Baugewerbe	+ 2,6	0,0	+ 0,2	- 0,7	- 1,7	- 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,8	- 3,8
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,4	- 1,8	- 0,2	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,8	- 0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,4	- 0,1	+ 2,5	+ 1,1	- 1,1	- 0,9	- 2,1	+ 1,5	- 0,4	+ 1,0	- 1,9
Unternehmensdienstleister	+ 0,6	+ 0,8	- 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,2
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	0,0

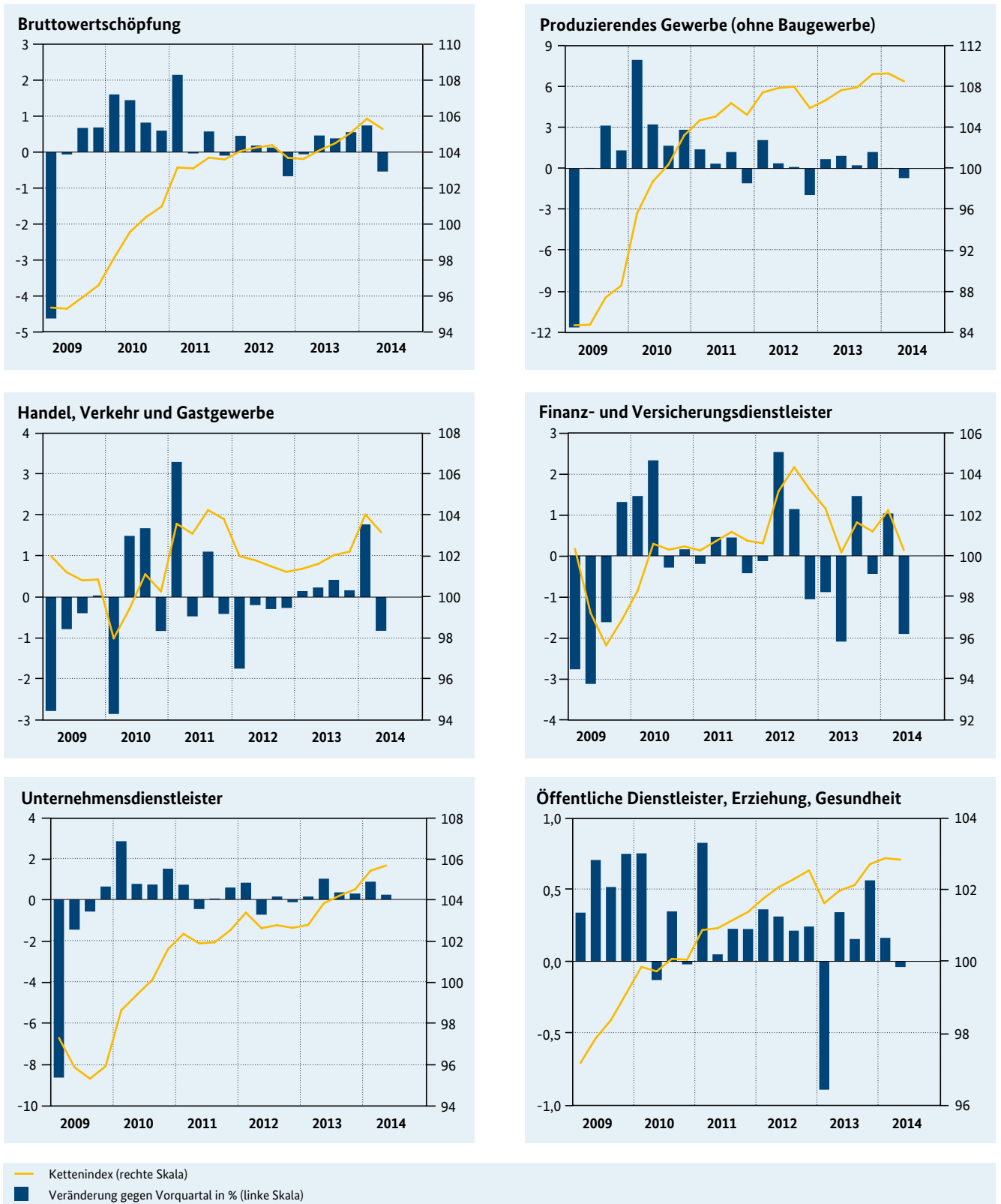
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
	2013						2014				
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Preisentwicklung											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
Inländische Verwendung	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3
Private Konsumausgaben	+ 1,7	- 0,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8
Arbeitsvolumen ⁴	+ 0,9	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,2	+ 2,4	+ 0,5
Arbeitsproduktivität ⁵	- 0,3	- 5,7	+ 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,8	0,0
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,1	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,5
Lohnstückkosten ⁷	+ 2,4	+ 6,3	- 1,2	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,5
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,2	- 1,2	+ 2,7	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 3,2	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,1
Terms of Trade	- 1,7	+ 4,6	- 2,3	- 2,4	- 0,5	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2014	2015
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	09/2014	+ 1,6	+ 2,0
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle/ Kiel Economics	09/2014	+ 1,5	+ 1,6
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2014	+ 1,5	+ 1,8
IWF	Internationaler Währungsfonds	07/2014	+ 1,9	+ 1,7
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2014	+ 1,8	+ 2,0
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2014	+ 2,0	+ 2,2
IfW	Institut für Weltwirtschaft	06/2014	+ 2,0	+ 2,5
EU	Europäische Union	05/2014	+ 1,8	+ 2,0
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development ¹⁰	05/2014	+ 1,9	+ 2,3
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2014	+ 1,8	+ 2,0
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2014	+ 1,9	+ 2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;
 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;
 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;
 10 Eigene Berechnung kalenderbereinigte Werte in Ursprungswerte.

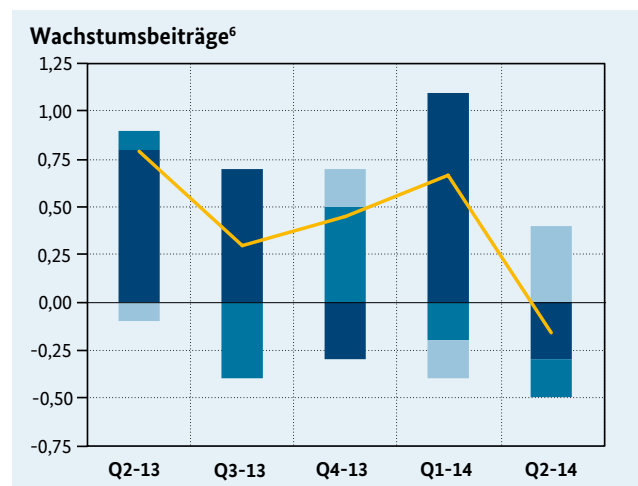
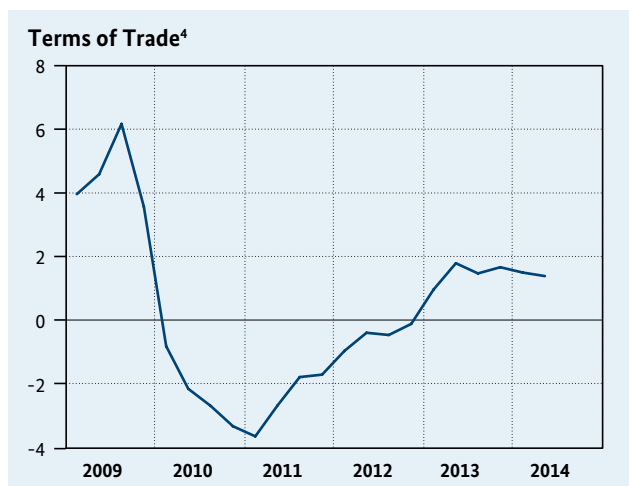
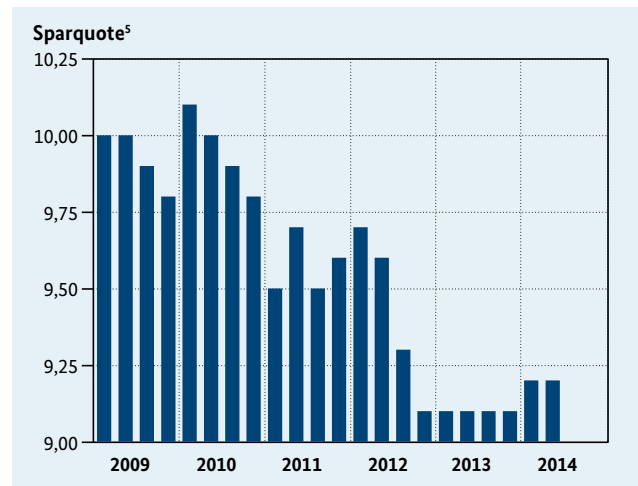
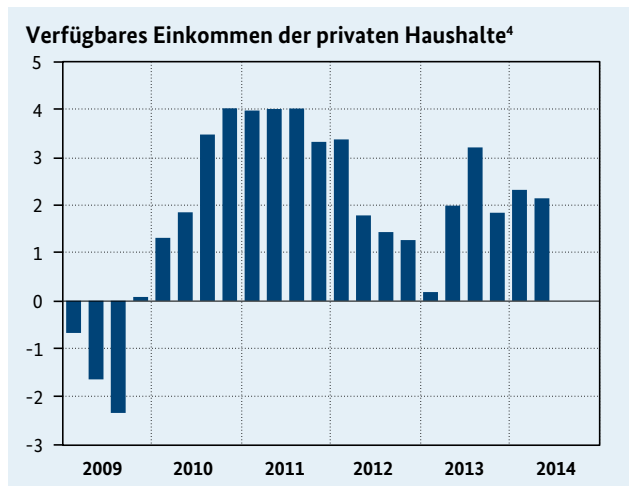
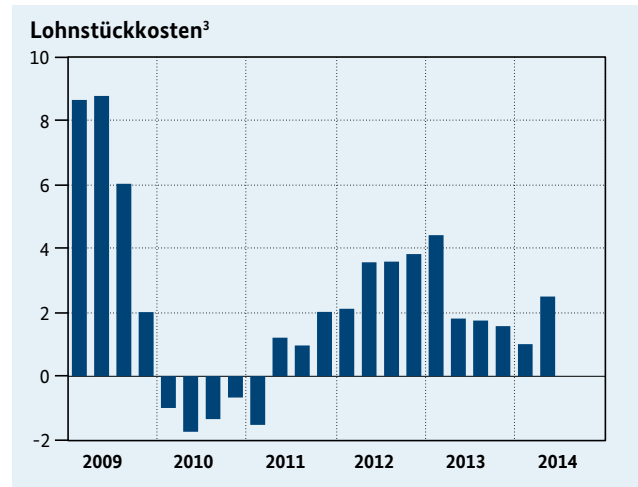
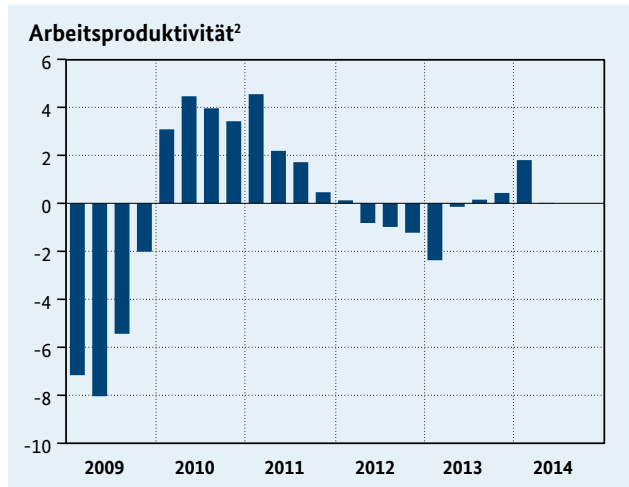
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2011		2012			2013				2014		
	2010	2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gegen Vorperiode in %															
Deutschland	+ 4,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	- 0,2
Eurozone (EZ 18) ²	+ 1,9	+ 1,6	- 0,7	- 0,4	0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	0,0
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,0	+ 1,6	- 0,4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	0,0	- 0,2	0,0	- 0,5	0,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2
Japan	+ 4,7	- 0,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,0	- 0,5	- 0,7	- 0,1	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,4	- 0,1	+ 1,5	- 1,8
USA	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,9	- 0,5	+ 1,0
China	+10,4	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0

Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
	2010	2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Deutschland	+ 5,5	+ 6,1	+ 7,2	+ 6,9	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,8	+ 7,1	+ 8,0	+ 7,0	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,5	+ 7,2	+ 7,1	+ 7,1
Eurozone (EZ 18) ²	0,0	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,2
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,5	- 0,3	+ 0,6	+ 1,1	- 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,4
Japan	+ 4,0	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	0,0	- 0,3	+ 0,1
USA	- 2,9	- 2,9	- 2,8	- 2,3	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,7	-
China	+ 4,0	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5

				2013					2014							
	2011	2012	2013	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	6,0	5,5	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1	5,1	5,0	5,0	-
Eurozone (EZ 18) ²	10,1	11,3	11,9	12,0	12,0	11,9	11,9	11,8	11,8	11,7	11,7	11,6	11,6	11,5	11,5	-
Europäische Union (EU 28) ³	9,6	10,5	10,8	10,8	10,8	10,7	10,7	10,6	10,6	10,5	10,4	10,3	10,3	10,2	10,2	-
Japan	4,6	4,3	4,0	4,1	4,0	4,0	3,9	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,5	3,7	3,8	-
USA	8,9	8,1	7,4	7,2	7,2	7,2	7,0	6,7	6,6	6,7	6,7	6,3	6,3	6,1	6,2	6,1
China	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-	-

Verbraucherpreise	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %															
	2010	2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Deutschland	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8
Eurozone (EZ 18) ²	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	+ 3,1	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	-
Japan	- 0,3	0,0	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,4	-
USA	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	-
China	+ 5,4	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 18 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2014);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

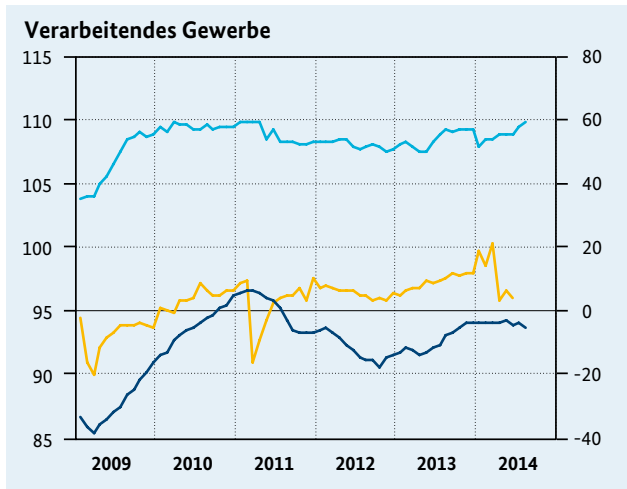
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2013	2014			2014					
	2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	100,6	99,8	99,9	100,0	100,0	100,0	-	100,0	100,0	100,0	100,0	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	116,0	119,3	122,2	124,0	125,2	125,7	-	125,7	125,7	125,7	-	-	-
CPB Welthandel ²	126,0	128,4	131,9	134,4	133,5	134,9	-	135,2	134,7	134,9	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	5090	4938	4837	4797	4848	5039	-	5008	5000	5105	4835	4756	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	0,2	-11,7	-9,3	-4,1	-3,5	-3,6	-	-3,5	-3,1	-4,3	-3,8	-5,3	-
Industrieproduktion ⁴	104,8	102,0	101,2	102,3	103,2	102,8	-	104,0	102,3	102,1	103,5	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,4	4,0	3,0	3,0	2,7	2,2	-	2,4	2,2	2,1	2,0	1,8	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-14,3	-22,1	-18,6	-14,4	-11,2	-7,7	-	-8,6	-7,1	-7,5	-8,4	-10,0	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	55,2	51,8	53,9	56,7	52,7	55,2	-	54,9	55,4	55,3	57,1	59,0	-
Industrieproduktion ⁷	93,6	97,1	99,9	101,3	102,2	103,6	-	103,2	103,7	104,0	104,2	104,1	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,8	1,8	2,3	2,7	2,8	2,6	-	2,7	2,6	2,6	2,6	2,4	-
Konsumentenvertrauen ⁸	58,1	67,1	73,2	74,0	80,5	83,4	-	81,7	82,2	86,4	90,3	92,4	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	95,6	96,4	97,3	97,9	99,5	96,2	-	95,9	96,5	96,1	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,4	97,6	97,0	99,6	102,5	98,6	-	99,3	100,0	96,5	97,0	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,1	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6
Konsumentenvertrauen ¹¹	37,7	40,0	43,6	41,7	38,8	39,1	-	37,0	39,3	41,1	41,5	41,2	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	51,4	50,8	50,8	51,3	50,3	50,7	-	50,4	50,8	51,0	51,7	51,1	-
Industrieproduktion ¹³	+13,7	+10,8	+9,7	+10,0	+8,8	+8,9	-	+8,7	+8,8	+9,2	+9,0	+6,9	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	3,5	3,9	4,4	4,6	4,2	-	4,4	4,1	4,1	4,3	4,2	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	103,3	102,4	101,2	101,4	104,0	103,9	-	104,8	102,3	104,7	104,4	103,8	-

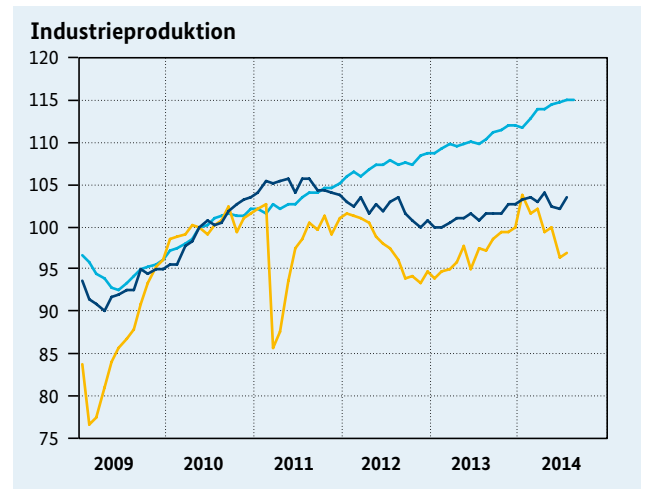
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

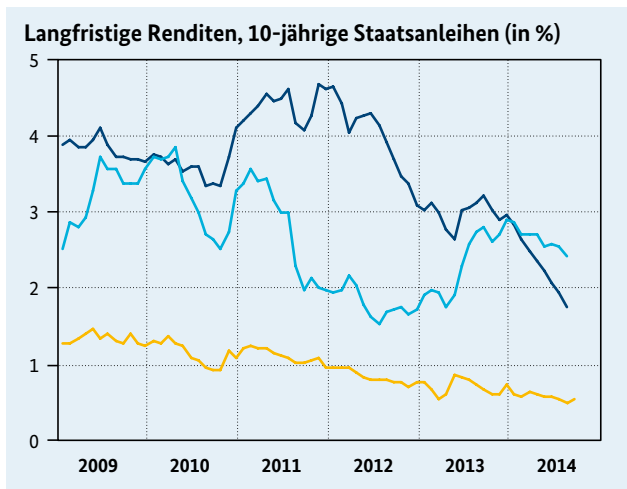
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



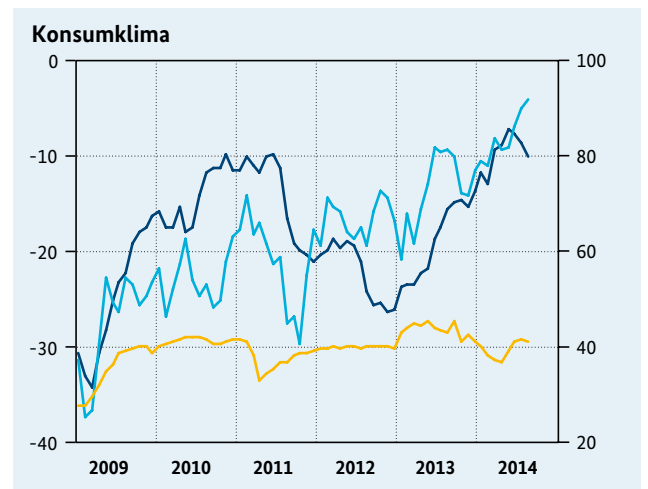
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

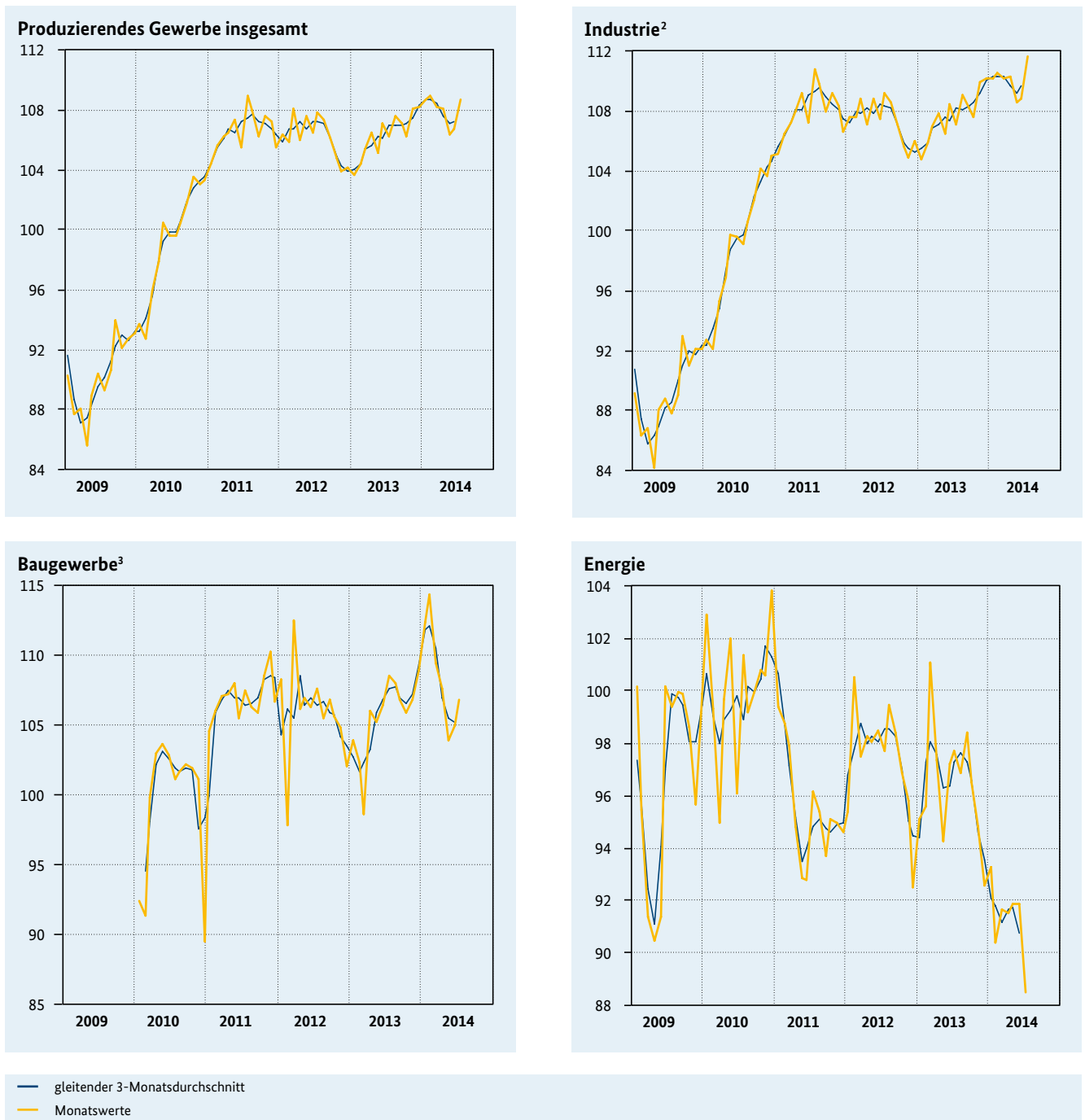
Bundesrepublik Deutschland

		2013			2014				2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,7	106,3	106,4	107,1	107,6	108,7	107,1	109,0	108,3	108,1	106,4	106,8	108,8
	gg. Vp. in %	7,3	-0,4	0,1	0,8	0,5	1,0	-1,5	0,2	-0,6	-0,2	-1,6	0,4	1,9
	gg. Vj. in %	7,2	-0,5	0,2	-0,1	3,0	3,9	0,7	4,4	2,7	1,3	1,1	-0,4	2,5
Industrie²	Index	108,1	107,5	107,8	108,2	109,3	110,3	109,3	110,6	110,2	110,4	108,6	108,9	111,7
	gg. Vp. in %	8,9	-0,6	0,3	0,5	1,0	0,9	-0,9	0,4	-0,4	0,2	-1,6	0,3	2,6
	gg. Vj. in %	8,8	-0,6	0,3	-0,1	3,3	4,0	1,4	4,4	3,1	2,2	1,9	0,3	4,4
Vorleistungsgüter	Index	106,9	104,6	104,5	104,4	106,1	107,1	105,4	107,7	106,9	106,9	104,4	104,8	105,6
	gg. Vp. in %	7,4	-2,2	-0,1	0,1	1,6	0,9	-1,6	0,9	-0,7	0,0	-2,3	0,4	0,8
	gg. Vj. in %	7,5	-2,2	-0,2	-0,5	3,5	3,9	1,1	5,2	3,1	3,5	-0,2	0,1	1,3
Investitionsgüter	Index	111,8	113,4	113,9	114,9	115,4	116,7	115,9	116,8	116,5	116,3	116,0	115,5	121,3
	gg. Vp. in %	12,8	1,4	0,4	0,7	0,4	1,1	-0,7	0,0	-0,3	-0,2	-0,3	-0,4	5,0
	gg. Vj. in %	12,7	1,3	0,6	0,1	4,0	4,7	1,4	4,2	3,2	0,4	4,3	0,0	8,1
Konsumgüter	Index	101,8	99,9	100,6	100,5	101,7	102,6	102,3	102,5	102,9	104,0	100,6	102,4	102,5
	gg. Vp. in %	2,3	-1,9	0,7	0,4	1,2	0,9	-0,3	0,1	0,4	1,1	-3,3	1,8	0,1
	gg. Vj. in %	2,3	-1,9	0,7	0,1	1,8	2,8	2,1	3,3	2,8	4,0	0,7	1,7	2,2
Baugewerbe	Index	107,0	105,9	105,7	107,8	107,2	112,1	105,5	114,4	109,5	107,6	104,0	105,0	106,8
	gg. Vp. in %	7,9	-1,0	-0,2	1,8	-0,6	4,6	-5,9	1,8	-4,3	-1,7	-3,3	1,0	1,7
	gg. Vj. in %	7,9	-1,0	-0,3	1,0	2,4	13,6	-0,3	16,4	11,9	1,5	-1,2	-1,2	-1,2
Bauhauptgewerbe ³	Index	112,7	111,5	113,8	117,8	117,2	123,2	115,8	125,7	120,5	116,4	113,7	117,4	116,7
	gg. Vp. in %	13,5	-1,1	2,1	1,3	-0,5	5,1	-6,0	1,9	-4,1	-3,4	-2,3	3,3	-0,6
	gg. Vj. in %	13,6	-1,2	2,1	4,1	5,6	24,9	-0,3	27,9	21,2	0,9	-1,5	-0,3	-1,0
Ausbaugewerbe	Index	101,8	100,8	98,2	98,7	98,1	102,1	96,2	104,1	99,6	99,7	95,2	93,8	97,9
	gg. Vp. in %	2,6	-1,0	-2,6	2,3	-0,6	4,1	-5,8	1,6	-4,3	0,1	-4,5	-1,5	4,4
	gg. Vj. in %	2,5	-0,9	-2,6	-2,3	-0,2	3,6	-0,3	6,4	2,9	2,5	-1,0	-2,3	-1,4
Energie⁴	Index	95,6	97,4	96,5	97,7	94,6	91,8	91,8	90,4	91,7	91,5	91,9	91,9	88,5
	gg. Vp. in %	-4,5	1,9	-0,9	1,5	-3,2	-3,0	0,0	-3,1	1,4	-0,2	0,4	0,0	-3,7
	gg. Vj. in %	-4,4	1,7	-0,9	-0,8	-0,5	-5,6	-4,8	-5,4	-9,3	-5,9	-2,8	-5,4	-9,3
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	106,5	105,9	105,7	105,8	107,5	109,0	108,2	108,7	108,3	108,6	107,5	108,5	109,5
	gg. Vp. in %	7,3	-0,6	-0,2	0,2	1,6	1,4	-0,7	-1,2	-0,4	0,3	-1,0	0,9	0,9
	gg. Vj. in %	7,1	-0,7	0,0	-0,6	3,7	4,5	2,5	4,9	2,5	2,6	1,7	3,2	4,7
Inland	Index	106,5	104,8	103,2	103,8	104,1	105,7	104,8	105,5	105,4	106,0	103,7	104,8	106,2
	gg. Vp. in %	7,3	-1,6	-1,5	1,1	0,3	1,5	-0,9	-0,8	-0,1	0,6	-2,2	1,1	1,3
	gg. Vj. in %	7,1	-1,7	-1,4	-1,2	1,9	3,3	2,1	3,7	2,3	3,9	0,5	2,2	3,3
darunter:	Index	108,7	109,5	107,6	108,1	108,9	111,0	109,8	110,4	111,0	110,1	109,3	110,1	113,4
Investitionsgüter	gg. Vp. in %	9,9	0,7	-1,7	1,3	0,7	1,9	-1,1	-1,1	0,5	-0,8	-0,7	0,7	3,0
	gg. Vj. in %	9,7	0,6	-1,6	-2,0	2,8	4,0	3,0	4,3	1,9	3,2	2,9	2,8	8,0
Ausland	Index	106,5	107,0	108,5	108,0	111,1	112,5	111,8	112,1	111,3	111,3	111,6	112,4	113,1
	gg. Vp. in %	7,3	0,5	1,4	-0,6	2,9	1,3	-0,6	-1,7	-0,7	0,0	0,3	0,7	0,6
	gg. Vj. in %	7,2	0,4	1,4	0,2	5,3	5,7	2,8	6,0	2,9	1,2	3,0	4,2	6,2
darunter: Eurozone	Index	104,6	98,9	97,1	96,7	99,5	99,7	100,4	100,0	100,0	101,7	99,8	99,6	102,0
	gg. Vp. in %	5,1	-5,4	-1,8	0,4	2,9	0,2	0,7	0,8	0,0	1,7	-1,9	-0,2	2,4
	gg. Vj. in %	5,0	-5,5	-1,7	-2,2	3,7	3,9	4,3	4,5	3,8	6,2	3,2	3,6	7,2
		2011	2012	2013	2013			2014						
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵	in %	86,0	84,9	84,5	84,4	83,1	81,5	82,5	82,1	83,2	83,2	83,4	84,3	84,0
Verarbeitendes Gewerbe	in %	86,0	84,9	84,5	84,4	83,1	81,5	82,5	82,1	83,2	83,2	83,4	84,3	84,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2013			2014				2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	107,3	103,2	106,0	106,5	108,8	108,9	108,5	110,3	107,3	110,7	108,8	105,9	110,8
	gg. Vp. in %	7,7	-3,8	2,7	1,5	2,2	0,1	-0,4	1,0	-2,7	3,2	-1,7	-2,7	4,6
	gg. Vj. in %	7,7	-3,7	2,8	4,5	5,8	4,9	3,1	6,5	1,5	6,6	5,5	-2,0	4,9
Inland	Index	106,9	100,8	101,8	102,8	102,8	104,8	103,8	105,3	105,1	106,0	103,5	101,9	103,6
	gg. Vp. in %	7,4	-5,7	1,0	2,7	0,0	1,9	-1,0	1,2	-0,2	0,9	-2,4	-1,5	1,7
	gg. Vj. in %	7,3	-5,6	1,0	3,5	4,0	3,6	3,6	4,3	2,1	5,9	5,3	-0,1	1,6
Ausland	Index	107,6	105,1	109,4	109,5	113,7	112,2	112,3	114,3	109,1	114,5	113,1	109,2	116,7
	gg. Vp. in %	7,9	-2,3	4,1	0,7	3,8	-1,3	0,1	0,9	-4,5	4,9	-1,2	-3,4	6,9
	gg. Vj. in %	8,0	-2,3	4,2	5,2	7,1	5,9	2,9	8,2	0,9	7,2	5,7	-3,4	7,6
Eurozone	Index	106,6	95,6	98,9	97,9	104,3	99,2	103,0	104,9	94,4	102,6	108,2	98,2	99,9
	gg. Vp. in %	6,9	-10,3	3,5	0,3	6,5	-4,9	3,8	6,8	-10,0	8,7	5,5	-9,2	1,7
	gg. Vj. in %	7,1	-10,4	3,8	4,0	10,3	3,5	4,9	11,5	-4,5	7,4	15,6	-6,0	3,2
Nicht-Eurozone	Index	108,3	111,7	116,8	117,5	120,4	121,3	118,7	120,8	119,3	122,8	116,5	116,9	128,4
	gg. Vp. in %	8,7	3,1	4,6	0,9	2,5	0,7	-2,1	-2,5	-1,2	2,9	-5,1	0,3	9,8
	gg. Vj. in %	8,7	3,2	4,6	6,0	5,3	7,3	1,8	6,1	4,2	7,3	0,3	-1,7	10,1
Vorleistungsgüter	Index	104,6	99,7	100,1	99,9	102,6	102,9	102,0	103,9	102,8	103,5	100,4	102,2	102,5
	gg. Vp. in %	4,9	-4,7	0,4	1,1	2,7	0,3	-0,9	1,8	-1,1	0,7	-3,0	1,8	0,3
	gg. Vj. in %	5,1	-4,7	0,3	1,2	4,1	4,0	3,3	6,4	1,1	4,8	1,9	3,3	2,8
Inland	Index	104,8	99,0	99,4	99,6	100,9	101,8	101,2	102,7	101,1	102,3	100,9	100,5	100,1
	gg. Vp. in %	5,2	-5,5	0,4	1,8	1,3	0,9	-0,6	1,2	-1,6	1,2	-1,4	-0,4	-0,4
	gg. Vj. in %	5,3	-5,5	0,3	1,5	3,7	2,8	3,5	5,4	-0,6	5,2	3,5	2,1	0,6
Ausland	Index	104,4	100,6	100,9	100,1	104,6	104,3	103,0	105,3	104,8	104,9	99,9	104,2	105,3
	gg. Vp. in %	4,7	-3,6	0,3	0,1	4,5	-0,3	-1,2	2,3	-0,5	0,1	-4,8	4,3	1,1
	gg. Vj. in %	4,8	-3,6	0,3	0,7	4,7	5,3	3,1	7,4	2,9	4,6	0,1	4,5	5,3
Investitionsgüter	Index	109,8	105,8	110,5	111,5	113,6	113,4	113,0	114,9	111,1	115,9	114,9	108,3	117,5
	gg. Vp. in %	10,2	-3,6	4,4	1,9	1,9	-0,2	-0,4	0,7	-3,3	4,3	-0,9	-5,7	8,5
	gg. Vj. in %	10,3	-3,6	4,6	7,1	7,0	5,1	2,9	6,3	1,6	8,2	8,1	-5,9	6,9
Inland	Index	109,7	103,3	104,9	107,0	105,6	108,5	106,9	108,7	109,8	110,3	107,0	103,4	107,5
	gg. Vp. in %	10,3	-5,8	1,5	4,2	-1,3	2,7	-1,5	1,7	1,0	0,5	-3,0	-3,4	4,0
	gg. Vj. in %	10,2	-5,7	1,5	5,8	4,4	4,1	3,9	3,4	4,5	7,0	7,9	-2,7	2,3
Ausland	Index	109,8	107,3	114,0	114,3	118,6	116,4	116,8	118,8	111,9	119,4	119,7	111,4	123,7
	gg. Vp. in %	10,2	-2,3	6,2	0,7	3,8	-1,9	0,3	0,2	-5,8	6,7	0,3	-6,9	11,0
	gg. Vj. in %	10,2	-2,3	6,4	7,9	8,4	5,7	2,5	8,0	-0,2	9,0	8,2	-7,6	9,6
Konsumgüter	Index	102,7	101,9	103,5	104,1	106,5	106,9	108,2	108,4	102,8	109,6	107,4	107,7	104,6
	gg. Vp. in %	3,1	-0,8	1,6	0,5	2,3	0,4	1,2	-0,9	-5,2	6,6	-2,0	0,3	-2,9
	gg. Vj. in %	3,2	-1,0	1,7	1,5	4,6	7,0	4,5	8,1	3,0	4,1	4,5	4,9	1,6
Inland	Index	102,2	97,0	97,8	97,3	98,2	101,3	100,9	100,3	101,1	102,6	98,5	101,7	100,9
	gg. Vp. in %	2,6	-5,1	0,8	-1,1	0,9	3,2	-0,4	-2,1	0,8	1,5	-4,0	3,2	-0,8
	gg. Vj. in %	2,7	-5,1	0,8	0,8	2,9	4,2	2,6	2,8	3,8	3,9	1,0	2,9	3,4
Ausland	Index	103,2	106,0	108,4	109,9	113,6	111,6	114,5	115,4	104,2	115,6	115,1	112,8	107,7
	gg. Vp. in %	3,6	2,7	2,3	1,8	3,4	-1,8	2,6	0,1	-9,7	10,9	-0,4	-2,0	-4,5
	gg. Vj. in %	3,7	2,6	2,2	2,0	6,0	9,4	5,9	12,4	2,3	4,3	7,2	6,4	0,1
Industrie ohne Großaufträge²	Index	106,4	103,4	105,0	105,5	107,0	108,7	107,0	109,2	107,6	109,0	105,2	106,8	109,0
	gg. Vp. in %	6,8	-2,8	1,5	1,2	1,4	1,6	-1,6	-0,1	-1,5	1,3	-3,5	1,5	2,1
	gg. Vj. in %	6,7	-2,6	1,4	2,8	4,2	5,3	2,7	6,0	3,3	4,5	1,9	1,6	4,1

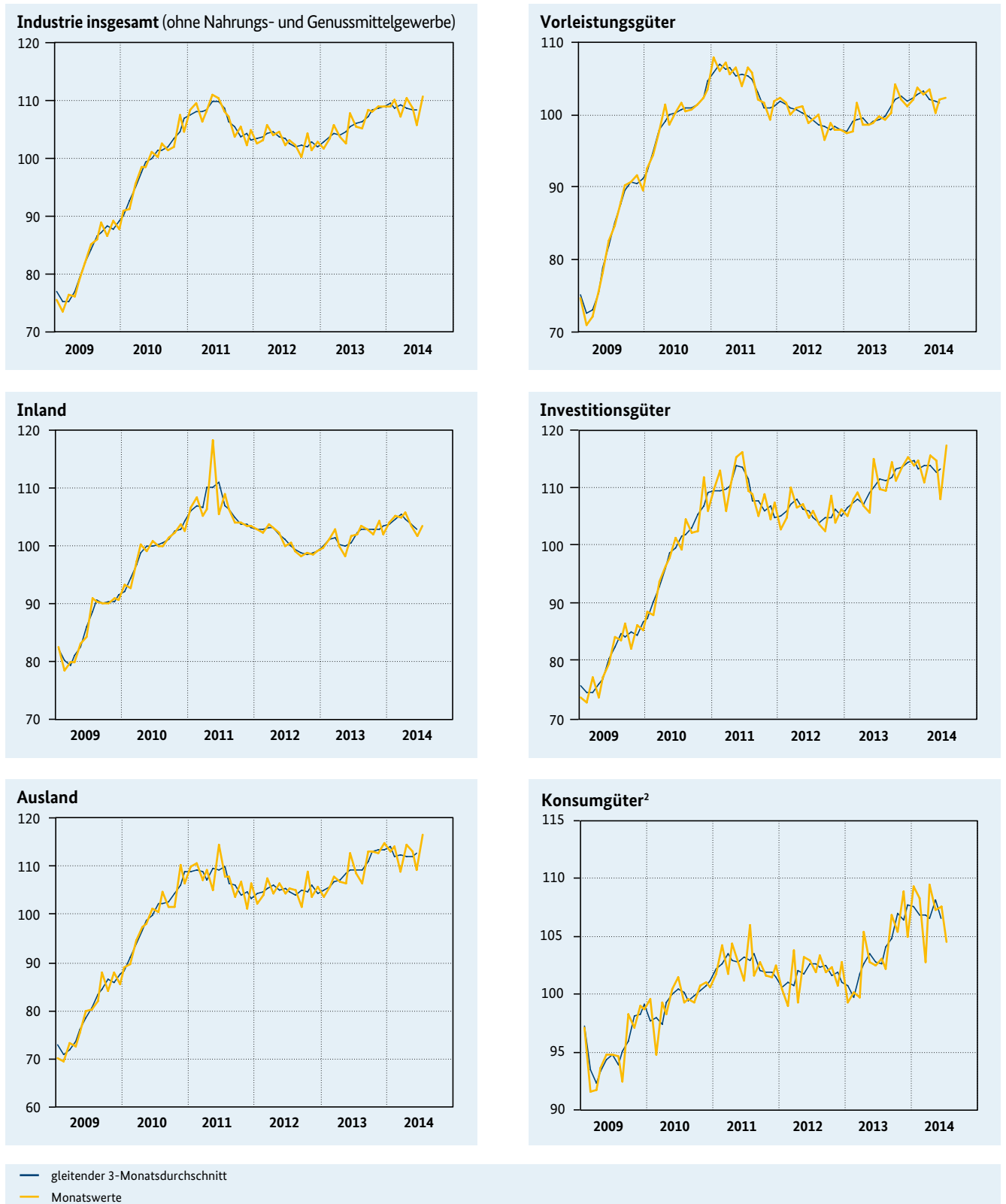
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

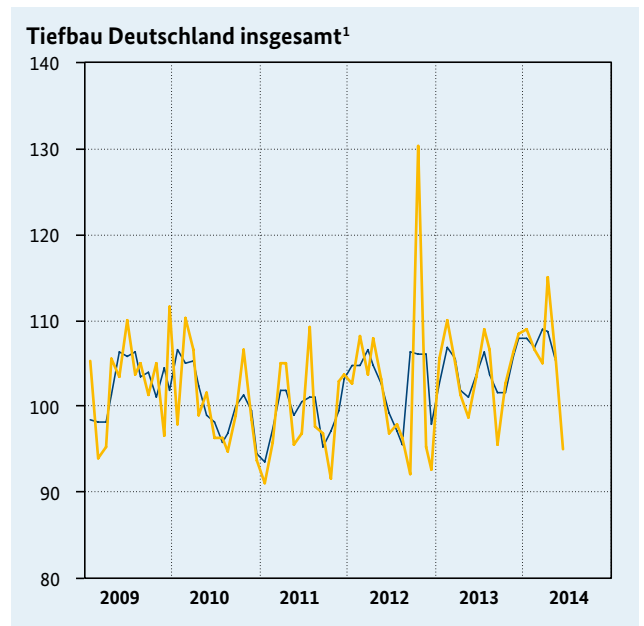
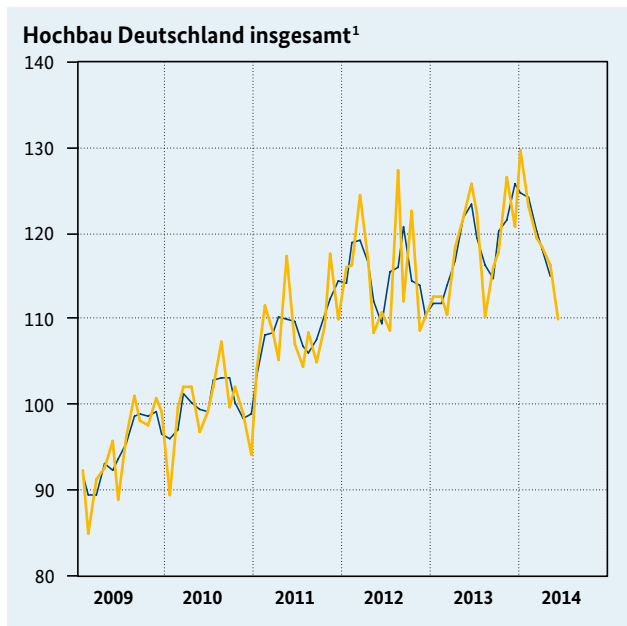
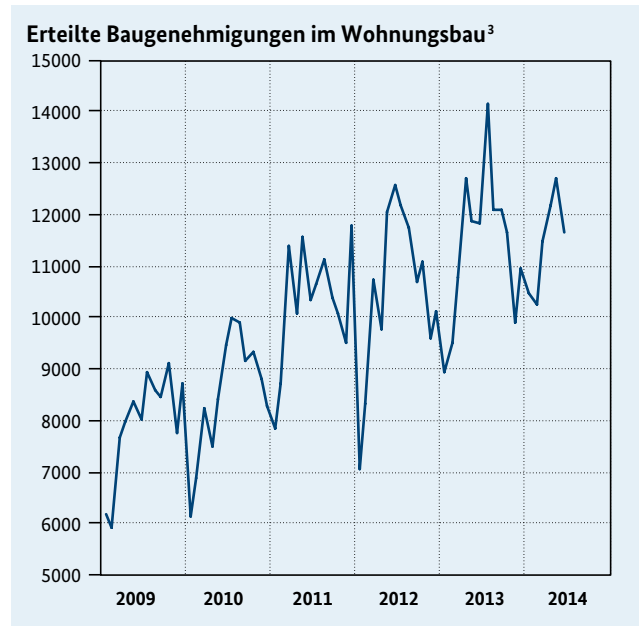
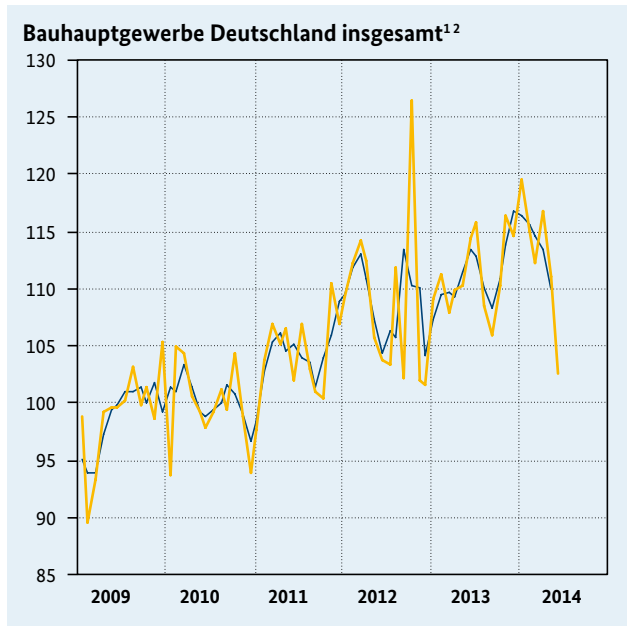
		2013			2014				2014						
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	104,3	108,8	111,3	110,1	113,8	115,7	110,2	119,6	115,1	112,4	116,8	111,1	102,6
		gg. Vp. in %	4,4	4,3	2,3	-1,3	3,4	1,7	-4,8	4,3	-3,8	-2,3	3,9	-4,9	-7,7
		gg. Vj. in %	4,4	4,2	2,2	4,4	2,5	5,5	-1,7	11,6	2,2	4,2	6,6	0,5	-10,6
Hochbau		Index	109,2	115,4	118,1	116,4	121,8	124,3	115,0	130,0	123,4	119,5	118,5	116,5	110,1
		gg. Vp. in %	9,6	5,7	2,3	-4,7	4,6	2,1	-7,5	7,5	-5,1	-3,2	-0,8	-1,7	-5,5
		gg. Vj. in %	9,3	5,7	2,4	0,4	6,2	10,7	-5,9	15,9	9,8	7,9	0,4	-4,5	-12,4
Wohnungsbau		Index	117,4	126,2	131,1	131,9	132,2	142,1	137,0	143,4	147,7	135,2	142,8	140,4	127,8
		gg. Vp. in %	18,6	7,5	3,9	-0,8	0,2	7,5	-3,6	4,1	3,0	-8,5	5,6	-1,7	-9,0
		gg. Vj. in %	17,9	7,2	4,3	8,1	3,4	11,6	2,7	8,7	20,9	6,7	14,6	8,9	-11,7
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	105,1	110,0	111,7	108,8	116,7	115,5	104,2	123,4	111,3	111,7	106,5	104,7	101,3
		gg. Vp. in %	5,2	4,7	1,5	-6,8	7,3	-1,0	-9,8	9,6	-9,8	0,4	-4,7	-1,7	-3,2
		gg. Vj. in %	5,0	5,1	1,4	-3,6	7,9	10,2	-11,0	20,3	3,6	8,7	-7,8	-11,8	-12,9
Tiefbau		Index	99,3	102,3	104,5	103,8	105,9	107,0	105,3	109,1	106,8	105,2	115,2	105,6	95,2
		gg. Vp. in %	-0,8	3,0	2,2	2,6	2,0	1,0	-1,6	0,6	-2,1	-1,5	9,5	-8,3	-9,8
		gg. Vj. in %	-0,3	2,5	2,0	8,8	-1,8	-0,2	3,3	6,2	-5,8	0,4	13,5	6,5	-8,4
Straßenbau		Index	96,4	98,3	103,4	98,1	104,0	110,7	102,7	93,4	132,5	106,1	106,7	108,6	92,9
		gg. Vp. in %	-3,7	2,0	5,2	-4,0	6,0	6,4	-7,2	-11,8	41,9	-19,9	0,6	1,8	-14,5
		gg. Vj. in %	-2,8	2,1	3,7	6,7	4,9	1,9	0,2	-19,2	29,2	-2,6	4,9	8,1	-11,0
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	101,1	104,7	105,1	107,3	107,0	104,9	106,9	118,6	91,3	104,7	120,3	103,8	96,6
		gg. Vp. in %	1,0	3,6	0,4	6,7	-0,3	-2,0	1,9	7,9	-23,0	14,7	14,9	-13,7	-6,9
		gg. Vj. in %	1,2	2,9	1,0	10,2	-4,9	-1,2	5,4	19,2	-19,9	2,4	19,7	5,4	-6,7
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	109,9	112,7	114,2	111,8	119,6	121,1	109,7	132,6	114,7	116,0	116,8	108,3	104,0
		gg. Vp. in %	10,3	2,5	1,3	-3,6	7,0	1,3	-9,4	15,1	-13,5	1,1	0,7	-7,3	-4,0
		gg. Vj. in %	9,7	2,8	1,2	-1,2	5,8	10,1	-6,0	26,0	0,4	7,1	5,0	-6,6	-13,9
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	93,2	98,0	100,4	99,8	100,6	99,5	99,9	96,7	102,4	99,4	106,4	102,1	91,2
		gg. Vp. in %	-7,3	5,2	2,4	1,1	0,8	-1,1	0,4	-7,6	5,9	-2,9	7,0	-4,0	-10,7
		gg. Vj. in %	-6,2	4,4	2,2	8,8	-2,1	-2,7	0,9	-5,2	-4,7	-0,1	4,5	4,4	-5,8
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	68220	70395	76490	21801	18697	17832	20209	5640	5879	6312	6890	6921	6398
		gg. Vj. in %	15,8	3,2	8,7	14,2	5,6	7,2	4,4	5,4	9,2	7,1	2,7	10,0	0,5
Wohngebäude		Mio. €	37290	39266	43680	12364	10656	10414	12102	3357	3307	3750	3959	4186	3957
		gg. Vj. in %	22,3	5,3	11,2	14,7	10,1	13,3	5,5	16,7	12,5	11,0	-0,1	12,4	4,7
Nichtwohngebäude		Mio. €	30930	31129	32809	9437	8041	7418	8107	2283	2573	2563	2931	2735	2441
		gg. Vj. in %	8,8	0,6	5,4	13,5	0,3	-0,2	2,7	-7,7	5,2	1,8	6,7	6,5	-5,5
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	22956	23531	23624	6802	5964	5688	6064	1658	2007	2023	2093	2128	1843
		gg. Vj. in %	22,7	2,5	0,4	8,9	2,7	13,6	3,7	-4,5	36,7	12,2	3,9	14,5	-6,8
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7975	7598	9185	2635	2077	1731	2044	626	566	539	838	607	598
		gg. Vj. in %	-17,9	-4,7	20,9	27,7	-6,1	-28,7	-0,2	-15,1	-42,1	-24,3	14,5	-14,4	-1,4
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	124	126	137	38,4	32,6	32,3	36,7	10,5	10,3	11,5	12,2	12,7	11,7
		gg. Vj. in %	20,8	2,0	8,5	10,7	5,8	10,2	0,4	16,9	8,0	6,5	-4,2	6,9	-1,2
		gg. Vp. in %	21,0	2,4	8,9	3,5	-6,2	7,4	-3,1	14,1	-6,6	-4,1	4,1	-1,3	-3,4
ifo Konjunkturtest⁴															
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,5	71,7	71,8	79,5	78,0	63,7	75,0	65,2	71,6	75,8	77,6	77,9	78,7
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	19,9	18,1	28,4	2,7	7,7	24,7	2,7	16,0	3,0	3,0	2,0	1,0	4,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	15,0	2,8	6,3	7,1	10,2	14,0	13,2	13,7	14,7	13,1	11,8	8,6	5,3
Geschäftslage	Salden	26,4	13,6	9,3	11,0	12,1	16,4	18,1	18,6	18,8	17,8	17,8	14,2	10,9
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	-7,5	3,4	3,3	8,2	11,8	8,4	8,9	10,7	8,5	5,9	3,1	-0,1
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	20,7	4,0	9,3	10,5	14,1	18,8	18,2	19,0	20,1	18,9	15,6	12,4	9,5
Geschäftslage	Salden	36,7	17,9	12,3	14,5	15,5	22,0	23,8	25,0	24,6	24,6	22,2	18,6	16,5
Geschäftserwartungen	Salden	5,8	-8,9	6,4	6,7	12,7	15,7	12,7	13,2	15,7	13,3	9,2	6,3	2,6
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	20,7	2,9	8,1	8,2	14,2	19,1	17,2	19,5	19,5	17,1	15,0	14,0	10,0
Geschäftslage	Salden	38,0	15,2	7,8	9,1	12,9	22,1	23,7	28,5	26,8	22,5	21,9	21,0	20,4
Geschäftserwartungen	Salden	4,7	-8,7	8,5	7,2	15,5	16,2	10,9	10,8	12,4	11,9	8,4	7,2	0,1
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	26,7	4,4	10,5	13,2	15,4	21,5	24,5	23,5	27,8	26,0	19,8	13,4	12,4
Geschäftslage	Salden	46,3	23,2	14,9	17,4	18,5	24,4	28,9	26,7	29,4	29,9	27,3	20,0	20,0
Geschäftserwartungen	Salden	8,9	-12,7	6,3	9,0	12,2	18,6	20,4	20,3	26,3	22,2	12,7	6,9	5,0
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,6	5,7	8,7	10,4	11,9	13,0	8,9	10,8	8,6	9,0	9,2	6,1	6,7
Geschäftslage	Salden	15,7	13,6	16,2	18,8	16,4	18,0	16,5	14,8	14,3	18,7	16,6	13,0	8,5
Geschäftserwartungen	Salden	1,9	-1,9	1,4	2,2	7,5	8,1	1,6	6,9	3,1	-0,3	2,1	-0,5	4,8
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-6,3	-5,1	-0,2	-3,8	-2,5	-0,3	-3,8	-3,6	-3,5	-4,1	-3,7	-5,5	-5,3
Geschäftslage	Salden	-6,6	-3,9	0,8	1,2	0,7	-3,3	-2,4	-3,8	-2,0	-2,5	-2,7	-4,5	-4,2
Geschäftserwartungen	Salden	-5,8	-6,2	-1,0	-8,6	-5,6	2,9	-5,1	-3,3	-5,0	-5,6	-4,7	-6,6	-6,4
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	23,0	17,1	17,1	18,7	19,5	21,8	22,9	19,2	22,1	21,5	25,2	22,4	20,1
Geschäftslage	Salden	32,8	28,4	23,1	24,3	25,7	31,8	33,5	32,4	33,2	30,8	36,6	30,5	34,1
Geschäftserwartungen	Salden	13,8	6,4	11,2	13,3	13,4	12,3	12,8	6,7	11,5	12,6	14,4	14,6	6,9
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	67,2	24,8	16,9	19,8	30,3	47,5	63,1	51,3	59,5	62,1	67,7	61,8	44,3
Konjunkturerwartungen	Salden	-17,2	-5,0	44,7	42,6	56,5	54,7	35,4	46,6	43,2	33,1	29,8	27,1	8,6

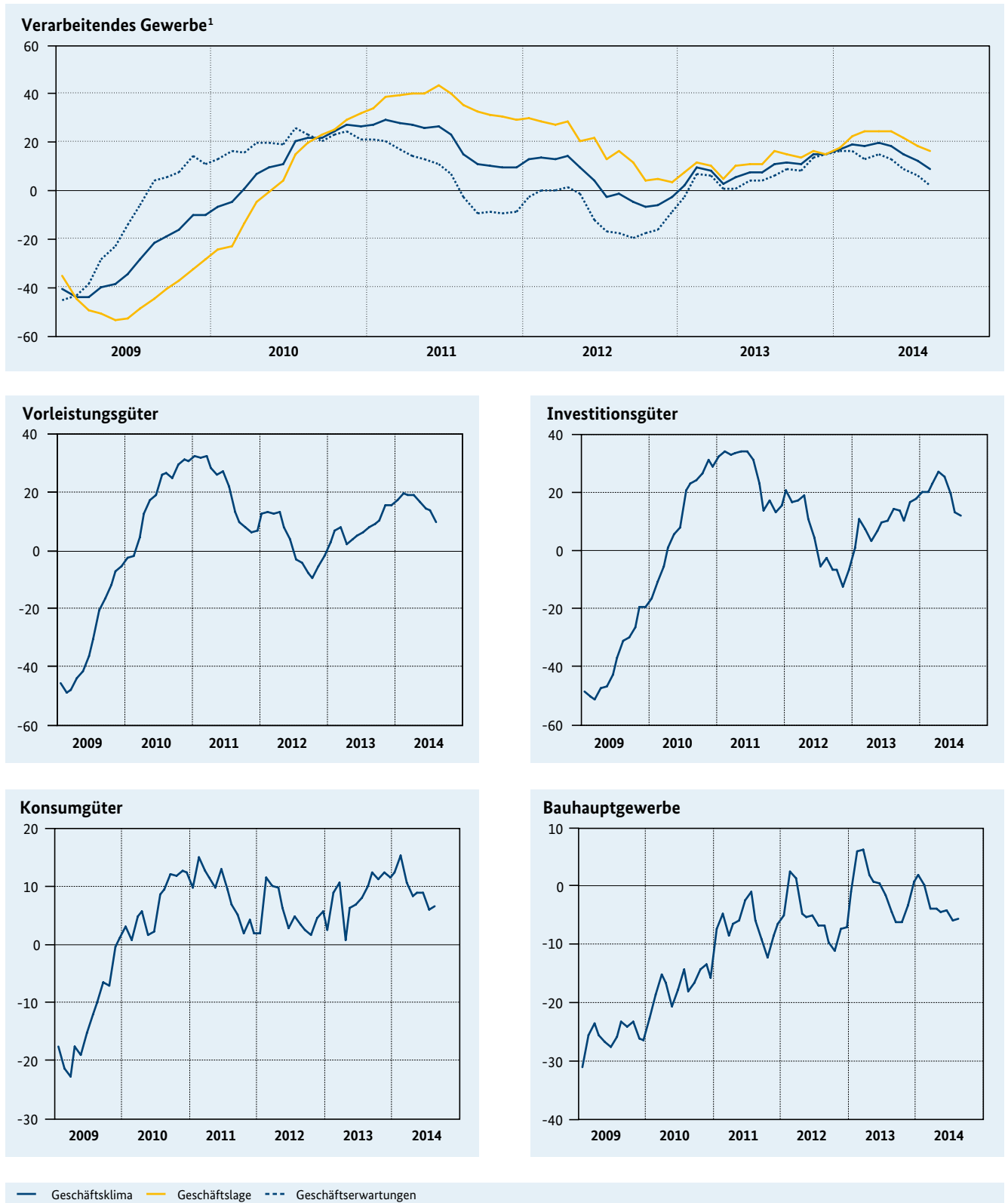
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

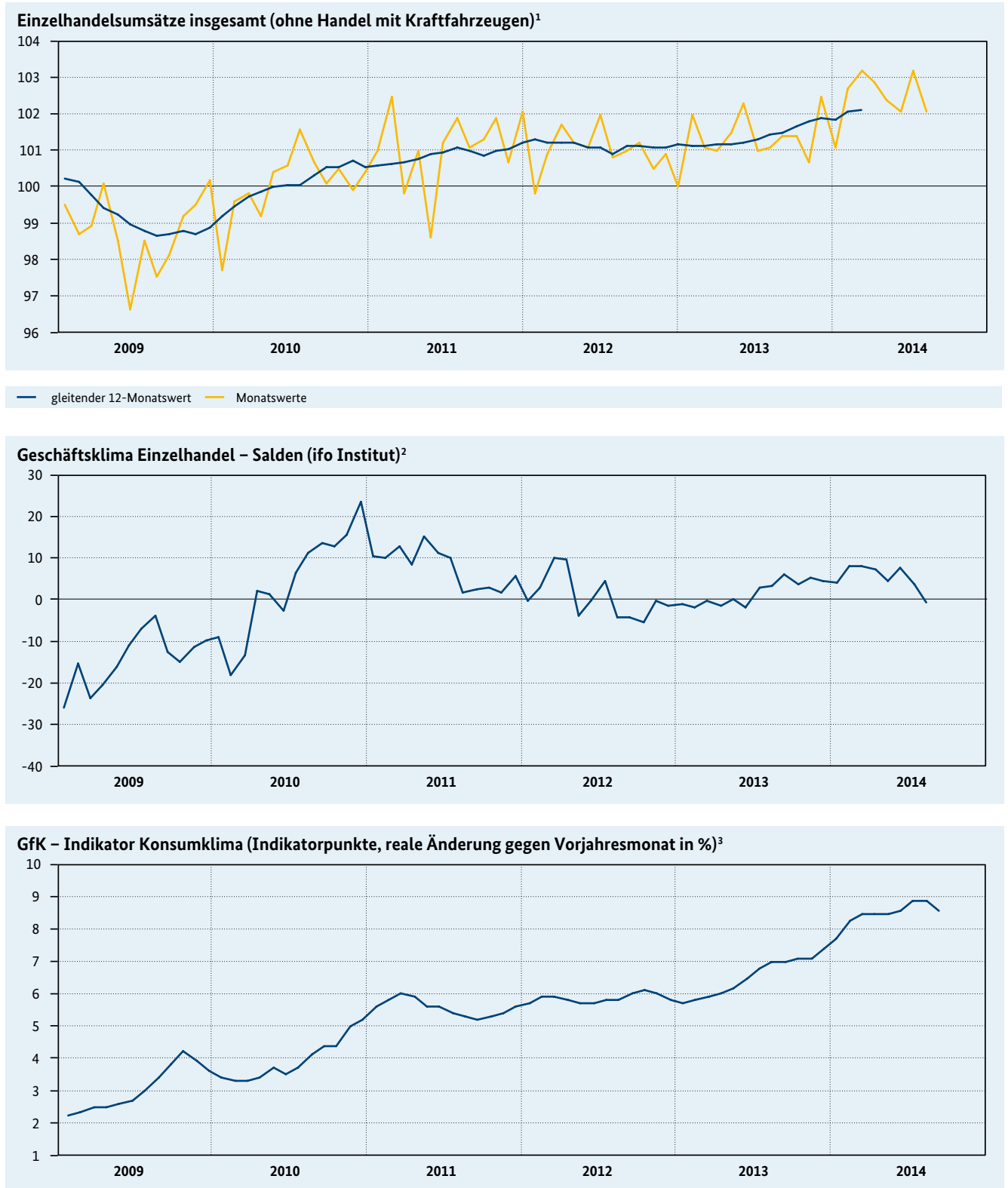
					2012				2013				2014	
		2011	2012	2013	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	102,3	103,0	103,8	102,6	102,8	103,0	103,0	103,2	103,9	104,6	103,7	104,5	104,7
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	2,3	0,7	0,8	-0,2	0,2	0,2	0,0	0,2	0,6	0,7	-0,8	0,8	0,1
	gg. Vj. in %	2,3	0,7	0,8	1,5	0,7	0,1	0,4	-0,4	1,0	2,0	0,7	1,0	1,0
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1620	1652	1682	411	412	413	414	416	420	424	422	427	428
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	3,8	2,0	1,8	0,3	0,2	0,4	0,2	0,5	0,8	1,1	-0,6	1,1	0,3
	gg. Vj. in %	3,8	2,0	1,8	3,4	1,8	1,4	1,3	0,2	2,0	3,2	1,8	2,3	2,1
Einzelhandelsumsätze¹														
		2011	2012	2013	2013			2014			2014			
		2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Einzelhandel	Index	101,1	100,9	101,4	101,4	102,9	102,6	-	102,4	102,1	103,2	102,1	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	1,1	-0,2	0,5	0,1	1,5	-0,3	-	-0,5	-0,3	1,1	-1,1	-	-
	gg. Vj. in %	1,1	-0,2	0,5	0,6	1,8	1,0	-	0,9	-0,2	2,4	1,0	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,4	100,3	101,3	101,2	102,0	103,0	-	103,3	101,8	104,0	102,2	-	-
	gg. Vp. In %	0,2	-0,1	1,0	-0,2	0,8	1,0	-	0,2	-1,5	2,2	-1,7	-	-
	gg. Vj. in %	0,2	-0,2	1,0	0,9	0,5	2,1	-	3,4	0,3	2,8	-0,2	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	100,6	99,2	99,1	98,8	101,7	99,6	-	95,9	101,5	101,4	97,5	-	-
	gg. Vp. In %	0,6	-1,4	-0,1	-1,2	2,9	-2,1	-	-5,5	5,8	-0,1	-3,8	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	-1,4	0,0	0,8	5,9	-1,5	-	-6,4	1,3	0,9	-1,2	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	108,8	115,7	117,5	117,5	117,6	120,9	-	120,8	122,9	119,1	124,1	-	-
	gg. Vp. In %	8,9	6,3	1,6	-0,5	0,1	2,8	-	3,4	1,7	-3,1	4,2	-	-
	gg. Vj. in %	9,3	5,9	1,6	1,6	-0,6	4,3	-	3,6	6,3	2,9	9,8	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	103,0	102,7	99,8	98,8	100,7	99,0	-	99,5	98,4	99,1	97,8	-	-
	gg. Vp. In %	3,1	-0,3	-2,8	-0,6	1,9	-1,7	-	-1,0	-1,1	0,7	-1,3	-	-
	gg. Vj. in %	3,0	-0,3	-2,9	-3,1	1,2	-1,9	-	-0,6	-3,6	-1,5	-2,7	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	105,5	103,3	102,3	104,4	106,7	104,1	-	105,1	103,7	103,5	-	-	-
	gg. Vp. In %	6,5	-2,1	-1,0	2,0	2,2	-2,4	-	-0,8	-1,3	-0,2	-	-	-
	gg. Vj. in %	6,2	-2,1	-1,0	3,6	6,3	1,8	-	3,2	1,2	1,0	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,4	102,2	101,2	101,9	102,9	101,5	-	99,8	103,1	101,5	-	-	-
	gg. Vp. In %	2,5	-0,2	-1,0	0,0	1,0	-1,4	-	-2,3	3,3	-1,6	-	-	-
	gg. Vj. in %	2,3	0,0	-1,1	-0,2	1,8	1,3	-	-1,0	4,9	-0,3	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3174	3083	2952	735	712	827	-	274	275	278	270	213	-
	gg. Vj. in %	8,8	-2,9	-4,2	1,6	5,6	-0,3	-	-3,6	5,2	-1,9	6,8	-0,4	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1274	1176	1120	264	259	313	-	105	102	106	103	81	-
	gg. Vj. in %	2,4	-7,7	-4,8	0,5	7,4	-6,6	-	-7,5	-5,0	-7,3	-5,0	-2,0	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	102,1	104,1	105,7	106,2	106,3	106,5	-	106,5	106,4	106,7	107,0	107,0	-
	gg. Vj. in %	2,1	2,0	1,5	1,3	1,2	1,1	-	1,3	0,9	1,0	0,8	0,8	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	2,2	3,4	4,4	3,7	3,1	0,8	-	1,8	0,5	0,0	0,1	0,3	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	-	1,5	1,5	1,5	1,4	1,5	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	9,4	5,8	4,1	2,7	-0,6	-0,1	-	-0,2	-0,1	0,1	-0,7	-0,5	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	4,5	2,5	-0,5	-1,0	-0,9	-0,1	-	-0,7	-0,2	0,5	-0,4	-0,7	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima⁴	Salden	7,9	0,8	1,7	4,6	7,0	6,8	-	7,6	4,8	8,0	3,8	-0,6	-
Geschäftslage	Salden	13,6	8,6	5,7	7,8	11,6	13,7	-	12,8	11,8	16,6	12,7	4,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	2,4	-6,7	-2,2	1,5	2,5	0,1	-	2,6	-1,9	-0,3	-4,8	-5,9	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	5,6	5,9	6,5	7,2	8,2	8,5	8,8	8,5	8,5	8,6	8,9	8,9	8,6
Anschaffungsneigung	Punkte	34,9	33,6	40,0	45,0	48,4	50,4	-	49,7	50,6	51,0	50,8	49,8	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2013			2014				2014						
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹															
Leistungsbilanz	in Mrd. €	163	199	193	46	51	51	51	16,3	17,1	16,8	17,2	17,1	22,8	
	gg. Vp. in %	14,7	21,9	-2,7	-6,6	12,0	0,0	-0,2	-8,6	5,3	-2,1	2,7	-0,6	33,3	
Warenhandel	in Mrd. €	161	199	213	50	55	53	55	16,9	17,5	18,0	18,7	18,4	23,4	
	gg. Vp. in %	1,6	23,7	7,1	-8,6	10,8	-3,8	3,8	-9,6	3,4	3,0	4,1	-2,0	27,5	
Ausfuhr	in Mrd. €	1026	1077	1089	272	277	276	277	92,3	90,3	92,6	92,3	92,4	97,3	
	gg. Vp. in %	12,3	5,0	1,1	0,3	1,8	-0,1	0,3	-1,6	-2,2	2,6	-0,4	0,2	5,2	
Einfuhr	in Mrd. €	865	878	876	222	222	223	222	75,4	72,8	74,6	73,5	74,1	73,9	
	gg. Vp. in %	14,6	1,5	-0,2	2,5	-0,2	0,8	-0,5	0,4	-3,5	2,5	-1,4	0,8	-0,3	
Dienstleistungen	in Mrd. €	-33	-36	-48	-11	-12	-8	-9	-2,5	-2,7	-3,3	-2,7	-3,2	-3,2	
	gg. Vp. in %	14,0	8,9	32,4	-9,9	12,1	-32,4	11,8	-19,0	9,3	20,3	-16,6	19,1	-2,8	
Einnahmen	in Mrd. €	178	188	197	50	50	51	51	17,1	17,1	16,6	17,1	17,6	17,1	
	gg. Vp. in %	5,0	5,5	4,8	3,8	-0,7	1,8	0,8	2,7	0,0	-3,1	3,2	2,7	-2,5	
Ausgaben	in Mrd. €	211	224	244	61	62	59	60	19,6	19,8	19,8	19,8	20,8	20,3	
	gg. Vp. in %	6,3	6,0	9,2	1,1	1,6	-4,9	2,3	-0,7	1,2	0,1	-0,1	5,0	-2,5	
Primäreinkommen	in Mrd. €	71	75	72	17	19	17	16	5,6	5,9	6,5	4,7	5,0	5,9	
	gg. Vp. in %	33,4	6,2	-4,2	-6,1	11,0	-9,6	-5,2	0,4	6,7	10,1	-28,7	6,5	19,8	
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-35	-39	-43	-10	-11	-11	-11	-3,7	-3,6	-4,5	-3,5	-3,0	-3,4	
	gg. Vp. in %	-12,1	10,7	11,7	-11,8	4,2	0,9	2,6	10,1	-3,8	26,3	-23,3	-14,5	14,2	

Außenhandel nach Ländern²

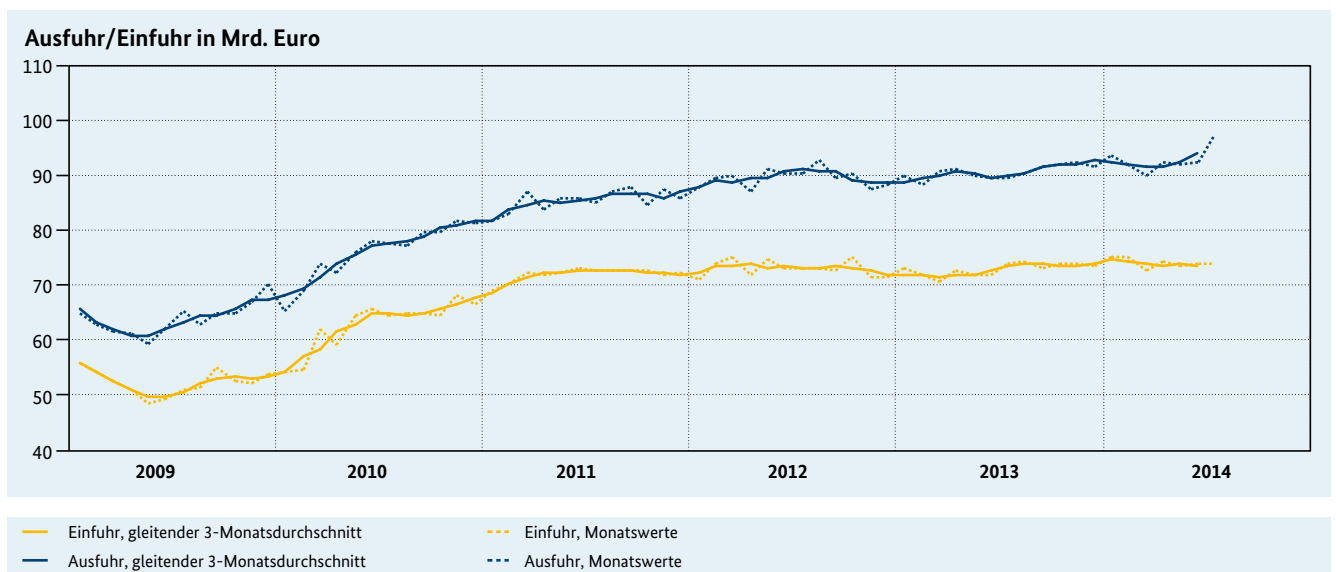
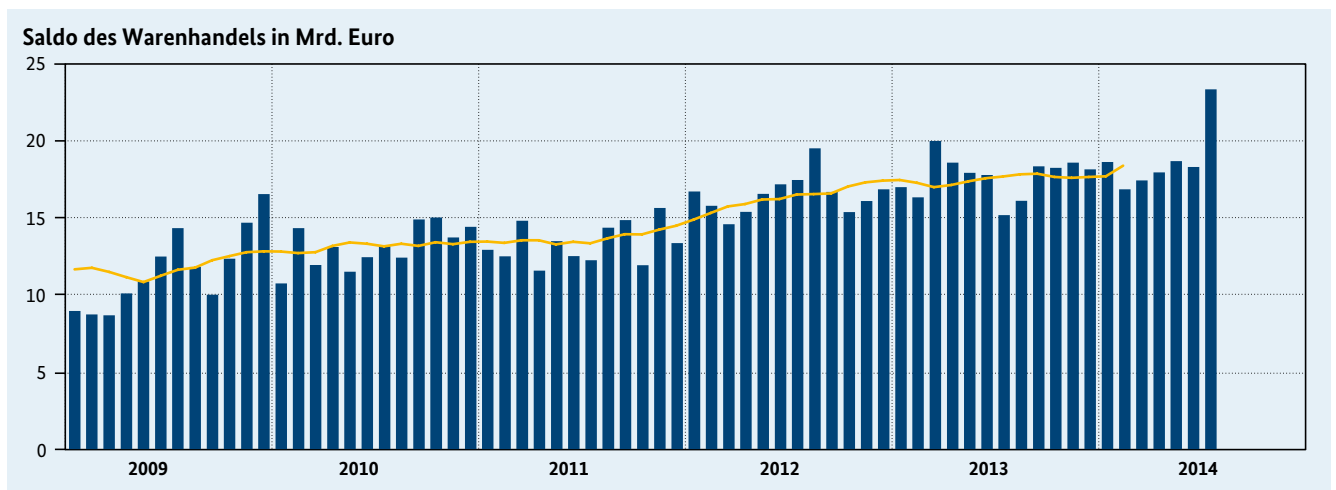
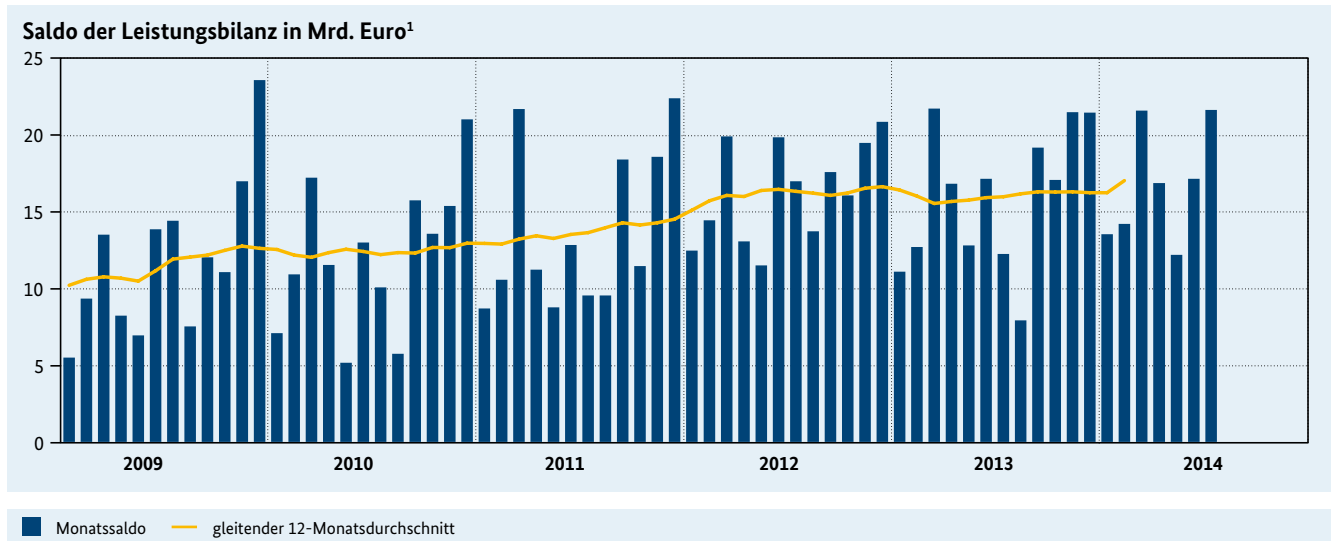
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1061	1096	1094	273	276	279	279	92,4	96,0	93,7	92,1	93,5	101,0
	gg. Vj. in %	11,5	3,3	-0,2	-0,8	1,9	3,1	1,7	4,6	1,9	-0,3	4,3	1,2	8,5
EU-Länder	in Mrd. €	630	623	623	153	157	165	163	54,7	55,5	54,6	53,1	54,8	-
	gg. Vj. in %	10,0	-1,2	0,1	0,9	3,3	5,1	4,2	6,6	3,6	4,0	6,1	2,7	-
Eurozone ¹	in Mrd. €	422	408	403	98	101	105	104	34,9	35,2	35,0	33,8	34,9	-
	gg. Vj. in %	8,4	-3,4	-1,1	0,1	1,6	2,3	2,4	3,7	0,2	2,4	4,4	0,4	-
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	208	215	220	55	56	60	59	19,8	20,3	19,6	19,4	19,9	-
	gg. Vj. in %	13,2	3,3	2,2	2,2	6,4	10,4	7,6	12,1	10,1	7,0	9,2	6,8	-
Drittländer	in Mrd. €	431	473	471	119	119	114	117	37,7	40,5	39,1	38,9	38,7	-
	gg. Vj. in %	13,8	9,7	-0,5	-2,9	0,2	0,3	-1,6	1,8	-0,4	-5,7	2,1	-0,7	-
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	903	906	896	223	226	231	228	76,2	79,4	76,5	74,3	76,9	77,6
	gg. Vj. in %	13,2	0,4	-1,1	-0,5	0,0	4,4	0,8	6,5	5,3	0,7	-0,4	2,1	1,0
EU-Länder	in Mrd. €	506	504	514	125	132	134	134	45,0	46,8	45,2	43,4	45,8	-
	gg. Vj. in %	13,7	-0,3	2,0	1,6	5,1	6,2	2,9	9,6	5,4	3,8	-0,2	5,1	-
Eurozone	in Mrd. €	339	339	343	83	87	89	89	29,7	30,6	29,8	28,6	30,7	-
	gg. Vj. in %	12,7	0,0	1,3	0,5	4,1	4,9	1,1	8,8	2,1	2,2	-2,8	3,8	-
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	167	165	171	42	44	45	45	15,2	16,2	15,4	14,8	15,1	-
	gg. Vj. in %	15,8	-1,1	3,4	3,9	7,3	8,8	6,8	11,3	12,1	7,2	5,1	7,9	-
Drittländer	in Mrd. €	396	401	382	97	94	97	93	31,2	32,6	31,3	30,8	31,1	-
	gg. Vj. in %	12,6	1,3	-4,9	-3,2	-6,4	2,1	-2,1	2,4	5,3	-3,5	-0,7	-2,1	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

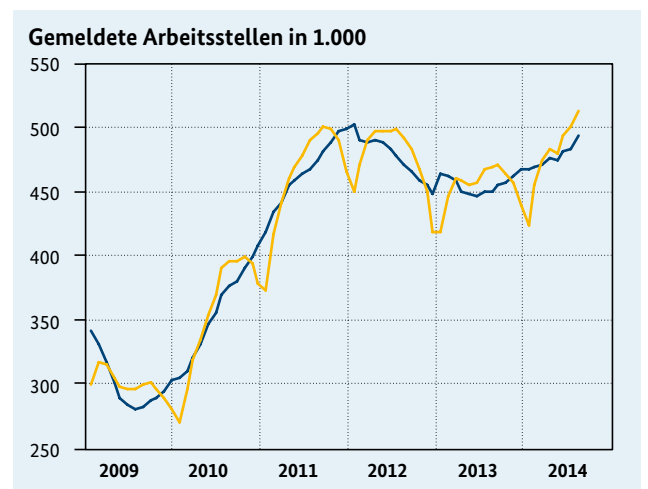
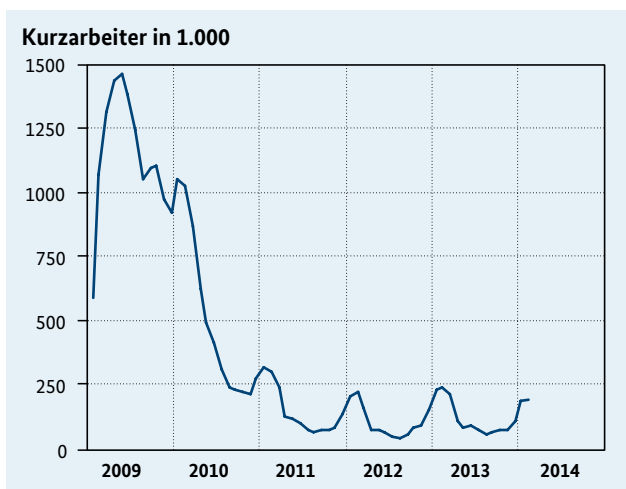
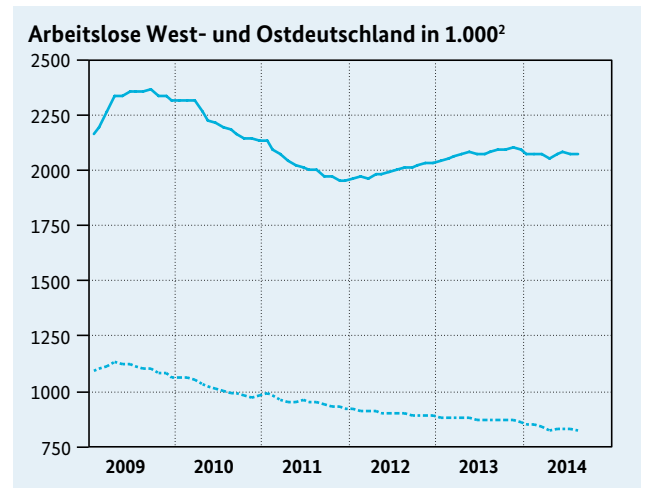
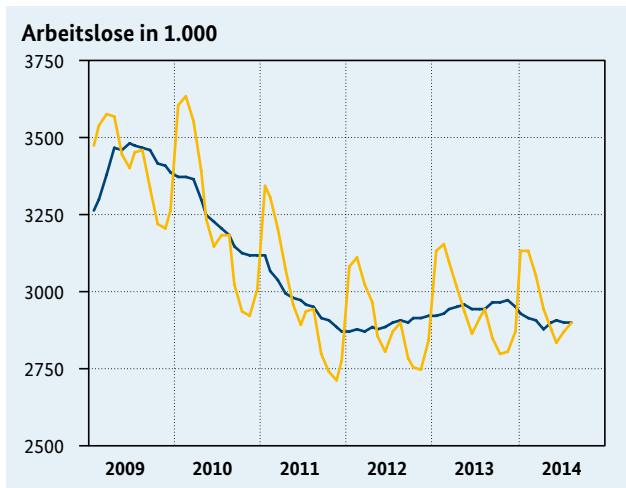
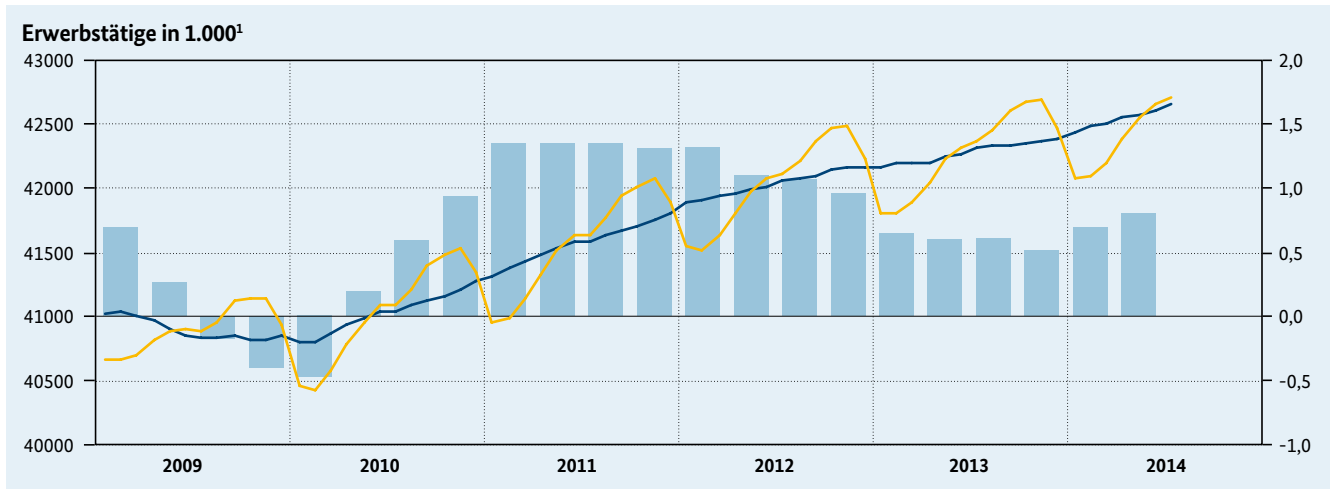
					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	41571	42033	42281	42482	42611	42125	42538	42201	42389	42565	42659	42716	-
	gg. Vj. in Tsd.	+550	+462	+248	+256	+217	+291	+339	+316	+345	+335	+338	+341	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	28719	29361	29728	29868	30071	29810	30103	29909	30038	30105	30165	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+688	+642	+367	+373	+352	+442	+498	+486	+476	+468	+549	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2501	2316	2270	2203	2155	2357	2168	2321	2262	2119	2122	2029	-
	gg. Vj. in Tsd.	-445	-185	-46	-85	-67	-115	-83	-51	+19	-101	-166	-215	-
Erwerbslosenquote	in %	6,0	5,5	5,3	5,1	5,0	5,5	5,1	5,5	5,3	5,0	5,0	4,8	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2976	2897	2950	2903	2827	3109	2886	3055	2943	2882	2833	2871	2902
	gg. Vj. in Tsd.	-262	-79	+53	+46	+45	-21	-55	-43	-77	-55	-32	-43	-44
SGB II	in Tsd.	2084	1995	1981	1969	1936	2031	1986	2029	2005	1989	1964	1963	1968
	gg. Vj. in Tsd.	-79	-89	-14	-2	+32	+9	-10	+3	-14	-13	-3	-9	-22
SGB III	in Tsd.	893	902	970	934	891	1078	900	1026	938	893	869	909	934
	gg. Vj. in Tsd.	-183	+10	+67	+49	+13	-30	-45	-46	-63	-42	-29	-34	-22
Westdeutschland	in Tsd.	2027	2000	2080	2074	2010	2192	2063	2160	2094	2061	2034	2076	2105
	gg. Vj. in Tsd.	-201	-27	+80	+75	+67	+22	-5	+9	-14	-7	+5	-1	-2
Ostdeutschland	in Tsd.	950	897	870	829	818	917	823	895	850	821	799	796	797
	gg. Vj. in Tsd.	-62	-53	-27	-29	-21	-43	-49	-52	-63	-48	-37	-42	-42
Arbeitslosenquote	in %	7,1	6,8	6,9	6,7	6,6	7,2	6,6	7,1	6,8	6,6	6,5	6,6	6,7
Westdeutschland	in %	6,0	5,9	6,1	6,0	5,8	6,3	5,9	6,2	6,0	5,9	5,8	5,9	6,0
Ostdeutschland	in %	11,3	10,7	10,3	9,8	9,7	10,9	9,7	10,6	10,0	9,7	9,5	9,4	9,4
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	684	648	648	668	635	688	586	628	612	598	548	668	641
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	704	643	645	673	627	628	660	711	724	660	598	629	611
Kurzarbeit ⁴ (konjunkturell bedingt)	in Tsd.	100	67	77	57	61	58	60	55	60	61	58	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	-329	-34	+10	+14	-15	-43	-27	-43	-40	-13	-29	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	4212	3928	3901	3841	3777	4021	3807	3983	3876	3800	3747	3756	3761
	gg. Vj. in Tsd.	-535	-284	-27	-6	-19	-57	-102	-82	-111	-101	-93	-112	-103
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	466	478	457	471	455	452	487	476	485	481	495	502	515
	gg. Vj. in Tsd.	+107	+11	-21	-22	+8	+9	+28	+13	+25	+24	+36	+33	+44
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+550	+463	+248	+88	+46	+103	+105	+27	+44	+28	+25	+44	-
	gg. Vp. in Tsd.	+689	+643	+367	+104	+94	+166	+136	+46	+37	+25	+89	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-439	-198	-52	-13	-27	-25	-49	-9	-15	-24	-30	-32	-
	in %	6,0	5,5	5,3	5,3	5,2	5,2	5,0	5,1	5,1	5,0	5,0	4,9	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-262	-76	+53	0	+12	-46	-19	-10	-26	+24	+7	-11	+1
	gg. Vp. in Tsd.	-201	-24	+80	+15	+19	-25	-16	-6	-17	+10	+3	-2	-5
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-61	-52	-27	-16	-7	-21	-2	-4	-9	+15	+4	-11	+7
	gg. Vp. in Tsd.	-201	-24	+80	+9	+14	-24	-3	-2	-12	+15	+6	-4	+2
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-61	-52	-27	-10	-1	-22	-16	-9	-14	+9	+1	-7	-1
	gg. Vp. in Tsd.	-61	-52	-27	-10	-1	-22	-16	-9	-14	+9	+1	-7	-1
Arbeitslosenquote	in %	7,0	6,8	6,9	6,8	6,9	6,8	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7
Westdeutschland	in %	6,0	5,9	6,0	6,0	6,0	6,0	5,9	6,0	5,9	5,9	6,0	5,9	6,0
Ostdeutschland	in %	11,3	10,6	10,3	10,2	10,2	9,9	9,8	9,8	9,7	9,8	9,8	9,7	9,7
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-534	-282	-26	-15	-26	-27	-32	-20	-17	+1	-2	-20	+1
	gg. Vp. in Tsd.	+107	+12	-21	+3	+10	+8	+7	+2	+4	-2	+8	+1	+11
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	109,4	107,0	-	-	107,1	107,5	106,8	107,4	107,4	106,9	106,1	106,0	107,0
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,7	98,7	99,8	100,4	100,2	101,6	100,4	101,4	101,1	100,3	99,7	99,3	100,0
BA-X Stellenindex	Index	168,3	166,2	159,0	158,3	161,0	165,0	164,0	165,0	166,0	161,0	165,0	166,0	168,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

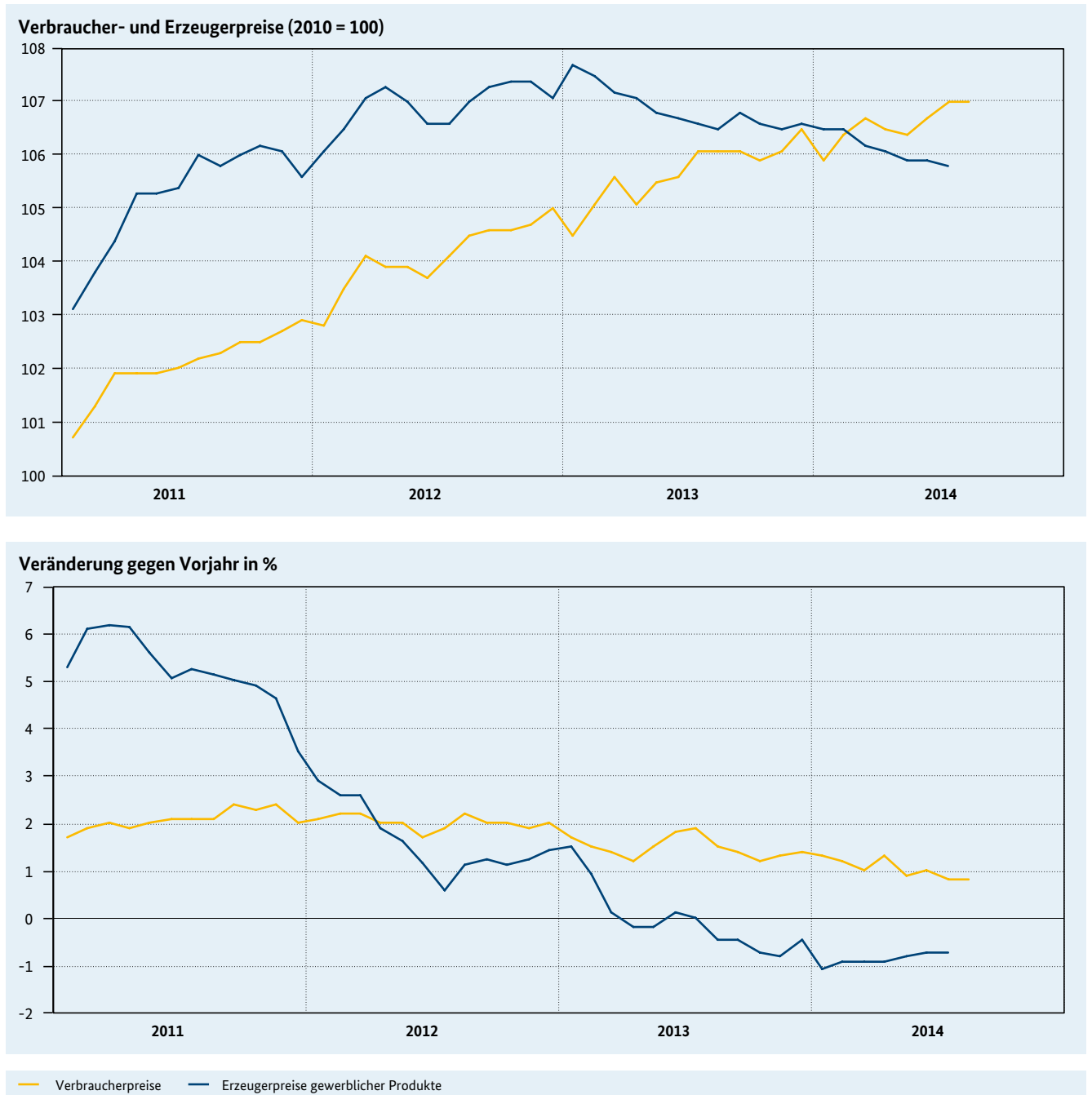
Bundesrepublik Deutschland

		2013			2014				2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	102,1	104,1	105,7	106,1	106,2	106,3	106,5	106,7	106,5	106,4	106,7	107,0	107,0
	gg. Vj. in %	+2,1	+2,0	+1,5	+1,6	+1,3	+1,1	+1,0	+1,0	+1,3	+0,9	+1,0	+0,8	+0,8
Waren	Index	103,1	105,9	107,7	107,8	108,0	107,9	108,2	108,3	108,4	108,2	108,1	107,8	107,7
	gg. Vj. in %	+3,1	+2,7	+1,7	+1,8	+1,2	+0,7	+0,3	+0,6	+0,5	+0,3	+0,3	+0,1	+0,2
Verbrauchsgüter	Index	104,9	109,0	111,5	111,9	111,6	112,0	112,1	111,9	112,1	112,0	112,2	112,2	111,9
	gg. Vj. in %	+4,9	+3,9	+2,3	+2,5	+1,8	+0,9	+0,6	+0,8	+0,7	+0,5	+0,5	+0,1	+0,2
darunter:	Index	102,2	105,7	110,4	110,5	110,9	112,6	111,7	112,3	112,0	111,6	111,5	111,3	110,6
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+2,2	+3,4	+4,4	+5,1	+3,7	+3,0	+0,7	+2,2	+1,8	+0,5	0,0	+0,1	+0,3
darunter:	Index	109,4	115,8	120,6	120,9	120,3	120,2	120,1	119,9	120,1	120,0	120,1	119,9	120,0
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+9,4	+5,9	+4,1	+4,0	+2,6	-0,6	-0,1	-0,8	-0,2	-0,1	+0,1	-0,7	-0,5
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	100,9	102,7	104,1	103,1	105,6	104,0	105,3	106,2	106,1	105,4	104,4	102,3	103,1
	gg. Vj. in %	+0,9	+1,8	+1,4	+1,4	+0,8	+1,1	+0,5	+0,9	+0,7	+0,5	+0,3	+0,5	+0,8
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,8	98,0	97,4	97,3	97,2	97,0	96,9	96,9	96,8	96,9	97,1	97,1	97,0
	gg. Vj. in %	-1,2	-0,8	-0,6	-0,9	-0,5	-0,7	-0,7	-1,0	-0,9	-0,8	-0,3	-0,3	-0,2
Dienstleistungen	Index	101,1	102,4	103,8	104,5	104,4	104,8	105,0	105,2	104,9	104,7	105,4	106,2	106,3
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,3	+1,4	+1,6	+1,4	+1,7	+1,7	+1,5	+2,3	+1,4	+1,6	+1,5	+1,4
darunter:	Index	101,3	102,5	103,8	104,0	104,3	104,8	105,2	104,9	105,1	105,2	105,3	105,4	105,6
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,2	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,4	+1,5
Insgesamt ohne Energie	Index	101,1	102,6	104,2	104,5	104,9	105,2	105,3	105,6	105,3	105,2	105,4	105,8	105,9
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,5	+1,6	+1,7	+1,5	+1,7	+1,3	+1,4	+1,7	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2
Energie	Index	110,1	116,4	118,0	118,8	116,9	116,1	116,9	115,9	116,7	116,7	117,3	117,0	116,4
	gg. Vj. in %	+10,1	+5,7	+1,4	+1,0	+0,1	-2,0	-0,8	-1,6	-1,3	-0,8	-0,3	-1,5	-1,9
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	102,1	104,1	105,7	106,1	106,0	106,4	106,6	106,4	106,6	106,5	106,6	106,8	106,9
	gg. Vj. in %	+2,1	+2,0	+1,5	+1,7	+1,2	+1,2	+1,0	+1,1	+1,2	+0,9	+0,9	+0,8	+0,8
HVPI⁴	Index	111,1	113,5	115,3	115,7	115,7	115,9	116,1	116,4	116,1	115,8	116,3	116,6	116,6
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,2	+1,6	+1,7	+1,3	+1,0	+1,0	+0,9	+1,1	+0,6	+1,0	+0,8	+0,8
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	105,3	107,0	106,9	106,6	106,6	106,4	106,0	106,2	106,1	105,9	105,9	105,8	-
	gg. Vj. in %	+5,3	+1,6	-0,1	-0,4	-0,7	-1,0	-0,8	-0,9	-0,9	-0,8	-0,7	-0,8	-
Vorleistungsgüter	Index	105,6	105,8	104,6	104,0	103,8	103,7	103,5	103,6	103,5	103,5	103,4	103,6	-
	gg. Vj. in %	+5,6	+0,2	-1,1	-1,6	-1,9	-1,9	-1,3	-1,9	-1,6	-1,3	-1,1	-0,5	-
Investitionsgüter	Index	101,2	102,2	103,0	103,0	103,1	103,3	103,4	103,3	103,3	103,4	103,5	103,5	-
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+0,8	+0,7	+0,7	+0,5	+0,5	+0,5	+0,4	+0,5	+0,5	+0,5	-
Konsumgüter	Index	103,5	106,3	108,4	108,8	109,0	109,2	109,4	109,2	109,4	109,3	109,4	109,5	-
	gg. Vj. in %	+3,5	+2,7	+2,0	+2,4	+1,5	+1,3	+1,2	+1,3	+1,4	+1,1	+0,9	+0,7	-
Gebrauchsgüter	Index	101,7	103,3	104,3	104,4	104,6	105,4	105,6	105,5	105,5	105,6	105,7	105,8	-
	gg. Vj. in %	+1,7	+1,6	+1,0	+1,0	+1,1	+1,2	+1,2	+1,3	+1,2	+1,1	+1,3	+1,4	-
Verbrauchsgüter	Index	103,8	106,8	109,0	109,5	109,6	109,7	109,9	109,8	109,9	109,9	110,0	110,0	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+2,9	+2,1	+2,6	+1,6	+1,3	+1,1	+1,3	+1,4	+1,2	+0,9	+0,6	-
Energie	Index	109,7	113,0	112,0	111,6	111,3	110,4	108,8	109,7	109,2	108,6	108,6	107,9	-
	gg. Vj. in %	+9,7	+3,0	-0,9	-1,3	-1,7	-2,7	-2,7	-2,6	-3,0	-2,6	-2,4	-3,2	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	102,8	105,4	107,5	107,8	108,1	108,9	109,2	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,8	+2,5	+2,0	+2,0	+2,0	+2,0	+1,7	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	102,5	106,3	108,9	109,4	109,6	109,7	110,0	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+3,7	+2,4	+2,5	+2,2	+1,7	+1,2	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	128,6	125,1	122,5	124,8	122,4	121,6	124,1	122,0	122,9	123,7	125,8	122,5	117,3
	gg. Vj. in %	+28,6	-2,8	-2,0	+1,9	+0,9	-2,8	+5,4	0,0	+4,6	+4,9	+6,7	-0,2	-6,7
Nahrungs- und Genussmittel	Index	129,0	122,5	109,1	104,5	101,2	108,0	116,8	116,0	119,1	118,4	112,9	103,8	101,8
	gg. Vj. in %	+29,2	-5,1	-10,9	-21,2	-17,8	-7,8	+3,0	-0,3	+6,1	+4,2	-1,1	-3,9	-1,0
Industrie-Rohstoffe	Index	114,4	96,3	93,6	91,2	93,0	91,1	90,0	89,2	91,3	89,7	88,9	91,4	91,5
	gg. Vj. in %	+14,4	-15,8	-2,7	+0,3	-0,5	-7,7	-1,6	-7,7	-2,7	-1,9	-0,3	+2,1	-1,3
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	131,4	130,9	129,1	132,7	129,6	128,5	131,3	128,7	129,4	130,7	133,9	129,9	123,4
	gg. Vj. in %	+31,4	-0,4	-1,4	+3,8	+2,3	-1,7	+6,6	+1,1	+5,6	+5,9	+8,2	-0,2	-7,7
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	106,4	108,7	105,9	105,5	104,9	104,5	103,9	104,1	103,8	103,8	104,0	103,6	-
	gg. Vj. in %	+6,4	+2,2	-2,6	-2,9	-2,7	-2,8	-1,9	-3,3	-2,4	-2,1	-1,2	-1,7	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	107,5	111,6	112,6	111,5	111,6	113,1	112,2	113,2	113,0	112,2	111,4	110,7	-
	gg. Vj. in %	+7,5	+3,8	+0,9	+0,2	-0,9	-0,6	-1,0	-1,5	-0,7	-1,7	-0,6	-1,0	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	106,3	108,4	105,3	104,9	104,2	103,7	103,1	103,2	102,9	103,0	103,3	102,9	-
	gg. Vj. in %	+6,3	+2,0	-2,9	-3,2	-2,9	-3,0	-2,0	-3,4	-2,6	-2,1	-1,2	-1,8	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	122,7	126,8	118,1	116,9	115,3	113,7	111,5	112,1	111,2	111,3	112,0	109,9	-
	gg. Vj. in %	+22,7	+3,3	-6,9	-7,2	-7,0	-7,9	-4,6	-8,7	-6,2	-4,7	-2,9	-5,4	-
Fertigwaren	Index	101,2	102,7	101,3	101,1	100,7	100,6	100,4	100,4	100,3	100,4	100,6	100,7	-
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,5	-1,4	-1,7	-1,4	-1,1	-1,0	-1,5	-1,4	-1,1	-0,6	-0,5	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	103,3	104,9	104,3	104,2	103,9	103,9	103,9	103,8	103,9	103,9	104,0	104,1	-
	gg. Vj. in %	+3,3	+1,5	-0,6	-0,9	-1,0	-0,8	-0,5	-1,0	-0,8	-0,6	-0,1	-0,1	-
Terms of Trade	Verhältnis	97,1	96,6	98,5	98,8	99,0	99,4	100,1	99,7	100,1	100,1	100,0	100,5	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-0,5	+2,0	+2,1	+1,7	+1,9	+1,5	+2,3	+1,7	+1,5	+1,1	+1,6	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,39	1,29	1,33	1,32	1,36	1,37	1,37	1,38	1,38	1,37	1,36	1,35	1,33
	gg. Vj. in %	+4,9	-7,6	+3,3	+5,8	+4,9	+3,7	+4,9	+6,6	+6,0	+5,8	+3,1	+3,5	0,0
in Yen	Kurs	111,0	102,6	129,7	131,0	136,7	140,8	140,0	141,5	141,6	139,7	138,7	137,7	137,1
	gg. Vj. in %	-4,7	-7,6	+26,3	+33,2	+29,7	+15,5	+8,5	+15,0	+11,0	+6,6	+8,0	+5,6	+5,2
in Pfund-Sterling	Kurs	0,87	0,81	0,85	0,85	0,84	0,83	0,81	0,83	0,83	0,82	0,80	0,79	0,80
	gg. Vj. in %	+1,1	-6,5	+4,7	+7,9	+4,1	-2,8	-4,2	-3,3	-3,0	-4,0	-5,6	-8,0	-7,2
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	103,4	97,9	101,7	101,9	103,1	103,9	103,8	104,6	104,5	103,8	103,0	102,6	101,9
	gg. Vj. in %	-0,3	-5,3	+3,8	+6,2	+5,3	+3,1	+2,9	+4,4	+4,0	+3,3	+1,4	+1,0	-0,3
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	100,7	95,6	98,9	99,2	100,0	100,7	100,1	101,3	101,0	100,1	99,2	98,7	98,0
	gg. Vj. in %	-0,9	-5,1	+3,5	+5,8	+4,6	+2,4	+1,8	+3,5	+3,2	+2,1	+0,3	-0,2	-1,5
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,2	96,0	98,3	98,5	99,0	99,1	98,6	99,3	99,0	98,7	98,3	98,2	97,9
	gg. Vj. in %	-0,5	-2,3	+2,4	+3,5	+3,0	+1,4	+0,7	+1,6	+1,5	+0,6	0,0	-0,2	-0,6
56 Länder	Index	91,7	88,8	90,8	91,2	91,9	92,5	91,9	92,8	92,4	91,9	91,4	91,1	90,7
	gg. Vj. in %	-0,6	-3,1	+2,2	+3,8	+3,5	+2,8	+2,0	+3,5	+3,2	+2,2	+0,6	+0,3	-0,7

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

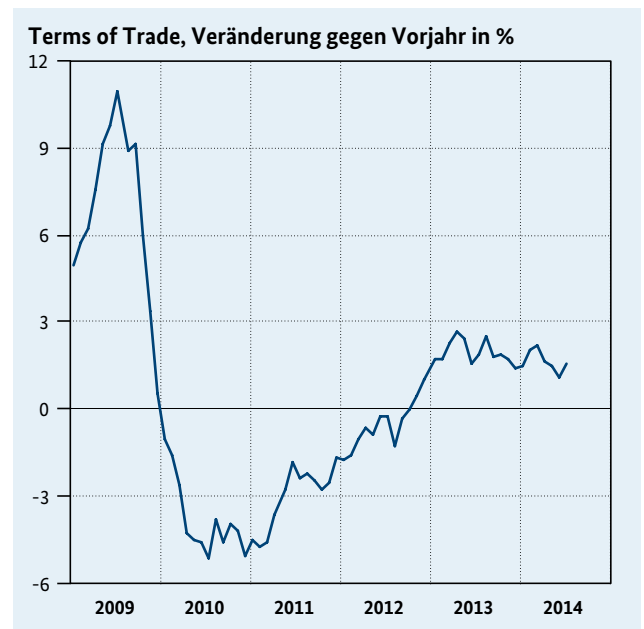
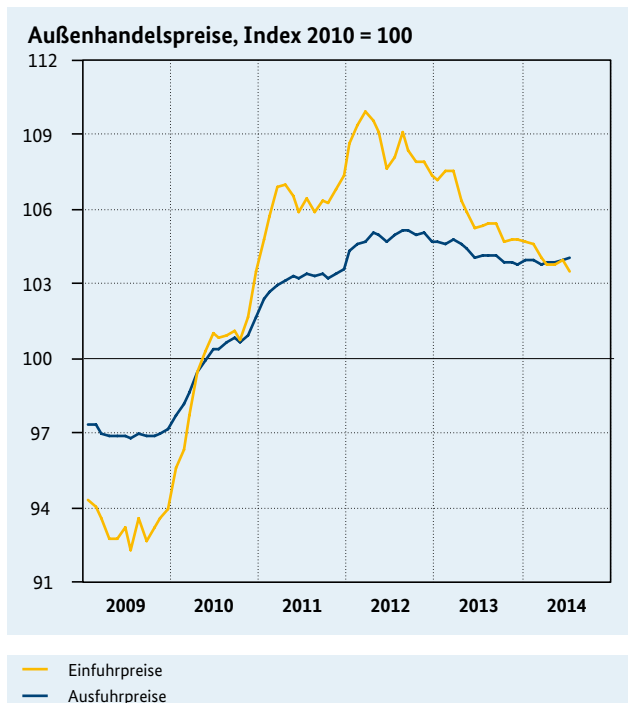
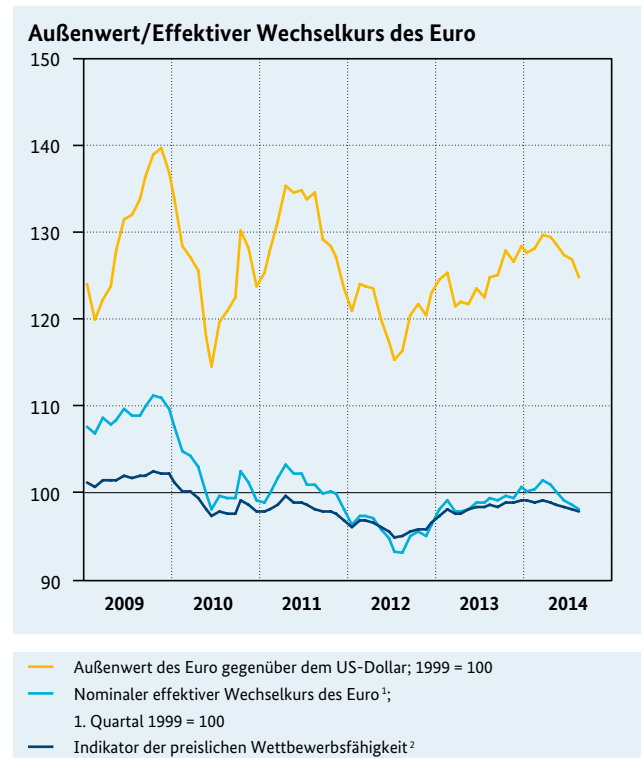
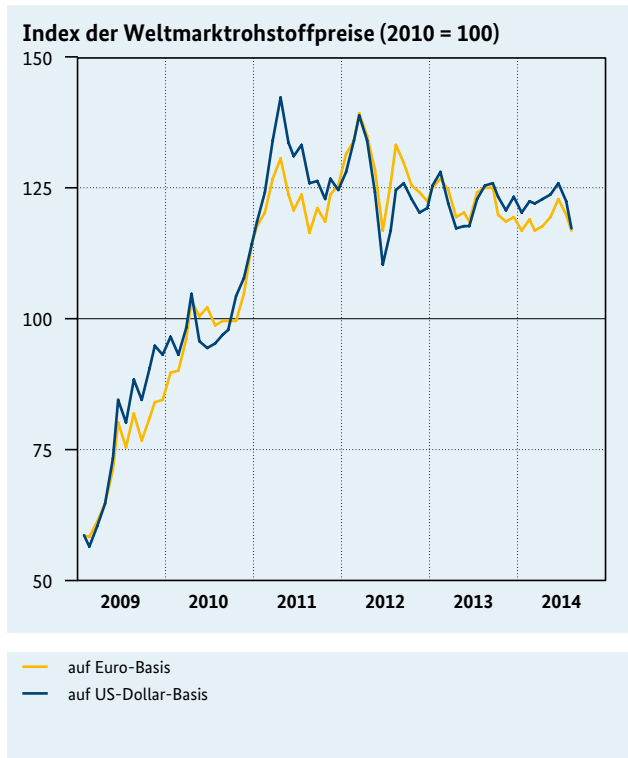
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-20 Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den zehn nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-20-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

		2013			2014				2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats EUREPO	Zinssatz	0,82	0,06	0,04	0,05	0,09	0,14	0,13	0,15	0,17	0,15	0,06	0,03	0,02
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,39	0,57	0,22	0,22	0,24	0,30	0,30	0,31	0,33	0,33	0,24	0,21	0,19
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,64	0,83	0,34	0,34	0,35	0,40	0,39	0,41	0,43	0,42	0,33	0,30	0,29
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	2,01	1,11	0,54	0,54	0,53	0,56	0,57	0,58	0,60	0,59	0,51	0,49	0,47
Differenz														
3M-EURIBOR / . 3M-EUREPO	Zinssatz	0,57	0,51	0,18	0,17	0,15	0,15	0,17	0,16	0,18	0,18	0,18	0,17	0,00
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,60	0,36	0,41	0,54	0,48	0,45	0,29	0,39	0,40	0,27	0,20	0,18	0,12
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	2,17	0,93	0,94	1,10	1,06	1,01	0,74	0,91	0,88	0,72	0,63	0,60	0,48
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	2,61	1,50	1,57	1,73	1,75	1,61	1,35	1,51	1,46	1,33	1,26	1,11	0,95
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ¹	gg. Vj. in %	1,9	4,2	7,0	6,9	6,2	6,0	5,2	5,6	5,2	5,0	5,4	5,6	-
Wachstum der Geldmenge M2 ¹	gg. Vj. in %	2,3	3,3	4,0	4,0	2,9	2,3	2,1	2,2	2,0	2,1	2,3	2,5	-
Wachstum der Geldmenge M3 ¹	gg. Vj. in %	1,5	3,0	2,3	2,2	1,3	1,1	1,1	1,0	0,7	1,1	1,6	1,8	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monatsdurchschnitt ¹	gg. Vj. in %	1,5	3,0	2,3	2,1	1,4	1,2	1,2	1,1	1,0	1,2	1,5	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ¹	gg. Vj. in %	+1,8	-0,4	-0,9	-1,0	-1,5	-2,4	-2,5	-2,5	-2,6	-2,7	-2,3	-1,8	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	+2,4	0,0	-1,2	-1,8	-1,9	-2,3	-2,0	-2,2	-1,8	-2,2	-1,8	-1,4	-
an den privaten Sektor in Deutschland ¹	gg. Vj. in %	+1,1	+1,0	+0,6	-0,1	+0,2	+0,1	+0,5	+0,3	+0,5	+0,7	+0,4	+1,1	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+1,6	+2,1	+0,6	-0,2	0,0	0,0	+0,4	+0,3	+0,6	+0,6	+0,1	+0,7	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ²	gg. Vj. in %	+0,4	+1,6	-0,7	-1,5	-1,1	-0,8	-0,1	-1,2	-0,3	0,0	+0,1	+0,1	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-0,2	+1,3	-4,5	-5,8	-5,3	-5,2	-2,5	-5,6	-3,8	-3,1	-0,5	-1,4	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-4,6	-0,6	-1,2	-1,1	-1,8	-0,9	+2,2	-0,6	+2,8	+2,0	+1,7	+0,5	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+1,7	+2,1	+0,3	-0,4	+0,1	+0,3	+0,1	-0,2	0,0	+0,3	0,0	+0,3	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+0,7	+1,2	+1,0	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	-
darunter:														
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,0	+1,4	+2,3	+2,5	+2,2	+2,0	+2,0	+2,0	+2,0	+2,1	+2,0	+2,0	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ³	Index	6599	6857	8307	8331	9085	9455	9705	9340	9483	9705	9927	9752	9273
	gg. Vp. in %	+6,7	+3,9	+21,1	+3,6	+9,1	+4,1	+2,6	-1,8	+1,5	+2,3	+2,3	-1,8	-4,9
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁴	Index	2617	2415	2793	2785	3020	3091	3213	3094	3170	3197	3272	3192	3089
	gg. Vp. in %	-5,9	-7,7	+15,6	+3,4	+8,4	+2,3	+3,9	+0,3	+2,5	+0,9	+2,3	-2,4	-3,2
Standard & Poor's 500 ⁴	Index	1269	1379	1642	1674	1771	1835	1901	1864	1864	1890	1947	1974	1962
	gg. Vp. in %	+11,4	+8,7	+19,1	+4,0	+5,8	+3,6	+3,6	+2,5	0,0	+1,4	+3,0	+1,4	-0,6
Nikkei 225 ⁴	Index	9440	9114	13540	14148	14974	14994	14651	14672	14467	14354	15132	15372	15359
	gg. Vp. in %	-5,8	-3,5	+48,6	+4,0	+5,8	+0,1	-2,3	+0,3	-1,4	-0,8	+5,4	+1,6	-0,1

Quellen: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

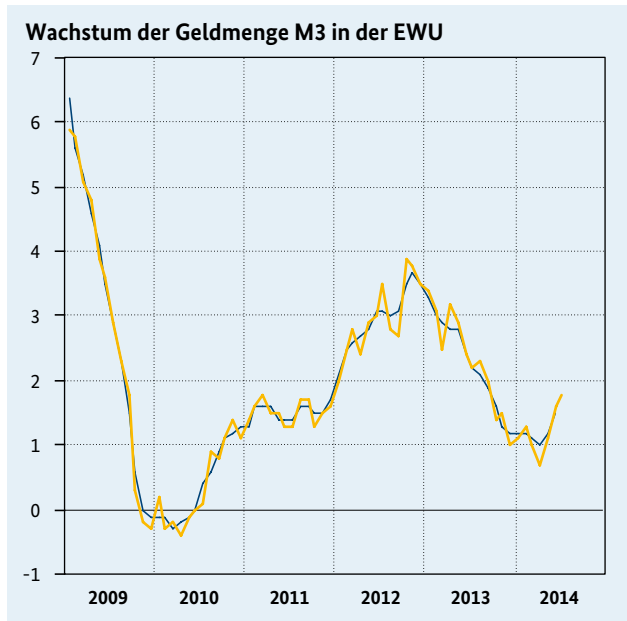
1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Ursprungszahlen;

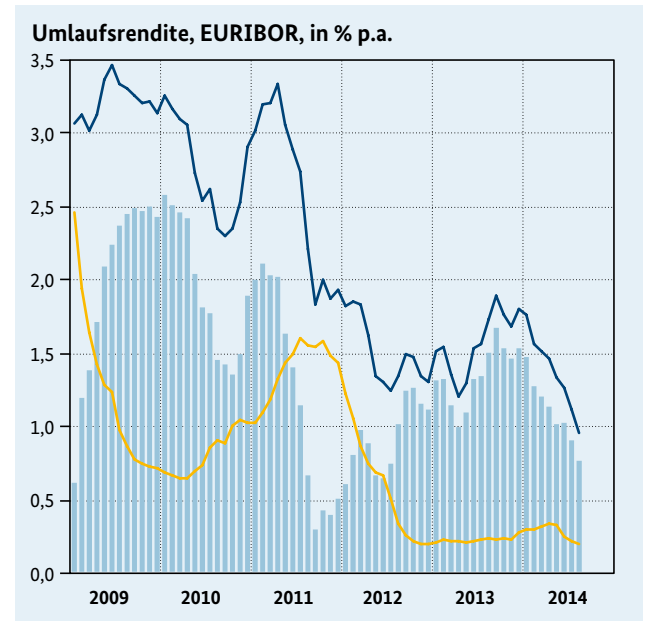
3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

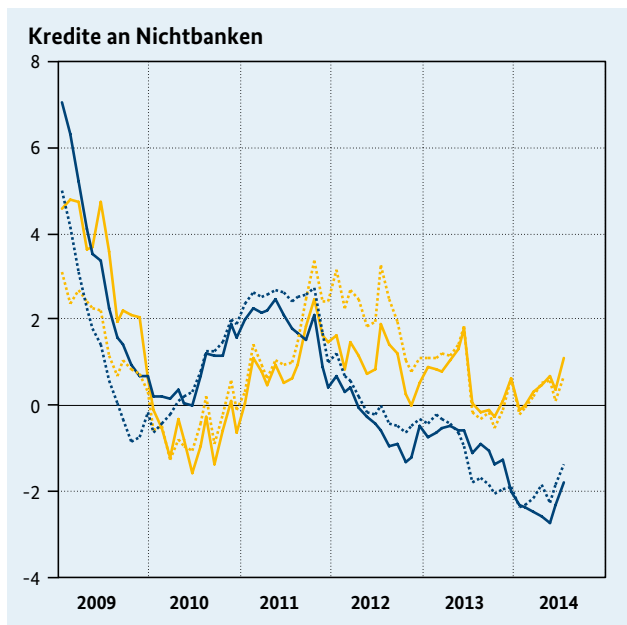
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



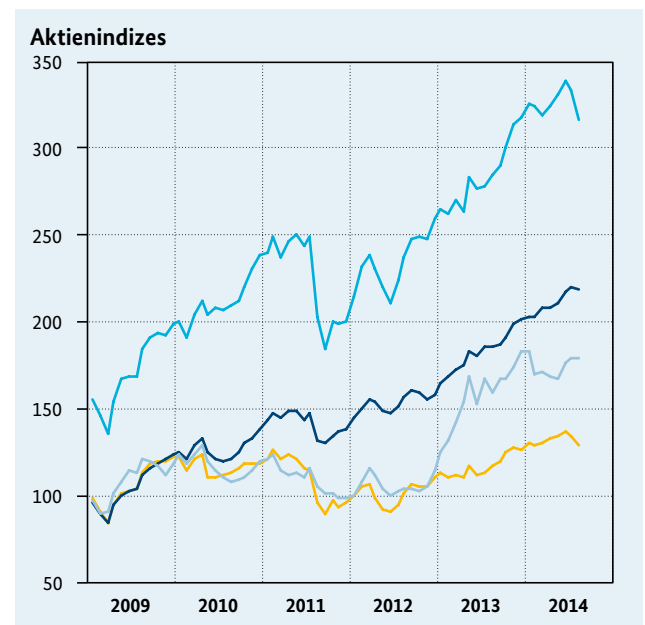
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Christhart Bork
(Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland)

Almut Fischer und Dr. Christian Müller
(Kohlendioxidspeicherung – Quo Vadis?)

Angelika Müller und Lars Behrens
(Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann)

Sören Enkelmann, Jenny Hildebrandt, Mathias Kesting,
Miriam Trolldenier
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Oktober 2013	Exportinitiative Erneuerbare Energien – Auf in neue Märkte! Weniger Formulare, bessere Gesetze Kommission legt Grünbuch zum Kunststoffrecycling vor
November 2013	Die Herbstprojektion 2013 der Bundesregierung Smart Metering in Deutschland Internationale FuE-Kooperationen im Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand Im Geschäftsverkehr das richtige Maß Erdbeobachtung in Zeiten der Globalisierung
Dezember 2013	Investitionsschwäche in Deutschland? Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa – ein Fundament für den Euro Ökonomischer Zugewinn durch Zuwanderung Nebenerwerbsgründer haben große Chancen
Januar 2014	Das Wunder von Bali: die multilaterale Handelspolitik ist zurück EU-Financen im Zeichen der Zeit Versteckte Talente entdecken
Februar 2014	Wettbewerbsaufsicht in Deutschland: das Bundeskartellamt Mehr Licht! COSME: Große Hilfe für kleine Unternehmen Sukuk Murabaha und Sukuk Musharaka Innovationsförderung in der EU – auf zu neuen Horizonten Ökonomische Bedeutung des Wintersports in Deutschland
März 2014	Der Jahreswirtschaftsbericht 2014 Ohne Energieeffizienz keine Energiewende Die EU-Ökodesign-Richtlinie: weniger ist oft mehr Demografiestrategie und Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft
April 2014	Bioökonomie: Mit erneuerbaren Ressourcen wirtschaften
Mai 2014	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung: deutsche Wirtschaft – Aufschwung auf breitem Fundament Hintergründe zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss Regionale Wirtschaftspolitik Bundeskabinett hat Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ verabschiedet KMU im Fokus der europäischen Forschungsförderung
Juni 2014	Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) – eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts Internationale Forschungsk Kooperationen unterstützen Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte
Juli 2014	Mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik Außenwirtschaftsförderung im deutschen Interesse Energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnologien

Ausgabe	Fachartikel
August 2014	Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende Neue Technologien gehen uns alle an Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen Start des EEG-Anlagenregisters
September 2014	Reform des EEG Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
